

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

*Palästinensisch-
israelische Beziehungen:*

Wenig Land – wenig Frieden

- ◆ Zum Mord an Rabin
- ◆ Zur cubanischen Entwicklung
- ◆ Solidarität mit Cuba
- ◆ Soziale Marktwirtschaft in der Krise – das ist die Quadratur des Kreises
- ◆ Streikende: Dänische Krankenschwestern bleiben unzufrieden
- ◆ Schweden: Auch hier Streik in den Krankenhäusern
- ◆ Sachsen-Anhalt: Ungehemmter Industrie-Abbau
- ◆ Arbeitskampf im Hamburger Hafen

Nach der Attentats-Serie

Der Beitrag »Wenig Land und wenig Frieden« (S.4) der Palästina-Gruppe Köln wurde bereits im Januar abgeschlossen. Die Serie von Attentaten, die es seither in Israel gegeben hat, und der dadurch ausgelöste Stimmungsumschwung in der israelischen Bevölkerung machen eine aktuelle Ergänzung notwendig.

Auf den ersten Blick scheinen die Attentate den Verhandlungsprozeß zwischen der israelischen Regierung und der PLO-Führung beendet zu haben. Die israelische Regierung macht die Arafat-Führung dafür verantwortlich, daß es zu den Anschlägen kam. Am 27. Februar überreichte der israelische Armee-Stabs-Chef Amnon Lipkin-Schachak Arafat eine Liste mit 14 Hamas-Mitgliedern, welche die Palästinenser-Polizei umgehend verhaften sollte. Er betonte: »Arafat ist heute der demokratisch gewählte Präsident der Autonomie. Das bringt nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten mit sich«. Lipkin-Schachak drückt damit aus, was viele Israelis denken. Ein Händler aus Tel Aviv erklärt kategorisch: »Wir haben unseren Teil der Abmachung eingehalten, die Araber haben uns reingelegt«. Und genauso argumentiert der Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels, Amos Oz: »Wie versprochen, haben wir den Palästinensern das im Vertrag zugesagte Land gegeben. Heute leben 85 Prozent der Palästinenser nicht mehr unter unserer Kontrolle. Aber wir haben heute weniger Frieden als vorher. Jassir Arafat und der palästinensische Autonomierat haben ihren Teil des Vertrages – Land für Frieden – nicht erfüllt«. (Focus, 11.3.1996)

Diese Argumentation, die der Palästinenserbehörde den Schwarzen Peter zuschiebt, ist bei näherem Hinsehen nicht haltbar. Mindestens dreimal kamen die Bombenattentäter aus einem Gebiet, das die Israelis noch kontrollieren, nämlich dem Dorf Burka und dem Flüchtlingslager El Fauar bei Hebron. Aus diesen ländlichen Gebieten hatte sich das israelische Militär zwar bereits zurückgezogen, aber nach dem ‚Oslo-2‘-Abkommen obliegt ihm dort letztlich auch weiterhin die Sicherheitskontrolle. Wenn Hamas dieselbe Buslinie am gleichen Wochentag, zur gleichen Tageszeit angreifen kann, dann ist das ein Indiz dafür, daß scharfe Sicherheitsvorkehrungen das Problem nicht lösen können.

Sie verändern nichts an den eigentlichen Ursachen der Gewalt. An erster Stelle steht dabei die wirtschaftliche Entwicklung in Gaza und dem Westjordanland. Die israelische Regierung sorgt durch die regelmäßige Schließung dieser Gebiete und die Ersetzung palästinensischer durch ausländische Arbeitskräfte für enorme wirtschaftliche Einbußen. Statt ehemals 120.000 Palästinensern arbeiten bei offenen Grenzen heute nur noch 59.000 in Israel. Wenn die Grenzen – wie zur Zeit – gesperrt werden, reduziert sich das auf bis

zu 3.000. An die Stelle der Ausgegrenzten sind 73.500 Osteuropäer und Asiaten getreten. Israel will jetzt noch einmal weitere 16.500 ausländische Arbeiter anwerben, so daß sich deren Zahl dann auf rund 90.000 erhöht. Seit Juli 1994, seit der Zeit, wo es überhaupt autonome palästinensische Gebiete gibt, hat Israel diese 330 Tage lang abgeriegelt. Die palästinensischen Arbeiter verloren ihren Lohn. Hinzu kommen die Verluste von Händlern, die ihre Waren nicht nach Israel absetzen konnten. 90 Prozent seines Handels tätigt das palästinensische Autonomiegebiet mit Israel. Die finanziellen Schäden, die dadurch dem Autonomiegebiet entstanden und auch durch Finanzspritzen aus dem Ausland nicht wettgemacht werden konnten, sollen sich täglich auf zwei bis fünf Mio. Mark summiert haben. Angeblich erlitten die Palästinenser insgesamt dadurch Verluste in Höhe von 2,8 Mrd. DM.

Auch für den aktuellen Auslöser der Attentatsserie, die Ermordung des Dschihad-Chefs Fathi Schakaki am 26. Oktober 1995 in Zypern sowie des Hamas-Mitgliedes Jehija Ajasch, genannt: der ‚Ingenieur‘, am 5. Januar 1996, war die israelische Regierung verantwortlich. Beide Morde gehen auf das Konto des israelischen Geheimdienstes. Bis zu den Morden hatte die PLO-Führung mit Hamas ein Abkommen, welches letztere verpflichtete, keinerlei militante Aktionen aus dem Autonomiegebiet heraus zu starten. Dieses hielt auch sieben Monate. Erst nach den beiden Morden durch den israelischen Geheimdienst wurde es von Teilen von Hamas aufgekündigt.

Die Rolle von Hamas

Bei den Palästinenserwahlen Ende Januar erlitt die Hamas eine parlamentarische Niederlage: Die Mehrheit der Palästinenser folgte nicht dem Boykottaufruf, woraufhin sich die politische Führung von Hamas dem Kurs der PLO-Führung anzunähern schien. Mitte Februar war ein Stillhalteabkommen zwischen der politischen Führung der Hamas und der Palästinenserbehörde unterschriftsreif, in dem erstere sich im Gegenzug zum PLO-Versprechen, die Regierung würde die Hamas-Mitglieder schützen, bereit erklärte, den militanten Kampf gänzlich einzustellen.

INHALT

Palästina – Israel: Nach der Attentats-Serie	2
Palästina – Israel: Wenig Land – Wenig Frieden	4
Zum Mord an Yitzhak Rabin	14
Zur aktuellen cubanischen Entwicklung	17
Solidarität mit Cuba	21
Zum Colloquium der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft . . .	23
Dänemark: Konflikt der Krankenschwestern	28
Schweden: Auch hier Streik in den Krankenhäusern . . .	31
England: Zehn Jahre nach Wapping	32
Sachsen-Anhalt: Ungehemmter industrieller Abbau . . .	33
Hamburg: Schlepper-Auseinandersetzung im Hafen . . .	37

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14-16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1
- **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27
- **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübbecke
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
GFSA e.V. · Postbox 106426 · D-20043 Hamburg



**DER SARG DES
BOMBENBAUERS
JEHJA AJASCH
WIRD VON
TAUSENDEN
HAMAS-
ANHÄNGERN
BEGLEITET**

von Ajasch demonstrierten in Gaza-Stadt 100.000 bis 200.000 Menschen, die Rache für den Mord forderten. Selbst Arafat kam zu diesem Zeitpunkt nicht umhin, den Märtyrer zu würdigen und Israel für den Mord anzuklagen. Am 4. März demonstrierten dann

am selben Ort zwischen 10.000 und 30.000 (gelegentlich ist von 100.000 die Rede) unter dem Motto: »Ja zum Frieden – Nein zur Gewalt«. Das war genau das Motto, unter dem die israelische Veranstaltung am 4. November '95 in Tel Aviv gestanden hatte, auf der Rabin getötet wurde.

Diese Widersprüchlichkeit zeigt eines deutlich: Die palästinensische Bevölkerung hat unter den Anstrengungen und Opfern der letzten Jahre so sehr gelitten, Ratlosigkeit und Erschöpfung sind mittlerweile so stark geworden, daß sich zur Zeit weder eine Kraft findet, die Arafats Politik wirksam kontrollieren, noch eine, die die Verselbständigung von militanten Hamas-Teilen unterbinden könnte. Die Situation ist zur Zeit von Ohnmacht und Verzweiflung bestimmt. Die Bevölkerung möchte die israelische Besatzung endlich loswerden und unterstützt in ihrer Mehrheit deshalb Arafats Politik, sieht aber auch, daß das Abkommen von Oslo nicht hält, was sie sich von ihm versprochen haben. Besonders unter den jugendlichen Palästinensern wächst daher die Verbitterung. Der Leiter des israelischen Inlandsgeheimdienstes Schin Bet, Ami Ayalon, mußte inzwischen eingestehen, daß Israel damit zu rechnen habe, daß es unter palästinensischen Jugendlichen Hunderte gäbe, die zu Selbstmord-Attentaten bereit seien. Die sozialen und politischen Bedingungen im Autonomiegebiet, insbesondere der israelische Druck, reproduzieren immer wieder die Basis für solche Aktivitäten.

Die weiteren Perspektiven

Eine wachsende Zahl von Israelis fordert den sofortigen Abbruch des Friedensprozesses. Und selbst diejenigen, die das noch nicht tun, stellen sich die Frage, ob es lohne, die Politik der letzten Jahre weiter zu verfolgen. Bei einer am 5. März, also einem Tag nach dem vierten Attentat, in Israel durchgeführten Meinungsumfrage, erklärten 85 Prozent, sie wollten »eine absolute Trennung zwischen Israelis und Palästinensern auf Dauer«.

Die Regierung reagiert auf diesen Stimmungsumschwung mit einem verschärften Einsatz ihrer Machtinstrumente. Am Abend des dritten Anschlags erklärte Peres gegenüber der Hamas »einen Krieg in jedem Sinne des Wortes«. »Wir haben entschieden, diesem Krieg die höchste und eindeutige Priorität zu geben. Alles, was wir besitzen an Menschen, Ideen und Mitteln, wird zuallererst und vor allen Dingen darauf konzentriert, diesen Krieg zu führen – schlagkräftig und sofort. Wir werden vor keiner Maßnahme scheuen. Wir werden keine Anstrengung unterlassen. Wir werden diesem Krieg die höchste Priorität geben«. (Tagesspiegel, 6.3.'96) Die Regierung hat einen Sonder-Einsatzstab gebildet, zu dessen Leiter der Chef des Inlandsgeheimdienstes Schin Beth, Ami Ayalon, bestimmt wurde. Ihm wurde völlige Handlungsfreiheit zugebilligt. In dem Kommuniqué heißt es: »Der Stab wird sich an der Notwendigkeit orientieren, alle Zentren des Terrorismus von Hamas und Islamischem Dschihad zu verhindern, zu bestrafen und zu bekämpfen, wo immer sie sich befinden«. Peres stellte klar: »Er kann zuschlagen, wo er will«, das heißt auch in den Gebieten, die eigentlich der Palä-

Der weitere Verlauf der Ereignisse machte dann aber deutlich, daß diese politische Schlußfolgerung nicht von allen im Hamas-Spektrum geteilt wurde. Denn am 25. Februar explodierten die beiden ersten Bomben. Am 29. Februar ließ Hamas verlautbaren, »militärische Aktivitäten gegen jüdische Zivilisten« würden eingestellt, wenn Israel mehrere Bedingungen erfülle. Israel wurde ausdrücklich bis zum 8. März 1996 Zeit gegeben, auf den Vorschlag zu antworten. Tatsächlich ging die nächste Bombe aber bereits am 3. März hoch. Nach dem Anschlag erklärte die Gruppe, die für das Attentat verantwortlich ist, ihr Rachefeldzug für Jehija Ajasch sei beendet. Es gelte nun eine dreimonatige Feuerpause, »um der israelischen Regierung und der politischen Führung die Möglichkeit zu geben, einen Waffenstillstand mittels der Palästinensischen Nationalbehörde zu erreichen«. Aber schon am 4. März explodierte die nächste Bombe in Tel Aviv. All das signalisiert, daß es über den weiteren Hamas-Kurs interne Differenzen gibt. Dies zeigt sich auch in dem von der »Al-Kassam-Brigade«, dem bewaffneten Arm von Hamas, am 6. März erneut verkündeten Waffenstillstand. Dort findet sich u.a. ein Appell »an alle militärischen Flügel«, was ein Hinweis darauf ist, daß die militärische Hamas-Führung nicht alle Einheiten unter ihrer Kontrolle hat. Für drei der vier Attentate hat ja auch nicht sie, sondern eine Gruppe namens »Einheit von Jehija Ajasch/Neue Generation« die Verantwortung übernommen.

Der führende Vertreter von Hamas in Jerusalem erklärte, es herrsche »Verwirrung in den Reihen« seiner Organisation. Schon nach den ersten beiden Attentaten hatte die politische Führung der Hamas die Verantwortung dafür zurückgewiesen. Nach dem dritten Attentat wurde sogar berichtet, Hamas-Führer planten ein religiöses Edikt gegen weitere ähnliche Aktionen. Nach dem vierten Bombenattentat betonte dann die »Al-Kassam-Brigade«, sie werde dem Aufruf der politischen Führung »in vollem Umfang Folge leisten«; bis Anfang Juli werde sie den Waffenstillstand einhalten. Sie rief dazu auf, »die Märtyrerrattaken gegen die Juden« sofort einzustellen. Gleichzeitig bezeichnete aber ein Vertreter der Hamas im Libanon namens Mustapha Leddawi die jüngsten Bombenanschläge als »heldenhafte Operationen«.

Der Uneinigkeit innerhalb von Hamas über das weitere Vorgehen entspricht das widersprüchliche Verhalten der Bevölkerung der Autonomiegebiete. Nach der Ermordung

stinenserverwaltung unterstehen. Zwischen Israel und dem Westjordanland soll (ähnlich wie bereits gegenüber dem Gazastreifen) eine zwei Kilometer breite und insgesamt 29 Kilometer lange Sicherheitszone errichtet werden. An mehreren Abschnitten soll ein circa 120 Mio. DM teurer Zaun errichtet werden.

Nach langer Zeit wurden auch wieder Panzer in Schußposition gebracht. Am 5. März wurden dann mehr als 465 Dörfer und Städte im Westjordanland von israelischem Militär abgeriegelt. Die Peres-Regierung erließ ein Verbot, daß Palästinenser zwischen einzelnen ihrer Enklaven hin- und herreisen dürfen. In dem Dorf Burka, aus dem einer der Attentäter kam, wurden alle über 15 Jahre alten Einwohner verhört – all das, ohne vorher Arafats Autonomiebehörde darüber zu informiere, (womit eindeutig das Autonomieabkommen verletzt wurde). Dieses harte Vorgehen führt natürlich dazu, daß die palästinensischen Gegner des Verhandlungsprozesses Zulauf bekommen.

Diese Gefahr sieht auch die israelische Regierung. Sie will den gesamten »Friedensprozeß« ja nicht beenden. Deshalb nimmt sie ausdrücklich Abstand von einer umfassenden Militäraktion auf der Westbank und in Gaza. Peres erklärte dazu: »Wir wollen nicht, daß die PLO zum Terror zurückkehrt und daß eine neue Intifada beginnt«. (ARD-Brennpunkt, 28.2.1996) Diese Einschätzung teilt im Kern auch die Mehrheit der Opposition. Auf die Frage an den Likud-Oppositionsführer Benjamin Netanjahu, ob er nach einem Wahlsieg »den Friedensprozeß abbrechen« werde, sagte er eindeutig: »Nein. Wir werden ihn vorsichtig fortsetzen und dabei der Sicherheit, ohne die kein Friede möglich ist, die nötige Aufmerksamkeit schenken«. (Focus, 4.3.1996) Unabhängig davon, wer die Wahlen im Mai gewinnt, ist deshalb auch mit keiner grundsätzlichen Veränderung der israelischen Politik zu rechnen. Auf Dauer bleibt Israel einfach

keine Alternative zur Fortsetzung des bisherigen Vorgehens. Der Verhandlungsprozeß ist zwar nachhaltig aufgehalten, aber (dem oberflächlichen Anschein zum Trotz) nicht endgültig gestoppt worden. Dafür gibt es im wesentlichen zwei Gründe:

1. Jede israelische Regierung hat ein Interesse daran, das Aufbrechen der jahrzehntelangen Isolation im Nahen Osten nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Israel hat nicht die ökonomische Kraft, um noch einmal 40 Jahre zu überleben, nur gestützt auf die Hilfe der westlichen Staaten, die zu einer uneingeschränkten Fortsetzung dieser Hilfe inzwischen auch nicht mehr bereit sind.

2. Das westliche Interesse an politischer Ruhe in der Ölregion Nahost ist sehr groß. Sowohl das Treffen der EU-Außenminister am 9. und 10. März in Palermo wie auch der sogenannte Anti-Terrorismus-Gipfel am 13. März in Sharm el-Sheik haben das wieder deutlich gemacht. Der US-Sonderbeauftragte für Nahost, Dennis Ross, warnte Israel in einem CNN-Interview (5. März) vor Überreaktionen nach den Anschlägen. Bereits vorher hatte der US-Außenminister Warren Christopher die Anschläge zwar verurteilt, aber sofort hinzugefügt, daß die Israelis es den Terroristen nicht erlauben dürften zu gewinnen, indem sie die Verhandlungslösung aufs Spiel setzten. Clinton erklärte nach dem dritten Bombenattentat: »Dieses ist ein beunruhigendes Moment, aber ich bin entschlossen, darauf zu achten, daß es nicht zu einer Niederlage des Friedensprozesses kommt. Ich glaube, daß Arafat Anstrengungen unternommen hat, und ich denke, er wird noch mehr unternehmen. Wir müssen mit allen Kräften im Mittleren Osten zusammen dafür sorgen – einschließlich der Palästinenserverwaltung – daß Recht und Ordnung einkehren und der Terrorismus abgewehrt wird. Das wird eine lange Schlacht werden. Ich glaube, wir werden gewinnen«. (Irish Times, 5. 3. '96) 9.4.'96 ■

■ NAHOST

Wenig Land und wenig Frieden

Zu den palästinensisch-israelische Beziehungen nach dem Abkommen Oslo-2

»Ein Märtyrer für den Frieden, ein Opfer des Hasses«, so bezeichnete US-Präsident Clinton Yitzhak Rabin. Rabins Ermordung durch einen jungen Israeli sephardischer Abstammung, der den rechtsextremen Kreisen in Israel zugerechnet wird, drückt tiefgreifende Widersprüche in der israelischen Gesellschaft aus.

In einem seiner letzten Interviews noch hatte Yitzhak Rabin – vertrauend auf das alte »Ghetto-Tabu« – erklärt: »Ich bin überzeugt, daß sich kein Jude dazu hinreißen ließe, andere Juden zu töten«. Auf das Attentat reagierte dann auch die israelische Gesellschaft entsprechend geschockt. Das Selbstbild der jüdischen Bürger Israels wurde durch den Mord Yigal Amirs an Yitzhak Rabin ein Stück weit zur Illusion: Ein Tabu wurde angeblich gebrochen.

Das sich heute immer stärker ausdehnende ideologisch-gesellschaftliche Vakuum in Israel hat jedoch seine Vorgeschichte: 1973, im Jom-Kippur-Krieg, hatten die Israelis entdeckt, daß sie nicht unbesiegbar waren; 1982, anlässlich der Belagerung von Beirut, war ihnen bewußt geworden, daß

auch ihr eigenes Land Aggressor sein kann; 1988 mußten sie zusehen, wie im Zuge der Intifada der Status quo der Besatzung ins Wanken geriet. Im November 1995 schließlich zeigte sich, daß die winzige Spanne von drei Schüssen genügte, und die Israelis »...fühlten sich nicht mehr als das auserwählte Volk« (Dominique Vidal, Le Monde diplomatique, 12/95).

Yitzhak Rabin selbst soll die erstaunliche Wandlung vom Kriegshelden zum Friedenskämpfer repräsentieren, so zumindest die zahlreichen posthumen Würdigungen. Hier einige biographische Daten zur Erinnerung: Rabin kommandierte die Einheiten, die 1948 50.000 Palästinenser aus Lydda und Ramleh vertrieben. Er war Oberbefehlshaber der Armee, die die Westbank 1967 eroberte und besetzte; er war auch derjenige, der den Befehl gab, den Kindern der Intifada die Knochen zu brechen, um so die Zivilbevölkerung zu demoralisieren. Für zwei Generationen von PalästinenserInnen jedenfalls war Yitzhak Rabin eher ein Todes- als ein Friedensengel.

Zunächst sieht es so aus, als habe ausgerechnet der Attentäter der Labour-Partei und dem sogenannten Friedensprozeß zu einer großen Sympathiewelle verholfen.



**DEMONSTRATION
VON ISRAELIS
GEGEN DIE
REGIERUNGS-
POLITIK**

lung durch die arabischen Nachbarn taten ein übriges, um die seit langem befürchteten inneren Widersprüche aufbrechen zu lassen.

In diesem Sinne kommentiert auch Joav Peled, Professor für politische Wissenschaften an der Universität von Tel Aviv, die Entwicklung: Israel mache einen breiteren Liberalisierungsprozeß durch, was bedeute, generell die Macht in der Gesellschaft vom Staat mehr zum Markt zu verschieben. In diesem Rahmen sei auch der Friedens- mehr ein Dekolonisierungsprozeß, und was bei Dekolonisierung üblicherweise herauskäme, wäre Neokolonialismus, also die fortgesetzte Domination durch die früher Herrschenden, mehr durch ökonomische als durch politische Mittel.

Die Regierungsneubildung forciert in Israel genau diesen Prozeß. Das Personalkarussell hat sich kräftig gedreht; die Modernisierer haben deutlicher das Sagen bekommen, allen voran Shimon Perez selbst. Mit der Bestellung seiner Minister demonstrierte Perez, daß er derjenige ist, der über Krieg und Frieden zu bestimmen gedenkt. In einem Kommentar von »Yedioth Aharonot« hieß es, es gebe »keine Hierarchie der Minister«; Perez habe nicht Reichtümer zwischen ihnen verteilt, sondern den Ministern nur die Reste überlassen. Er sei nun »... das Rotkäppchen unter lauter Zwergen« (FAZ 23.11.'95).

Die neue Regierung versucht, eine breitere Basis für ihre Politik zu schaffen. Um die Orthodoxie zu gewinnen, ernannte Perez Yehuda Amital zum Minister ohne Geschäftsbereich. Er ist religiöser Zionist und für den Friedensprozeß eingestellt. Obwohl Amital selbst in einer Siedlung lebt, ist er schon seit langem ein Vertreter territorialer Kompromisse mit den Palästinensern. Er soll im neuen Kabinett als Integrationsfigur zwischen Labour-Meretz auf der einen Seite und den rechten Siedlern auf der anderen dienen. Amital ist Symbolfigur dafür, daß die Regierung die Interessen der Siedler nicht vernachlässigen will.

Yossi Beilin, einer der Architekten des Oslo-Abkommens, ist Staatssekretär direkt unter Perez geworden, eine Position, die ihm erheblich mehr Befugnis zugesteht. Beilin meint, der Krise der israelischen Gesellschaft mit einer Verpflichtung zu humanitärem Engagement beikommen zu können: »... Wir brauchen eine neue Aufgabe für die israelische Gesellschaft. Ich neige dazu – das ist eine Idee von vielen – uns als künftigen Boten für die dritte Welt zu sehen. Wir sollten uns stark bei UN-Aktivitäten engagieren, dem skandinavischen Modell folgen. Jüdisch sein bedeutet auch, sich um die Welt zu kümmern« (Die Zeit, 17.11.'95).

Zurückgekehrt in die Regierung ist auch Haim Ramon, den die »FAZ« kürzlich als »israelischen Clinton« (9.12.'95) bezeichnete. Zunächst Gesundheitsminister in der Regierung Rabin, trat er zurück, als seine Vorschläge abgelehnt wurden, das von Histadrut kontrollierte Gesundheitssystem zu privatisieren und dessen enorme Einkünfte der National Insurance zu überschreiben. Später wurde Haim Ramon selbst Vorsitzender des Histadrut. Er ist liberal-reformistisch orientiert in Bezug auf Ökonomie und Kultur, außenpolitisch moderat und ein langjähriger Befürworter von Verhandlungen mit der PLO. Ramon gilt außerdem als sehr beliebt in der jüngeren Generation in Israel und hat die Gewerkschaft als Hausmacht hinter sich. Geradezu symbolisch repräsentiert Ramons Projekt der Umstrukturierung von Histadrut (Priva-

Rabins Tod machte deutlich, daß in Israel die große Mehrheit hinter dem Friedensprozeß steht. Nach dem Attentat erklärten 73 Prozent (vorher 55 Prozent) der Israelis, jetzt müsse Frieden mit den Palästinensern geschlossen werden; Ende November waren es allerdings schon wieder nur noch 65 Prozent. In einer anderen Umfrage bekannten sich 54 Prozent zu Shimon Perez und nur 23 Prozent zum Führer des rechten Likud-Blockes, Benjamin Netanjahu: es scheint, als wolle sich die »Schweigende Mehrheit« (vorerst) hinter der Regierung sammeln. Die Gegner des Friedensprozesses sind nur eine Minderheit, die sich aufgrund ihrer marginalisierten Position immer weiter radikalisieren. Auf ihren Demonstrationen und Veranstaltungen wurden in den letzten Monaten vor dem Attentat mit wachsender Emphase Slogans wie: »Rabin ist ein Mörder und Verräter«, »Tod für Rabin« und »Mit Blut und Feuer werden wir Yitzhak Rabin vertreiben« skandiert. Mitte Oktober tauchte auf einer Demonstration des Likud gegen das Oslo-2-Abkommen zum erstenmal das Plakat auf, das Rabin in einer SS-Uniform zeigte.

Der folgende Artikel bezieht sich auf die getroffenen Einschätzungen in »Der Palästina-Konflikt am Ende?« (Arpo Nr. 2/94) und »Israel, der Tiger im Nahen Osten« (Arpo Nr. 1/95). Es werden die aktuellen Entwicklungen in Israel auf Grundlage der bereits entwickelten Positionen kommentiert. Auf eine ausführliche Wiederholung dieser Thesen wurde bewußt verzichtet.

Umstrukturierung: die Modernisierer am Ruder

Seit Ende des »kalten Krieges« hat in Israel ein Prozeß der wirtschaftlichen Umstrukturierung und Modernisierung, eine von Perez einmal als »dritte Stufe des Zionismus« bezeichnete Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, mit dem Ziel »der Eroberung der Wissenschaft und einer umfassenden Technologie«, begonnen. Diese »dritte Stufe des Zionismus« folgte auf die »Eroberung der Arbeit« und die »Eroberung des Landes« (vgl. Arpo Nr. 1/95). Eine solche Modernisierung läßt sich nicht ohne gesellschaftliche Auseinandersetzungen und das Aufbrechen neuer Konfliktlinien umsetzen. Im Zuge dieser Entwicklung hat der Privatsektor an Bedeutung gewonnen, selbst Teile der Rüstungsindustrie wurden vom israelischen Staat privatisiert. Hierzu gehört auch eine Kürzung sozialer Leistungen und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. Der Verlauf der palästinensisch-israelischen Verhandlungen und das Ende der existentiellen Bedro-

tisierung der Gesundheitsversorgung, Privatisierung der Bank Hapaolim, Verkauf des Industriekonzerns Koor mit hundert Fabriken, Schließung der Tageszeitung »Davar«, Aufgabe von Theatern und Sportvereinen, Reduktion der Histadrut-Mitarbeiter von ehemals 4.000 auf 1.500) und seine Zurückstufung auf einen reinen Gewerkschaftsverband den tiefgreifenden Wandel, den die israelische Gesellschaft durchmacht. »Histadrut ist eine der Säulen des zionistischen Staates gewesen. Seine Umstrukturierung ist das letzte Element in der Transformierung der israelischen Gesellschaft von einer Art Staatskapitalismus, der als ‚sozialistischer Zionismus‘ verkauft wurde, zu einem laissez-faire-System« (Challenge, No. 29/1'94). Von den 1,6 Mio. Mitgliedern vor Ramons Amtsantritt sind nur noch 560.000 übrig geblieben. Nach Rabins Tod kehrte Ramon sofort zu Labour zurück und ist nun neuer Innenminister.

Auch Ehud Barak, General a.D., ehemaliger Generalstabschef und Perez' neuer Außenminister, gilt als Anhänger rationaler Konfliktlösungen. Ideologien, so die »FAZ«, seien ihm fremd. Schon während seiner militärischen Laufbahn habe ihm die Umformung der Armee für eine friedlichere Zukunft am Herzen gelegen.

Aus dem Polizeiministerium des Moshe Shahal ist das Ministerium für innere Sicherheit geworden, dem auch die Sicherheitsdienste unterstehen. Dies zeigt ein neues Verständnis und Verhältnis zum Einfluß der radikalen Rechten und eine gewisse Aufgeregtheit über deren enge Verflechtungen mit Militär und Shabak. Ein Teil der Aufregung wird sich sicher mit der Zeit wieder legen, nichtsdestotrotz ist dieses neue Organ des Staates eine vorsichtige Reaktion auf Ausdifferenzierungen in Israel selber und der Versuch einer Vorbereitung auf neue, konfliktgeladene Entwicklungen im Inneren.

Im Rahmen der neuen Ausrichtung des Staates Israel ist auch die Idee zu verstehen, ein offizielles Verteidigungsbündnis mit den USA einzugehen. Faktisch hat Israel seit seinem Bestehen als Juniorpartner der USA bzw. als Brückenkopf für amerikanische Interessen in der Region fungiert. Dennoch war Israel nie offizielles Mitglied eines Paktes oder Bündnisses. Die zionistische Doktrin, ganz für sich allein zu kämpfen, hat aber erste ideologische und praktische Brüche bereits während des zweiten Golfkriegs erfahren.

Siedlungen: ein gemäßigter territorialer Kompromiß?

Nach den Eroberungen im Sechs-Tage-Krieg 1967 kam den beginnenden Aktivitäten der Siedler große strategische Bedeutung bei der De-facto-Okkupation des palästinensischen Landes zu. Vor allem in den 80er Jahren fand eine rasante Entwicklung statt. 1984 gab es bereits 50.000 Siedler; bis Anfang der 90er Jahre war ihre Anzahl auf 100.000 bis 140.000 angewachsen (die israelischen Bewohner Ost-Jerusalems sind hier nicht mitgezählt).

Rund 70 Prozent der Siedler leben im Umkreis von Jerusalem. In gut 75 Prozent der 127 Siedlungen auf der Westbank und den 19 Siedlungen im Gazastreifen leben jeweils weniger als 200 Menschen.

Die Kosten der Siedlungspolitik werden jedoch von den Israelis zunehmend als unverhältnismäßig empfunden. Premierminister Rabin rechnete beim Jahrestreffen des »Israeli Management Center« vor, der militärische Schutz einer Siedler-Familie koste den israelischen Staat pro Jahr 375 000 DM; umgekehrt hätten die Siedlungen militärisch keinen Nutz-

effekt. In einem Interview, welches Ende Oktober 1995 aufgenommen worden war, führte Yitzhak Rabin diesen Gedanken noch einmal aus: »Heute gibt es 450 Israelis in der Stadt Hebron und 120.000 Palästinenser. Ich brauche drei Bataillone, um sie zu schützen. Ich glaube, bei allem gebührenden Respekt, daß Werte – jüdische und universelle Werte – unsere Politik leiten müssen. Ich kann Hebron nicht als jüdische Stadt bezeichnen. Sie war es, aber deswegen 120.000 Palästinensern aufzwingen, daß es dort 450 Israelis geben müsse und aus diesem Grunde eine Militärmacht aufrechterhalten? Ich sehe dafür keine Berechtigung. Falls Sie fragen, ob die Israelis glauben, daß die Siedlungen in dieser eng besiedelten Gegend irgendeinen Sicherheitswert haben, wird die Mehrheit mit ‚Nein‘ antworten. Welchen Vorteil bringen sie denn? Statt den Terrorismus zu bekämpfen, muß ich Streitkräfte abstellen, um sie zu beschützen«. Und in seiner letzten Knessetrede – während der Debatte um das Oslo-2-Abkommen – erklärte er: »Wir kamen nicht in ein leeres Land«.

Daß jedoch keinesfalls die komplette Rückgabe der besetzten Gebiete gemeint ist, bestätigt Staatssekretär Jossi Beilin, wenn er sagt, daß die Siedler den Preis für eine Einigung mit den Palästinensern nicht ganz allein tragen müssen. In »Die Zeit« vom 17. 11. '95 meinte er: »Alle Siedlungen sind falsch. Aber nachdem sie nun einmal da sind, müssen wir ihre Existenz in Betracht ziehen.« Rabin selbst vertrat die Position, daß im Rahmen der endgültigen Vereinbarungen »Großjerusalem« die Siedlungen Maale Adumim und Gi'vat Ze'ev beinhalten werde. Wie das aussehen könnte, dafür entwarf unter dem Stichwort »eines gemäßigten territorialen Kompromisses« Sicherheitsfachmann Joseph Alpher vom »Zentrum für Strategische Studien« in Tel Aviv einen Plan, bei dem zwölf Prozent des Landes jenseits der grünen Linie vom Juni 1967 annektiert werden müßten. Damit behielte Israel die Souveränität über 70 Prozent der bestehenden Siedlungen. Der Plan beinhaltet die Annexion von Siedlungen entlang der grünen Linie, um Jerusalem und im Jordantal. Alle anderen Siedlungen sollten abgebaut bzw. den Bewohnern anheimgestellt werden, unter palästinensischer Regierung zu leben.

Was sich im Moment klar abzeichnet, ist die Annektion des Großraums Jerusalem; dieser war stets ausdrücklich vor Siedlungsstops ausgenommen. Bei den offiziellen Zahlen werden zudem in der Regel nicht die Bewohner der neuen israelischen Stadtviertel in Ost-Jerusalem mitgerechnet. In Ost-Jerusalem aber wurden allein im ersten Quartal 1995 mehr als 1000 neue Wohneinheiten errichtet. Übrigens ließen es sich auch die USA nicht nehmen, schon die Verlegung der US-amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu planen.

Um die Verhältnisse ganz klar zu machen, erließ der israelische Polizeiminister Moshe Shahal im Sommer 1995 einen Schließungsbefehl für in Ost-Jerusalem gelegene Büros der palästinensischen Autonomiebehörde: die Ämter für Statistik, für Gesundheit sowie den palästinensischen Rundfunk. Zugemacht werden sollte auch das Orient-Haus, welches faktisch als palästinensisches Außenministerium fungierte. Zwar dürfen diese Einrichtungen vorerst weiterarbeiten, aber auf keinen Fall die Autonomiebehörden offiziell repräsentieren.

Für die übrigen Siedlungsgebiete kehrt sich die Entwicklung jedoch eher um. Dazu trägt sicherlich auch bei, daß

staatliche Hilfen im sozialen Bereich, zum Beispiel bei der Finanzierung von Kindergartenplätzen, gekürzt und der Zugang zu billigen Darlehen gestrichen wurde. Mitte dieses Jahres erklärten 32 Prozent der Westbank-Siedler in einer Umfrage, sie wären, wenn eine angemessene Entschädigung gezahlt würde, zur Rückkehr bereit; weitere acht Prozent erklärten immerhin, sie würden das erwägen. Die Zahl derjenigen, die sich sogar eine Zusammenarbeit mit der PLO vorstellen können, nimmt zu. Eine kleine Gruppe von Siedlern verhandelt bereits mit Vertretern der PLO und Hamas, um ein Verbleiben in palästinensischem Gebiet zu ermöglichen. Ihrer eigenen Einschätzung nach vertreten sie 30 Prozent der Siedler. Von den ehemals 4000 Siedlern im Gazastreifen sollen übrigens heute kaum mehr als 200 dort noch ausharren. Die Preise für Häuser und Grundstücke sind verfallen.

Den langen Abschied vom Golan hat Perez offensichtlich auch eingeläutet. Er hat schon vor einiger Zeit die Golanhöhen als syrisches Territorium bezeichnet und kürzlich von »mehr Land für mehr Frieden« geredet. Weiterhin sagte er auch, es sei nicht notwendig, sich nur auf militärische Fragen zu beschränken, sondern es sei durchaus möglich, die Gespräche in anderer Form wieder aufzunehmen und so einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Die Frage des Golan hat jedoch große innenpolitische Brisanz. Hirsh Goodman, einflußreicher Chefredakteur des »Jerusalem Report«, kommentierte, »...es sei unrecht, wenn Perez als Übergangspremier das Land auf einen Weg manövriere, den sein Vorgänger gezögert habe zu verfolgen« (IPS, 18.12.1995). Die 13 000 Siedler auf dem Golan jedenfalls sind in höchster Alarmbereitschaft. Die Plattform des »Dritten Weges« um den Stabschef Daniel Shomron, die sich auch explizit gegen eine Rückgabe des Golan stark macht, hat einen anderen Vorschlag: Rückgabe etwa der Hälfte des Westjordanlandes an die Palästinenser, Neuordnung in den Regionen Nablus, Ramallah, Bethlehem und Hebron, um so den isolierten palästinensischen Gebieten Zugang (über Jericho) nach Jordanien zu verschaffen und Verbleib der Golanhöhen bei Israel.

Syrien seinerseits fordert nach wie vor den vollständigen Rückzug von den besetzten Golanhöhen und die Wiederherstellung der Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg 1967. Israel hingegen will sich als Gegenleistung für eine Normalisierung der diplomatischen und ökonomischen Beziehungen nur bis zur internationalen Linie zurückziehen. Der Unterschied zwischen beiden ist geographisch gering, aber enorm bezüglich des Zugriffs auf Wasserressourcen. Die Israelis beziehen rund ein Drittel ihres Trinkwassers vom Golan. Zur Zeit sind eine Reihe von projektorientierten Lösungsvorstellungen auf

den Tisch gekommen. Diese sollen wohl auch der israelischen Öffentlichkeit die Rückgabe der Golanhöhen schmackhaft machen. Genannt wurden u.a. die Nutzung der Golanregion für ein israelisch-syrisches Tourismusprojekt und gemeinsamen Weinanbau.

Israel nach dem Attentat: Hat sich der »jüdische Jihad« diskreditiert?

Die Ermordung Yitzhak Rabins wird in der Presse als Zäsur in der Geschichte des Staates Israel dargestellt. Die israelische Gesellschaft sei seit der Intifada in ein »tiefes Zerwürfnis mit sich selbst« geraten, so Moshe Zimmermann in der »Wochepost« vom 9. November 1995. Mit der Ermordung Rabins sei deutlich geworden, daß es zu wählen gelte »...zwischen unterschiedlichen jüdischen Definitionen eines Staates. Oder vielleicht gar zwischen einem jüdischen Staat und einem Staat, der nicht länger durch Judentum definiert sein wird.« Das Ergebnis werde ein post-zionistisches sein, so die Prognose. Interessant an dieser Diskussion erscheint die Frage, welche Konfliktlinien sich in der ideologischen Auseinandersetzung widerspiegeln.

Die Herausbildung einer hegemonialen Bourgeoisie in Israel manifestierte sich entlang der ethnischen Linie zwischen Ashkenasen und Sepharden: Ashkenasen, Juden europäischen Ursprungs, sind, der üblichen Vorstellung nach, diejenigen, die zu den Gründern, zu den Alteingesessenen gehören und die in Israel die Macht haben. Die Sepharden, die Juden orientalischen Ursprungs, wurden in der jüdischen Gemeinschaft immer als arme Verwandte behandelt, als »Gäste« der ashkenasischen Pioniere, die es gilt, in den Stand der europäischen Kultur zu »erheben«, um aus ihnen »gute und wirkliche Juden« (Golda Meir) zu machen. Der Zionismus erwies sich als unfähig, die verschiedenartige ethnische »Diaspora«, die er nach Palästina brachte, zusammenzuführen; er verschärfte nur zwangsläufig die Gegensätze. Der zionistische Staat konnte zudem nur europäisch sein, wenn er sich nicht von der arabischen Welt assimilieren lassen und damit verschwinden wollte. Wie in vielen Einwanderungsgesellschaften verlief die Klassenbildung damit in Israel entlang der ethnischen Linien. Der Zionismus brauchte im Laufe der Zeit zunehmend die Unterstützung durch religiöse Institutionen und Werte als ideologische Bindeglieder. Das ursprünglich einheitliche, säkulare Identifikationsmuster zerfaserte immer weiter, und es entstand ein »Wertevakuum«, das zum einen die aufbrechenden innergesellschaftlichen Widersprüche der israelischen Gesellschaft reflektiert, zum anderen durch die Umstrukturierung der israelischen Ökonomie und Gesellschaft bedingt ist. Doch genauso wie der Modernisierungsprozeß von der Mehrheit der Bevölkerung angesichts der weltpolitischen Veränderungen akzeptiert wird, um so zumindest noch einen Teil der Privilegien gegenüber den Palästinensern und den anderen arabischen Völkern der Region zu retten, genauso steht diese Neuausrichtung in Teilen der Bevölkerung grundsätzlich zur Debatte. Auch wenn letztere nicht die Mehrheit darstellen, strahlt ihr Einfluß durch ihre Entschiedenheit im Auftreten und ihr Appell »zur Umkehr« weit hinein in bürgerliche Kreise der Gesellschaft. Haim Baram schrieb nach dem Tode Rabins in »Kol Ha'ir«, bezeichnend für die Stimmung im Lande sei, wenn sogar Kommentatoren, die sich



selbst als links bezeichneten, den »Idealismus der Siedler« dem »Hedonismus der Linken« gegenüberstellten. Die Frage ist heute, welchen Einfluß die rechts-religiösen Strömungen haben und ob ihnen eine Katalysatorfunktion für durch den Modernisierungsprozeß deklassierte bzw. marginalisierte Gruppen zukommt.

Nach der Ermordung Rabins verhielten sich die militanten Siedler zunächst ruhig. Doch schon zwei Wochen später kam es in Hebron wieder zu Zusammenstößen zwischen Siedlern und palästinensischer Bevölkerung. Der Jerusalemer Politologie-Professor Gadi Wolfsfeld erwartet, daß nach einer Pause der rechte Terror weitergehen wird: »Die langfristigen Trends werden sich durchsetzen. Die Zahl der Extremisten steigt. Und die akzeptieren keinerlei demokratische Spielregeln«. Auch macht seit einiger Zeit das Schlagwort eines »Jüdischen Chomainsmus« die Runde, der Konzeption einer Gottesstaatsidee als Antwort auf wachsende gesellschaftliche Krisen und das damit zusammenhängende Wertevakuum.

Der Aufwärtstrend der Rechten in den letzten eineinhalb Jahren – der als wahrscheinlich prognostizierte Regierungswechsel zugunsten von Likud nach den nächsten Wahlen – ist durch die Ermordung Rabins erst einmal entkräftet. »Die Ermordung Rabins schafft eine politisch-psychologische Lage, die es seinem Gefährten und Nachfolger erlaubt, das zu tun, wovor Rabin noch zögerte: einige Zwischenschritte zu überspringen und den Frieden schneller voranzutreiben,« (Uri Avneri, Vorsitzender der kleinen Friedensgruppe »Gusch Schalom« – Friedensblock – die immer wieder die regierungsfreundliche Politik des großen »Peace-Now«-Bündnisses kritisiert hatte). Der frühere Leiter der PLO-Delegation bei den Madrider Nahost-Friedensverhandlungen, Haider Abdel Shafi, hofft: »Möglicherweise wird die israelische Regierung nicht mehr soviel Rücksicht auf ultrarechte Kräfte nehmen müssen wie bisher, niemand wird sich vorwerfen lassen wollen, gemeinsame Sache mit den Mördern Rabins zu machen.«

Uri Avneri formuliert es ähnlich: »Die Erschütterung, die dieses Volk jetzt durchmacht, kann luftreinigend wirken. Die wilde Hetze derer, die den Frieden torpedieren wollen, fällt wie ein Bumerang auf sie zurück und wird sehr viele Menschen von ihnen entfernen«. Von den radikalen jüdischen Siedlern heißt es, sie seien »etwas stiller geworden«. Vor dem Attentat gab es auf sehr vielen Autos in Jerusalem Aufkleber, die gegen die Politik der Regierung gerichtet waren. Über Nacht verschwanden die allermeisten. Mitglieder des »Rates der Jüdischen Siedlungen« räumen ein, ihre Haltung sei »bisher sehr aggressiv« gewesen, woraus sie den Schluß ziehen, zukünftig »über die Form des Protestes sehr genau nachdenken« zu müssen. Der Vorsitzende und Gründer des »Rates der Gemeinden und Städte in Judäa und Samaria«, Israel Harel, sieht sich nach dem Attentat in der Defensive: »Die beste Voraussetzung, die Gebiete zu verlieren, war heute. Unsere Ablehnung des Osloer Abkommens hat ihre Vitalität und den moralischen Anspruch verloren.«

Das, was von vielen PalästinenserInnen als Zementierung der Siedler-Okkupation aufgefaßt wird, ist aus Sicht der radikalen Siedler eine bittere Niederlage. So forderte der ehemalige Oberrabbiner Avraham Shapira die Soldaten zur Befehlsverweigerung auf, sollte das Kabinett die Evakuierung jüdischer Siedler aus dem Zentrum von Hebron anordnen. Aharon Domb, der Sprecher des rechtsgerichteten Siedlerrates

wütet: »50 Jahre nach Auschwitz will Rabin 140.000 Juden in Ghettos stecken«. Für den Chef der Hebron Siedler, Ron Schecher, wirken die israelisch/palästinensischen Patrouillen »wie ein rotes Tuch auf einen Stier«. Es gibt von ihnen Drohungen, jeden palästinensischen Polizisten, der sie kontrollieren will, zu erschießen.

Aktuell wird allein der operative Kern der Eyal-Gruppe des Rabin-Attentäters bereits auf 50 Personen geschätzt, die umgeben sind von einem Ring von 200 aktiven Mitgliedern. Ein Indiz für die Stärke dieser Gruppierungen ist, daß die rechte Siedler-Bewegung »zo Arzenu« (Dies ist unser Land) es immerhin schaffte, zu einer Demonstration gegen das Oslo-2-Abkommen Anfang Oktober '95 40.000 KundgebungsteilnehmerInnen in Jerusalem zusammen zu bekommen.

Der Attentäter Yigal Amir war Mitglied der bereits erwähnten kleinen militanten, national religiösen Eyal-Gruppe der Bar Ilan Universität, die Mitte 1992 gegründet wurde und als deren Chef Avishai Raviv gilt. Eyal, das der Molodet Partei nahesteht (einer Abspaltung in der Nachfolge des Rabbi Kahane) wurde zwar von den Behörden beobachtet, war aber nicht wie Kach oder Kahane Chai verboten. Amir selbst war alles andere als ein »verrückter« Einzelgänger; er diente in der Elite der Armee, wurde vom Shin Beit zum Bodyguard ausgebildet und studierte zuletzt Jura in Bar Ilan. Er organisierte Treffen und Aktionen in Hebron zur Unterstützung der militanten Siedler dort. »Die Atmosphäre, in der Rabins Mörder aktiv geworden ist, wurde in den Siedlungen des Westjordanlandes geschaffen«.

Raviv übrigens arbeitete über Jahre als Informant für den Geheimdienst Shin Beit/Shabak. Er organisierte junge militante Rechte und teilte ihre Namen Shin Beit mit. Raviv's doppeltes Spiel schien darin zu bestehen, daß der Shabak ihn benutzte, um die Anti-Regierungs-Stimmung in der Rechten zu eskalieren. Er war einer derjenigen, die Bilder von Rabin in SS-Uniform verteilten. Bei der kürzlich begonnenen Verhandlung gegen Amir zeichneten sich auch die Verflechtungen des Shabak in das Attentat auf Rabin schon deutlicher ab. Die Richterkommission zur Untersuchung der Umstände, die am 4. November zu den tödlichen Schüssen geführt hatten, warnte schriftlich sieben führenden Beamte, darunter den Chef des Shabak.

Im israelischen Polizeiapparat wird der Anhang der extremen Rechten auf 100.000 bis 150.000 Mann veranschlagt – bei einer Bevölkerung Israels von 5,4 Mio. Auch deuten einige Vorkommnisse auf einen Machtkampf innerhalb der Sicherheitsdienste und des Militärs hin: Die versuchte Verhaftung eines palästinensischen Militanten von Al Fatah, der von den Israelis an die Autonomiebehörden überstellt, aber von letzteren nicht weiter inhaftiert, sondern freigelassen worden war, rief das Militär auf den Plan. Das halb-offizielle Eingreifen israelischer Soldaten aber war – in diesem Fall – ein Debakel. Fatah Black Panthers nahmen die beiden beteiligten Soldaten gefangen, und erst nach intensiven Verhandlungen wurden sie wieder freigelassen.

Auch im Geheimdienst selbst gibt es nach wie vor einflußreiche Strömungen, die in bestimmten Fragen wenig von politischen Lösungen halten. Die Ermordung zweier populärer Personen des islamistischen Lagers, Fathi Shakaki von »Islamic Jihad« und Yahiya Ayash von »Hamas« innerhalb nicht einmal eines Vierteljahres, hat große Zustimmung bei der israelischen Bevölkerung gefunden, wenig Proteste aus-



gelöst bei Arafats Behörden, Trauer und Empörung dagegen
 (i) der palästinensischen Bevölkerung.

Der Militärkommentator der liberalen Tageszeitung »Haaretz« wollte jedenfalls nicht auf die Warnung verzichten, daß der jüdische »Jihad« strategisch gefährlicher sei als sein islamisches Gegenstück, denn letzteres bedrohe schließlich nicht die Existenz des Staates. Bedroht ist die Existenz des Staates wohl kaum, aber militante Segmente der Gesellschaft stellen ihn grundsätzlich in Frage. Das Attentat an Rabin wirkte weiter polarisierend und stellt die bis dato indifferente Mehrheit vor die Frage nach eindeutiger Positionierung.

Gaza und Westbank: Abwicklung einer Region

Die wirtschaftliche Situation in der Westbank und im Gazastreifen hat sich im letzten Jahr weiter verschlechtert. Ein wichtiger Grund dafür ist die israelische Politik der Abriegelung. Auch nach der Ermordung Rabins wurden seitens der Israelis mal wieder die Grenzen Gazas geschlossen und 800.000 Menschen faktisch eingesperrt. Ein Beispiel: Im
 (C) pril '95 fehlte im Gazastreifen Zement. Israel erlaubte aber nur den Transport von Lebensmitteln in den Gazastreifen hinein. Zudem hatten überhaupt nur zehn der 2000 GazalKws die Erlaubnis, die Grenze zu passieren.

Auf die Frage, wie augenblicklich die Stimmung im Gazastreifen wäre, antwortete Dr. Haider Abdel Shafi, ehemals Leiter der palästinensischen Delegation bei den Madrider Verhandlungen: »Es ist eine Stimmung tiefer Frustration, voller Apathie, die geradezu an Verzweiflung grenzt. Gründe dafür sind die anhaltende Präsenz israelischen Militärs und die unglaublichen ökonomischen Probleme durch die israelischen Kollektivstrafen – und für mich sind die Abriegelungen nichts anderes als Kollektivstrafen, die die Leute davon abhalten, sich ihren Lebensunterhalt verdienen zu können.«

Die Abriegelung vor allem des Gazastreifens hatte dramatische Folgen für den Aufbau einer palästinensischen Wirtschaft. »Die Schließung der Grenzen zwischen Israel und dem Westjordanland und Gaza, die Häufigkeit und die Unvorhersehbarkeit, ... haben uns wahrscheinlich im letzten Jahr mehr gekostet als uns die gesamte Geberhilfe eingebracht hat«, so Nabil Schaath, in der Autonomiebehörde

zuständig für internationale Zusammenarbeit und Planung (epi 11/95). Schaath sagte weiter, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten für palästinensische Arbeiter in Israel sich enorm verringert haben. Arbeiteten 1992 im Durchschnitt noch 116.000 palästinensische Arbeiter in Israel, waren es 1993 nur 83.000, 1994 50.000 bis 60.000 und nach dem Bus-Attentat im Juli '95 noch ganze 35.000.

In einer Meinungsumfrage des »Zentrums für palästinensische Forschung« erklärten Ende September 1995 nur zehn Prozent der befragten Palästinenser, daß sich ihre wirtschaftliche Situation verbessert habe; 89 Prozent gaben an, sie habe sich verschlechtert bzw. sei bestenfalls gleich geblieben. Das Bruttoinlandsprodukt im Gazastreifen und in Jericho sank 1994 um sechs bis acht Prozent. Von den als Wirtschaftshilfe in Aussicht gestellten 2,4 Mrd. Dollar, die über fünf Jahre verteilt werden sollten, kamen im gesamten Jahr 1994 gerade 220 Mio. Dollar von eigentlich 700 Mio. zur Auszahlung. Davon wurden außerdem die Kosten für die laufende palästinensische Verwaltung im Autonomiegebiet abgezogen. Damit ist noch nicht einmal das Niveau von vor dem Golfkrieg wieder erreicht. Damals flossen aus verschiedenen arabischen Quellen circa 500 Mio. Dollar pro Jahr in die besetzten Gebiete.

Die Wirtschaft des Autonomiegebietes ist nach wie vor völlig auf Israel ausgerichtet. Eine wirtschaftliche Entwicklung der besetzten Gebiete fand nicht statt. Das Einkommen, über das die Palästinenser verfügten, resultierte aus Jobs in Israel und Überweisungen von Verwandten insbesondere am Golf. Die Wirtschaft in Gaza und im Westjordanland, die sowieso bestenfalls das Niveau eines Agrarlandes hatte, wurde während der Besatzungszeit von Israel bewußt unterentwickelt.

Die Arbeitslosenrate im Gazastreifen und der Westbank wird auf 50 Prozent geschätzt. Statt der Palästinenser wurden Arbeiter aus Osteuropa, vorwiegend aus Rumänien, aus der Türkei und dem Fernen Osten, insbesondere von den Philippinen, nach Israel gebracht. Zwischen Frühjahr 1994 und Frühjahr 1995 waren es angeblich 70.000.

MÄNNER AUF DEM DACH. RUMÄNISCHE GASTARBEITER HABEN SICH EINE UNTERKUNFT AUF DEM DACH EINES ISRAELISCHEN INDUSTRIEBETRIEBES GESCHAFFEN

Es gibt kein Interim-Abkommen: Oslo-2 ist Oslo-3?

Polizeiminister Moshe Shahal sagte nach der Unterzeichnung von Oslo-2: »Arafat mußte im Weißen Haus einen Vertrag unterzeichnen, der de facto und de jure die Anerkennung des gesamten Netzes jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten bedeutet. ... Oslo-1 hat den Palästinensern für die Übergangszeit alles außer den Siedlungen zugesprochen, Oslo-2 kehrt diese Vereinbarung um und beläßt alles außer den palästinensischen Städten in der Verfügung Israels.« (Le Monde Diplomatique, Dezember 1995)

Seit dem 4. Mai 1994 gilt die relative Autonomie bereits für den 378 qkm großen Gazastreifen sowie das 62 qkm große Jericho. Im Gazastreifen gilt die palästinensische Autonomie für 65 Prozent des Gebietes. Von den 378 qkm sind hier 42 qkm für israelische Siedler reserviert, das sind gut elf Prozent. Zählt man die Militärstützpunkte, die Zufahrtswege zu den Siedlungen sowie einen »Sicherheitsstreifen« entlang der Grenze hinzu, dann soll das auch weiterhin unter israelischer Verwaltung stehende Gebiet insgesamt 35 Prozent der Gesamtfläche des Gazastreifens ausmachen. Die 4.300 Siedler, die hier zwischen den 800.000 Palästinensern Anfang 1994 lebten, entsprachen einem Bevölkerungsanteil von 0,5 Prozent.

Aus diesem autonomen Gebiet zog die israelische Armee am 18. Mai 1994 ab. Am 1. Juli 1994 zogen die Autonomiebehörden in Gaza und Jericho ein. Auf das Westjordanland wurde die Autonomie erstmals im Spätsommer 1994 ausgedehnt. Als erste Stufe wurde am 29. August 1994 dort den Palästinensern (ähnlich wie zuvor in Gaza und Jericho) die Selbstverwaltung für Bildung, Gesundheit, Steuern, Soziales und Tourismus übergeben.

Am 28. September 1995 unterschrieben in Washington Israelis und Palästinenser das 460 Seiten umfassende Oslo-2-Abkommen, welches die nächste Autonomiephase regelt. Es gilt für das 5.900 qkm große Westjordanland.

Für das Westjordanland gibt es in nächster Zukunft nämlich drei verschiedenartige Verwaltungs-Sektoren: Der Sektor 1 betrifft die Bevölkerung der großen Städte (mit Ausnahme eben teilweise von Hebron). Das sind circa 30 Prozent der Gesamtbevölkerung der Westbank. Hier liegt die Verantwortung allein in den Händen der palästinensischen Autonomiebehörde. Der Sektor 2 umfaßt circa 68 Prozent der Bevölkerung dieser Region. Das ist der Bevölkerungsteil, der in den 420 palästinensische Dörfern und Kleinstädten lebt. Hier gibt es eine gemeinsame Kontrolle: Die palästinensische Polizei ist für die öffentliche Ordnung zuständig; für sicherheitspolizeiliche Fragen sind es weiterhin die Israelis. Der Sektor 3 gilt für zwei Prozent der Bevölkerung. Das sind die israelischen Siedler in ihren 114 Siedlungen. Zum Sektor 3 gehören auch die israelischen Militärs mit ihren Stützpunkten. Wie nicht anders zu erwarten, haben hier die Israelis die alleinige Verantwortung. Der Sektor 3 und die in israelischen Händen verbleibenden Teile der Sektoren 1 plus 2 sollen circa zehn Prozent des gesamten in Frage stehenden Gebietes ausmachen. Über deren Zukunft wird erst im Zusammenhang mit einer endgültigen Lösung zur Jahrtausendwende zu reden sein.

Israel bleibt, bis ein abschließendes Abkommen über den endgültigen Status der palästinensischen Gebiete erzielt worden ist, für die israelischen Siedler, die Außenpolitik sowie die äußere Sicherheit des Westjordanlandes allein verantwortlich.



Die Israelis waren zudem nicht nur erfolgreich bei der Durchsetzung einer Sonderregelung für den Truppenabzug in Hebron, sondern erreichten auch, daß selbst nachdem die militärischen Umgruppierungen vollzogen sind, die Selbstverwaltung nur für circa 30 Prozent des Gebietes der Westbank gilt. Im Gazastreifen gilt die Autonomie immerhin für gut zwei Drittel des Gebietes bzw. für alle Bewohner. Rabin betonte, daß Israel durch das Oslo-2-Abkommen nur 30 Prozent der Westbank aufgeben.

Das Abkommen schafft kein geschlossenes Siedlungsgebiet, sondern faktisch einen Flickenteppich, zwischen dessen einzelnen »Bantustans« es keine direkte geographische Verbindung gibt. Alle Verbindungswege zwischen den verschiedenen palästinensischen Gebieten – wie Straßen und selbst Brücken – werden von den Israelis kontrolliert. 70 Prozent des Westjordanlandes sind auch weiterhin vollständig der Kontrolle durch das israelische Militär bzw. der Verwaltung durch den israelischen Staat unterworfen. Die palästinensische Polizei darf keine Israelis verhaften. Das Recht im Autonomiegebiet wechselt in dieser Hinsicht mit der Staatsbürgerschaft der Person. Begeht also ein Israeli im Autonomiegebiet eine Straftat, ist nur die israelische Polizei für ihn zuständig. Israelis dürfen fast ohne Einschränkungen in das Autonomiegebiet einreisen; sie dürfen dort sogar ihre Waffen tragen. Es wird Militärpatrouillen geben, die nicht nur von Palästinensern gestellt werden, sondern an denen auch Israelis teilnehmen. In allen sicherheitspolitischen Fragen wird in nächster Zukunft für den größten Teil des gesamten Autonomiegebietes weiterhin in Tel Aviv bzw. Jerusalem entschieden.

In Bezug auf den Zugang zu den Wasserressourcen ist praktisch nichts entschieden worden. Das Autonomiegebiet wird ganze 28 Mio. Kubikmeter Wasser zusätzlich bekommen, das ist eine anteilmäßige Steigerung von 20 Prozent auf circa 25 Prozent. Darüber hinaus erschöpft sich das Oslo-2-Abkommen in dem Zugeständnis, daß auch die Palästinenser prinzipiell Wasserrechte haben. Die grundsätzlich ungleiche Zuteilung des Wassers an Israelis und Palästinenser bleibt damit weiterhin bestehen:

Wasserverbrauch pro Kopf der Bevölkerung 1994

(in Kubikmeter):	◆ Israel 380
	◆ Palästina 165
	◆ Jordanien 300

Das Mißverhältnis wird noch größer, wenn man weiß, daß in den Zahlen für den Gazastreifen und die Westbank der Wasserverbrauch von Palästinensern und israelischen Siedlern addiert ist, tatsächlich liegt der Verbrauch letzterer aber sieben- bis dreizehnmal höher als bei den Palästinensern.

Abschließend kommentierte Rabin in der Knesset die palästinensische Verwaltung als »ein palästinensisches Gebilde, das weniger als ein Staat ist und den Alltag der meisten Palästinenser in Gaza und der Westbank regeln wird«. Oslo-2 läßt bisher im Dunkeln, wie Verhandlungsergebnis ist die leere Menge. Die Israelis haben es geschafft, die wichtigen strittigen Fragen auf die nächste Verhandlungsrunde zu vertagen. Die beginnt im Mai 1996: Ende allerdings ist keins in Sicht. Zu den Aussichten äußerte sich Perez im September 1995, »bestenfalls sei zukünftig eine israelisch/palästinensische Föderation denkbar«.

Flüchtlinge und politische Gefangene: die Vergessenen dieser Erde

Auch zur Frage des Rechts auf Rückkehr für die Palästinenser der Diaspora gibt es in Oslo-2 bisher keine Regelung. Vier von sechs Mio. PalästinenserInnen, davon zum Beispiel 350.000 Flüchtlinge im Libanon, leben außerhalb Palästinas. Die Flüchtlinge von 1948 spielen bei den Oslo-Abkommen überhaupt keine Rolle. Auch die 200.000 bis 300.000 Flüchtlinge von 1967, die vorwiegend in Jordanien leben, haben bisher nur in geringem Maße die Möglichkeit zur Rückkehr erhalten. Ausnahme stellen hier die Deportierten dar. Für sie hatte Arafat eine Priorität bei der Rückkehr ausgehandelt, sicherlich vor allem aufgrund innenpolitischer Erwägungen. Die Deportierten haben genau wie die politischen Gefangenen ein hohes Ansehen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und sind nicht die Klientel, die Arafat zum Gegner haben will.

Aber auch sonst kann Arafat das Problem des Rechts auf Rückkehr langfristig sicher nicht durch Ignorieren lösen. In einem Artikel in der »Frankfurter Rundschau« vom Frühjahr 1995 wurden junge Palästinenser in Jordanien interviewt. Für viele ist Jordanien nur eine Zwischenstation, selbst wenn sie dort geboren wurden. Auch für andere nahöstliche Länder gilt, daß die anhaltende Unsicherheit, permanente Kontrolle durch die jeweiligen Regime, das Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein, einer geradezu »mystischen« Sehnsucht nach Palästina die Tür öffnet: Gerade viele junge Leute wol-

len zurück. Eine Reihe von Ereignissen verstärkte diese Tendenz, so u.a. die Ausweisung von mehreren tausend Palästinensern aus Libyen. Diese steckten teils zwischen der libyschen und der ägyptischen Grenze fest, andere konnten erst nach einigem Hin und Her als »Boat-People« im Libanon Aufnahme finden. Libanon wiederum machte für einige Zeit die Grenzen generell dicht für PalästinenserInnen, auch solche mit Aufenthaltserlaubnis. So mußten beispielsweise die Frauen, die an der Weltfrauenkonferenz in Beijing teilgenommen hatten, erst einige Zeit auf Flughäfen kampieren.

Auch für die politischen Gefangenen ist die Situation trister als zuvor. Zur Zeit gibt es ungefähr 4000 bis 5000, die in Israel inhaftiert sind. Noch vor den Wahlen, so versprach Perez Arafat, sollen 1000 freigelassen werden. Nicht eingeschlossen sind hier 50 Anhänger des »Islamic Jihad«, die erst kürzlich verhaftet wurden. Sie sind kurzerhand in Gefängnisse jenseits der grünen Linie überstellt worden.

Militär: Umgruppierung statt Abzug

Obwohl auch der Abzug der Armee aus dem Gazastreifen nur ein eingeschränkter war, wird in vielen authentischen Berichten hervorgehoben, daß für die meisten Palästinenser zunächst entscheidend war, daß die allgegenwärtige Präsenz der Armee nicht mehr existierte, sie also deren Willkür nicht mehr vollständig ausgeliefert sind, so zum Beispiel gibt es kaum noch Ausgangssperren. Der Jubel in Jenin, in Bethlehem und anderswo im Westjordanland nach dem Abzug des israelischen Militärs spricht sicherlich für sich.

In dem Oslo-2-Abkommen verpflichtete sich die israelische Seite, eine Veränderung bezüglich der Standorte ihres Militärs vorzunehmen. Diese Maßnahme firmiert im allgemeinen unter dem Begriff »Rückzug«, ist aber vorerst nur eine Umgruppierung. Im ersten Schritt betrifft sie die sechs größeren Städte des Westjordanlandes: Bethlehem, Jenin, Kalkilya, Nablus, Ramallah und Tulkarem sowie weitere 450 kleinere Städte und Dörfer. Für Hebron (die zweitheiligste Stadt des Judentums, in der Abraham und Sarah, Isaak und Rebekka, Jakob und Lea ihre letzte Ruhestätte haben sollen) setzten die Israelis eine Sonderregelung durch. Hier werden die fünf israelischen Siedlungsblöcke bzw. 15 Prozent der Stadt unter direkter israelischer Kontrolle verbleiben. Ein halbes Jahr nach Unterzeichnung des Abkommens sollen die Militärs in der Stadt umgruppiert werden. Um die 450 Siedler vor den 120 000 Palästinensern zu »schützen«, wird es hier dementsprechend nur zu einem Teilrückzug der 1500 Soldaten plus 128 Polizisten kommen. Gemäß des städtischen Teilungsplans wird die palästinensische Polizei für 85 Prozent der Stadt zuständig sein. Für die Siedler wird eine gesonderte Zufahrtsstraße erstellt.

Nach den Wahlen wird die zweite Phase der Umgruppierung in drei, jeweils sechs Monate umfassenden Schritten durchgeführt. Die Polizei der palästinensischen Autonomiebehörde übernimmt von den israelischen Militärs die Verantwortung für die öffentliche Ordnung, nicht aber für alle sicherheitspolizeilichen Fragen.

Letztlich wird die israelische Armee nur aus den Zentren der Westbank-Städte an deren Peripherie umgruppiert. Im Zuge dieses Prozesses sollen angeblich 62 neue Militärbasen errichtet werden. Im ursprünglichen Autonomiegebiet gelten weiterhin 1100 israelische Militärgesetze; im Westjordanland sind es sogar 1400. Bis zur endgültigen Vollendung des Abzugs wird die Armee Israels für die »globale Sicherheit«



sowie die Kontrolle der Außengrenzen des Westjordanlandes verantwortlich bleiben. Die Umgruppierung des Militärs wird eine Mrd. DM kosten.

Arafats Dilemma: Der Klassenkompromiß bricht auf

Der Abzug des israelischen Militärs hat Arafat zweifelsohne viel Sympathie eingetragen. Obwohl seine Politik nicht unumstritten ist, bleibt er nach wie vor die zentrale Führungsfigur. Dr. Haider Abdel Shafi kommentierte im Herbst dieses Jahres in einem Interview, »Arafat hat soviel von einander unabhängige Machtzentren und Sicherheitsapparate aufgebaut, die sich allesamt nicht grün sind, was ihm hilft, die Oberhand zu behalten... Sollte Arafat plötzlich verschwinden, aus welchem Grund auch immer ... das wäre eine Katastrophe. Ich wage nicht, mir das Chaos und das mögliche Blutbad auszumalen.« (Journal of Palestine Studies/Herbst 1995)

Zwar verloren Arafat bzw. die Autonomiebehörde wegen des schleppenden Fortgangs der Verhandlungen und der miserablen ökonomischen Situation zwischenzeitlich deutlich an Anhang. Eine Anfang November 1994 veröffentlichte Meinungsumfrage zeigte, daß zu diesem Zeitpunkt 70 Prozent der Palästinenser im Gazastreifen und der Westbank der durch Oslo in Gang gesetzten Entwicklung nicht trauten oder sie sogar ablehnten.

Einer kritischen Situation sah sich Arafat gegenüber, als er Mitte November 1994 von Hamas-Anhängern faktisch aus der Omari-Moschee in Gaza verjagt wurde. Palästinensische Polizisten hatten zuvor 150 Hamas-Anhänger als Reaktion auf einen Sprengstoff-Anschlag durch Hamas verhaftet. In dieser Phase wurde deutlich, daß es den Israelis gelungen war, eine Reihe für sie unlösbarer Probleme auf die Autonomiebehörden zu übertragen. Durch die wirtschaftliche Misere und die israelischen Forderungen nach »innerer Sicherheit« in den autonomen Gebieten sieht sich Arafat immer wieder zu repressiven Maßnahmen gegenüber der Opposition gezwungen.

Dennoch sieht auch die Mehrheit der Palästinenser keine Alternative zur momentanen »Friedens«-Politik: 72 Prozent akzeptieren das Oslo-2-Abkommen. 58 Prozent der Befragten hatten eine gute Meinung von Arafat – wobei die persönliche Popularität von Arafat nicht gleichbedeutend mit einer Zustimmung für die Politik der Fatah ist bzw. die Beliebtheit der Autonomiebehörden ausdrückt. Allerdings sind letztere faktisch der wichtigste Arbeitgeber. Der große Polizeiapparat stellt ein nicht zu unterschätzendes Arbeitsbeschaffungsprogramm dar. Zu den 19.000 palästinensischen Sicherheitskräften kommen mindestens 29.000 Zivilbedienstete hinzu. So wurden zum Beispiel die Kämpfer der Intifada größtenteils in den Verwaltungsapparat eingegliedert, insbesondere in die zahlreichen Nachrichten und Sicherheitsdienste. Insgesamt sollen bei der palästinensischen Autonomiebehörde 48.000 Leute beschäftigt sein, u.a. allein 750 Generaldirektoren in den Ministerien, die faktisch zur Zeit ja nur eine Schattenexistenz führen. Die Polizei soll nach dem Willen der Arafat-Fraktion jetzt noch einmal auf insgesamt 35.000 Mann aufgestockt werden. Bezahlt werden die Angestellten durch den Monatsscheck der Geberländer (u.a. USA, EU, Japan) in Höhe von zehn Mio. Dollar sowie Steuern, die die Israelis erheben und an die palästinensische Autonomiebehörde weitergeben, was noch einmal circa 20 Mio. Dollar im Monat ausmacht.

Sozialen Rückhalt und finanzielle Unterstützung findet Arafat bei der Schicht der Großgrundbesitzer, die in der Geschichte Palästinas schon immer eine entscheidende Rolle gespielt haben. Bei seinen Bemühungen um stabile Machtstrukturen hat er seine Minister zum Teil aus der PLO-Bürokratie in Tunis, zum Teil aus der traditionellen Oberschicht und den einflußreichen Familien in Gaza und im Westjordanland rekrutiert. Mehr als 50 Prozent der von Arafat ernannten Minister sind entweder Großgrundbesitzer oder Arbeitgeber. Die anderen, wie Nabil Shaath zum Beispiel, vertreten eher neoliberale Positionen in Bezug auf Ökonomie.

Anders als in Gaza rebellieren die städtischen Armen des Westjordanlandes auch gegen diejenigen Palästinenser, die von der Autonomie profitieren. Schüsse auf das Haus des von Arafat ernannten Bürgermeisters von Nablus und die Demolierung der Büros der arabischen Versicherungsgesellschaft, die einer der größten Familien Nablus' gehört, waren deutliche Anzeichen für aufbrechende Klassenwidersprüche. Nicht selten sind Träger dieser spontanen Aktionen noch bestehende Milizen aus Zeiten der Intifada: am meisten die zu Fatah gerechneten neun Organisationen, darunter die berühmten Black Panthers und die Hawks. Vorläufig muß Arafat auf beide Strömungen aus Fatah – Großgrundbesitzer und Milizen – Rücksicht nehmen: Die Milizen und ihre Anführer, in der israelischen Presse als Dämonen dargestellt, sind noch immer die Helden der Straßenkultur der Armen in Palästina. Ein Name, der in diesem Zusammenhang häufig fällt, ist Ahmed Tabak, der früher bei Fatah war. Zur Freude Arafats aber ist seit kurzem das Gerücht in Umlauf, Tabak wolle in die Polizei aufgenommen werden. Diese Form von Integration wäre ganz in Arafats Sinne. Daß Arafat allerdings auch nicht zögert, zu anderen Mitteln zu greifen, zeigen die Verhaftungen von 150 Fatah-Falken und schwarzen Panthern Mitte Dezember (FAZ, 18.12.'95).

Arafats Opposition: zersplitterter denn je

Im Vorfeld der Wahlen bzw. des Truppenabzugs wurden oppositionelle Aktivisten, v.a. von Hamas, Jihad und der PFLP verhaftet. Die Israelis gingen deutlich gegen die Sprecher der Arafat-Opposition vor und versuchten, sie während der Wahlkampagnen mundtot zu machen. Administrativhaft bis zu sechs Monaten ohne Verhandlung wurde gegen die meisten verhängt. In Bethlehem wurden hundert Häuser in der Nacht vor dem Abzug durchsucht. Hier kam es allerdings zu wenig Verhaftungen; die meisten Betroffenen hatten schon vorsichtshalber die Nacht nicht zuhause verbracht. Zur Zeit befinden sich mehr als 180 Personen in Administrativhaft außerhalb der autonomen Gebiete.

»Wir sind in einem Stadium, in dem die palästinensische Bewegung stirbt und eine neue Bewegung noch nicht entstanden ist,« so Mustafa Barghouti, Vorsitzender der Vereinigung palästinensischer Gesundheitskomitees »...Viele Führer wollen die Krise nicht erkennen. Sie sind der Vergangenheit verhaftet und tagträumen von unrealistischen Lösungen für aktuelle Probleme; und davon haben viele Leute die Nase voll«, und Haider Abdel Shafi: »Die politischen Fraktionen haben ihre Glaubwürdigkeit verloren und können die Menschen nicht mehr motivieren.«

Momentan besteht die Opposition gegen Arafat im wesentlichen aus den islamistischen Organisationen, vorwiegend Hamas und Jihad. Andere Strukturen, wie Nichtregierungsorganisationen (NGO's), Shafis Bewegung für

demokratische Praxis, Gewerkschaften und Frauenorganisationen sind entweder in einem dramatischen Reorganisationsprozeß oder überhaupt erst im Aufbau begriffen.

Hamas ist heute eine auf Palästina begrenzte Kraft und sieht sich selbst als Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit. Circa 15 Prozent der Bevölkerung stehen hinter ihnen. Die doppelgleisige Strategie der militanten Aktionen und sozialen Dienstleistungen hat aber nicht genügend Mobilisierungskraft gehabt, um die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Als Folge gibt es heute eine heftige Debatte über die Zukunft von Hamas. Im September konstituierte sich Hamas auch als Partei. Der Anfang Oktober aus palästinensischer Haft entlassene Mahmud Zahhar erklärte sogar, Hamas suche eine Verständigung mit der palästinensischen Autonomiebehörde und wolle zukünftig am zivilen Leben teilnehmen. Zentrale Führungskader von Hamas aus dem Gazastreifen konferierten im Oktober 1995 mit der Exilführung der Organisation im Sudan, um die künftigen Strategien zu diskutieren. Fast zur gleichen Zeit traf Arafat mit den Hauptverantwortlichen der Muslimbrüderschaft, die politisch sehr großen Einfluß auf Hamas hat, in Kairo zusammen. Arafat versucht, hier die Gunst der Stunde zu nutzen, um wichtige Teile von Hamas in sein Autonomieprojekt zu integrieren.

Die Verhandlungen zwischen Autonomiebehörden und Hamas gingen kurz vor Weihnachten ergebnislos erst einmal zu Ende. Die offizielle Linie von Hamas weigerte sich, den Boykott der Wahlen zu beenden und auch Angriffe auf Ziele in Israel auszusetzen. Die Spaltung von Hamas scheint geradezu vorprogrammiert. Der integrationsorientierte Flügel hat bereits über die Abspaltung populärer Personen zwei weitere islamistische Parteien (Islamic Nidal Movement, Islamic National Salvation Party) hervorgebracht – diese operieren mit Arafats Segen und entsandten Kandidaten zu den Wahlen. Die Isolationisten, das heißt diejenigen, die militante Aktionen betonen wollen und jede Art von Zusammenarbeit mit den Autonomiebehörden ablehnen, werden vor allem von der Exil-Führung gestellt. Deren Chancen allerdings, insbesondere nach einem syrisch-israelischen Abkommen, führende Kraft in Palästina zu werden, sind gering.

Die kleinere (und ältere) islamistische Organisation Islamic Jihad, deren Rückhalt in der Bevölkerung auf ungefähr drei Prozent geschätzt wird, beschränkt sich auf die Durchführung militanter Aktionen. Auch wenn den Mitgliedern große Integrität und hohes Ansehen zugesprochen wird, wie dem im letzten Herbst vermutlich vom israelischen Mossad auf Malta liquidierten Fathi Isch'qaqi, spielen sie in der heutigen Realpolitik Gazas und des Westjordanlandes keine große Rolle.

Circa 30 Prozent der Wähler betrachten sich selbst als mit keiner Organisation verbunden. In diesem Vakuum versucht Dr. Haider Abdel Shafi mit seiner »Bewegung für demokratische Praxis« ein Forum zu stellen, in dem Diskussionen über die aktuelle Situation bzw. kritische Einschätzungen stattfinden können. Das große persönliche Ansehen Shafis wurde durch das Wahlergebnis bestätigt.

NGO's, die während der Intifada große Bedeutung gewonnen haben, sind bis heute eine wichtige gesellschaftliche und soziale Kraft in Gaza und dem Westjordanland. Dem »Palestine NGO Network«, gegründet im letzten Herbst, gehören an die hundert Initiativen an. Diese – häufig im sozialen Bereich tätig – nehmen generell eine progressive Position zu

Fragen von Erziehung, medizinischer Versorgung, Menschenrechten, landwirtschaftlicher Entwicklung usw. ein und sind ein wichtiges Forum der gesellschaftlichen Artikulation, umso mehr als die ehemals linken Organisationen zur Bedeutungslosigkeit verkommen sind. Fakt ist allerdings, daß viele ehemalige AktivistInnen der DFLP und PFLP sich auch in diese Richtung orientiert haben, da sie in ihren Organisationen keine Perspektive mehr gefunden haben.

Dies gilt auch für viele aktive Frauen. Schon in der Auseinandersetzung mit den islamistischen Kräften während der Intifada zeigte sich das politische und ideologische Scheitern der traditionell-linken Kräfte in Bezug auf Frauenfragen. Die Notwendigkeit für die Frauen, sich eigene Foren der Artikulation zu suchen und von dort aus für die eigenen Interessen aktiv zu werden, wird im momentanen Prozeß extrem deutlich: Nach der Unterzeichnung der DOP (Oslo-1) beauftragte Arafat eine kleine Gruppe von Rechtsanwälten, einen Entwurf für eine palästinensische Verfassung zu machen. Darin war von Frauenrechten – übrigens anders als in Südafrika – keine Rede. Im Herbst 1994 wurde dann von einigen Aktivistinnen eine Frauencharta ausgerufen, und auf einer ad hoc einberufenen Konferenz im September nahmen unter der Schirmherrschaft der Menschenrechtsorganisation »Al Haq« mehr als vierhundert Frauen teil, die die Charta und die damit verbundenen Strategien diskutierten. Immerhin sah sich daraufhin Arafat veranlaßt, eine Delegation der Frauenkonferenz zu empfangen. Bei dieser Gelegenheit allerdings forderte er sie auf, »... Geduld zu zeigen«. »Das zeigt uns«, so Amal Kreishe, Vorsitzende der Gesellschaft berufstätiger Frauen, »daß bislang die Frauen nur Dekor in der PLO waren«.

Entlang der politischen Fraktionen waren auch die Gewerkschaften gespalten: 1993 gab es 161 Gewerkschaftsorganisationen mit drei Dachverbänden; die Gesamtmitgliederzahl lag bei 6000. Inzwischen sind die Verbände in der GTUF (die sozusagen staatliche Gewerkschaft der Autonomiebehörden) offiziell vereinigt, aber die De-facto-Spaltung in den Strukturen existiert weiter. Auch ist das Gewerkschaftsbewußtsein bei den Funktionären wie Mitgliedern wenig entwickelt. Aktionen fanden bisher nur im Rahmen der Intifada statt. Klassenorientiertes Verhalten war lange Zeit dem nationalen Befreiungskampf untergeordnet.

Mittlerweile wurde die GTUF im Sog der Osloer Verträge und auf Drängen Arafats praktisch dem Histadrut angeschlossen. Der Histadrut führt 1,0 bis 1,7 Mio. Dollar an die GTUF ab. Der Hintergrund: Ein Prozent der Löhne der in Israel arbeitenden Palästinenser werden an den Histadrut abgeführt, 50 Prozent davon an die GTUF weitergeleitet. Gegen diese Praxis gibt es inzwischen Proteste: Über das DWRC (Zentrum für Demokratie und Arbeiterrechte) soll es Beschwerden vor den Vereinten Nationen bzw. der dafür zuständigen internationalen Arbeitsorganisation geben.

Bei den Arbeitskämpfen, die es nach Oslo gegeben hat, haben die Arbeiter eigene, gewerkschaftsunabhängige Arbeitsplatz-Komitees gegründet, die mit den Arbeitgebern verhandelt haben. Darauf werden die offiziellen Gewerkschaften in irgendeiner Form reagieren müssen; ob sie dies im Sinne einer Basis-Orientierung tun, ist fraglich.

Wahlen: Arafat oder Arafat!

Teil der Vereinbarungen von Oslo-2 waren die Wahlen in der Westbank und in Gaza im Januar 1996. Sie fanden kurz

vor Beginn des Ramadan statt. Beteiligt haben sich neben Arafats Al Fatah auch Vertreter der palästinensischen Volkspartei, zwei islamistische Gruppen sowie eine große Zahl unabhängiger KandidatInnen aus verschiedenen Spektren, darunter auch viele kritische Fatah-AnhängerInnen. Hamas lehnte zwar eine Kandidatur ab und rief sogar zum Boykott der Wahlen auf, dennoch traten einzelne Persönlichkeiten aus den Reihen von Hamas und Islamic Jihad auf den Wahllisten an.

Die Registrierung der WählerInnen war – mit Ausnahme von Jerusalem – Anfang Dezember 1995 abgeschlossen. Circa 80 Prozent der Wahlberechtigten (in Gaza sogar 100 Prozent) sollen dabei erfaßt worden sein. In Jerusalem dagegen haben sich nur 50 Prozent – u.a. aus Sorge um ihr Wohnrecht dort – registrieren lassen. Während der Registrierungen war es auch zu Zwischenfällen mit israelischen Soldaten gekommen, die in verschiedenen Städten der Westbank Personen nach der Registrierung verhörten.

Gewählt wurden zwei Körperschaften: der Rat – 88 Repräsentanten aus 16 Distrikten – und der Ratspräsident. Neben Yasir Arafat kandidierte die sozialistisch orientierte Samicha Chalil aus Ramallah für die Präsidentschaft. Arafat trat, wie schon vorher prognostiziert, als eindeutiger Sieger aus den Wahlen hervor. Die Endergebnisse der Wahlen, bei denen 25 von 88 Sitzen des Rates von unabhängigen KandidatInnen erlangt wurden, signalisieren jedoch auch deutlichen Widerspruch zu Arafats autokratischem Führungsstil.

Da viele unabhängige KandidatInnen Mitglieder lokaler Fatah-Gruppen waren, die nicht auf Fatah-Listen kandidieren konnten, bedeuten die Ergebnisse auch, daß die palästinensische Bevölkerung ihre lokalen VertreterInnen der alten Garde aus Tunis deutlich vorzieht. Viele Stimmen erhielten auch die Delegierten der Madrider Konferenz. In Gaza City erreichte Dr. Haider Abdel Shafi mit fast 60.000 Stimmen mehr als jeder andere. In Jerusalem wurden neben Hanan Ashrawi, ebenfalls frühere Delegierte der Friedenskonferenz, zwei weitere Frauen gewählt.

Die große Euphorie am Wahltag und die hohe Wahlbeteiligung sind nicht zuletzt dem Debut »demokratischer« Prozesse geschuldet. Das Ergebnis – die unerwartet vielen Stimmen für die unabhängigen Kandidaten – resultiert aus dem Bedürfnis, kritische Positionen wenigstens zu artikulieren, auch wenn es nicht wirklich andere Optionen gibt.

Zum Erfolg verurteilt:

Der »Friedensprozeß« ist nicht gefährdet?

In Israel hat die Ermordung Rabins den Befürwortern weiterer Verhandlungen mit der PLO den Rücken gestärkt. Gleichzeitig wurden so die Protagonisten einer modernisierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in zentrale Positionen innerhalb der israelischen Regierung befördert. Der Prozeß der Umstrukturierung wird weiter vorangetrieben und damit die Konfliktlinien entlang sozialer Gegensätze deutlicher machen. Auch die Debatte um die ideologische Ausrichtung der israelischen Gesellschaft ist neu entfacht.

Die Teilung des Landes zwischen Israelis und Palästinensern ist zu einer Tatsache geworden. Trotz palästinensischer Weihnachten in Bethlehem werden auch auf der palästinensischen Seite die inneren Widersprüche in Zukunft eine große Rolle spielen: Denn der Problemexport in puncto sozialer Misere und Aufstandsbekämpfung scheint den Israelis vorerst geglückt.

Arafat bemüht sich derweil, stabile Machtstrukturen zu schaffen. Sozialen Rückhalt und finanzielle Unterstützung findet er bei der Schicht der Großgrundbesitzer und den einflußreichen Familien Palästinas. Die Abkommen von Oslo haben jedoch in Ermangelung anderer Lösungen auch sonst breite Zustimmung gefunden. Nach den Jahren der Intifada herrscht Erschöpfung und die Menschen sind froh über den Abzug des israelischen Militärs.

Spätestens im Mai werden Palästinenser und Israelis in die entscheidende Runde der Verhandlungen eintreten. Hier wird es dann um jene heiklen Probleme gehen, die bislang ausgespart geblieben sind: um den Status von Jerusalem, um die Zukunft der Siedlungen, um die Wasserrechte, um die Fragen der inneren Sicherheit, um die Grenzen und um das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge.

Aber auch diese Verhandlungen werden keine überzeugende soziale Zukunft für die Menschen im Westjordanland und Gaza hervorbringen. Im Gegenteil, die laufenden Verhandlungen ergaben immer trostlosere Zukunftsaussichten für diejenigen, die sich sowieso schon von internationaler Politik und Weltmarkt marginalisiert sehen. Die Kooperation der palästinensischen Bourgeoisie mit Israel steht auf der Tagesordnung. Sie wird zur Spaltung der PalästinenserInnen beitragen. Weiterhin oder jetzt erst recht wird es soziale Spannungen und Konflikte geben. Die Konfliktlinien, die bisher unter dem Deckmantel des nationalen Kampfes verborgen waren, beginnen, deutlicher zutage zu treten. Dies gilt auch für Israel. Die zunehmende Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen wird zu einer weiteren Polarisierung in Israel führen: Für die Privilegierung breiter Teile der Bevölkerung in einer »Frontstaat«-Gesellschaft gibt es weniger Veranlassung. *Palästina-Nahost-Gruppe Köln, 10. 2.'96* ■

■ ANLÄSSLICH EINES HISTORISCHEN VERGLEICHES

Zum Mord an Yitzhak Rabin

In der »Zeit« vom 17.11.1995 vergleicht der Professor der New Yorker Columbia-Universität, Fritz Stern, den Mord an Rabin mit dem Mord an Walter Rathenau im Juni 1922. Obwohl Vergleiche meistens hinken, gibt es doch einige Parallelen, wenn auch anderer Art, als der Professor meint. »Beide Männer«, so schreibt er, »wurden bei der Suche nach Frieden ermordet, sie starben durch die Hand von Kriminellen . . . « Was war die Ursache für den Mord an Rabin seiner Meinung nach? »Führende nationalistische Politiker bezichtigten ihn des ‚Verrats‘, eine Gruppe von Fanatikern setzte die Worte in die Tat um und ermordete Rabin«. Soweit der Vergleich Sterns in der »Zeit«, dem man folgen könnte, wenn man nur die Oberfläche zur Kenntnis nimmt.

Der damalige Reichskanzler Wirth erklärte beim Staatsbegräbnis für Rathenau: »Der Feind steht rechts«. Dieser Feind bildete später die Kader für die nationalsozialistische Machtergreifung Hitlers 1933. An der Darstellung Sterns fehlt jedoch eine, vielleicht die entscheidende Tatsache: Die Attentäter stammten aus dem bürgerlich-kleinbürgerlichen Milieu der Reichswehr, der »schwarzen Reichswehr« und

der alldeutschen Verbände, die von der SPD-Regierung Ebert-Scheidemann 1919 gegen die revolutionären Arbeiter zur Hilfe gerufen worden waren. Sie wurden gegen diejenigen Arbeiter- und Soldatenräte eingesetzt, die unter der politischen Führung von Liebknecht und Luxemburg, Kommunisten und linken Sozialdemokraten mit dem Regime abrechnen wollten, das für den Ersten Weltkrieg verantwortlich war. Von dem Sozialdemokraten Noske stammte der bekannt gewordene Ausspruch: »*Einer muß der Bluthund sein*«.

Die nationalistischen Kreise wurden von der Regierung Ebert gehätschelt, da sie die Regierung vor den revolutionären Arbeitern retten sollten. Die revolutionären Arbeiter wurden blutig niedergeschlagen. Aus denselben Kreisen der Armeeeoffiziere waren schon mit Hilfe von Noske die Mörder Liebknechts und Luxemburgs gekommen, ein weiteres Opfer war Walter Rathenau. Die SPD und die Weimarer Republik gerieten in politische Abhängigkeit von den reaktionären, nationalistischen Schichten, die der Sozialdemokratie und der Republik auch ihre Rechnung präsentierten. Die Aufrüstung der Reichswehr, der Bau der Panzerkreuzer, die Fürstenabfindung und andere Konzessionen fielen darunter. Führende Sozialdemokraten, wie zum Beispiel der SPD-Abgeordnete Heilmann, bezahlten diese Politik in den Konzentrationslagern der Nazis mit dem Leben.

Die Reichswehr bildete später die Stützpfiler jener Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, die in den besetzten Gebieten, besonders in Polen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion hausten. Auf dem Koppelschloß stand: »Gott mit uns«.

Im Namen Gottes versahen auch die Attentäter und Hintermänner des Mordes an Rabin ihren Auftrag. Es kam heraus, daß diese israelischen Rechtsextremisten besten Kontakt zum israelischen Geheimdienst pflegten und dort ihre Ausbildung erfahren hatten. Dieser Dienst sieht heute seine Hauptaufgabe darin, in Zusammenarbeit mit Armee und rechtsextremistischen Siedlern Mord und Terror gegen die aufständischen Palästinenser und ihre Führer zu organisieren. Kurz vor dem Mord an Rabin wurde dieser Dienst in Israel noch hochgelobt, weil es ihm gelungen war, den Chef des Islamischen Dschihad«, Shakaki, auf Malta zu ermorden. Laut israelischen Presseberichten hatte Rabin dazu den Auftrag gegeben. Von Rabin stammt auch die Anweisung an die Besatzungsarmee, die jugendlichen Steinwerfer der Intifada nicht nur auf Distanz zu halten, sondern »ihnen die Knochen zu brechen«, um sie auszuschalten. Die israelische Arbeitspartei ist mithin politisch und ideologisch mitverantwortlich für die Verbrechen der israelischen Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten. Die Tätigkeit als Besatzungsmacht hat auf die Soldaten der israelischen Armee zersetzend gewirkt, sie demoralisiert. Auf wehrlose Kinder und Jugendliche zu schießen, muß zur Verwilderung und Verrohung in jeder Armee führen. Die israelische Regierung und ihre Befürworter in der Welt haben alles unternommen, um diese Seite der Besatzungspolitik zu verschleiern.

Die Kräfte im Staatsapparat, die den schmutzigen Krieg gegen die Palästinenser organisiert und geleitet haben, sehen sich durch die teilweise Zurücknahme dieses Krieges ideologisch und materiell bedroht und werfen der Regierung »Verrat« vor.

Ein anderer Zweig des israelischen Rechtsextremismus speist sich aus den Siedlern der besetzten Gebiete. Auch für diese Entwicklung trägt Rabin und die israelische Arbeitspartei ihren Teil der politischen Verantwortung. Sollten doch die Siedler militärische Vorposten (Wehrdörfer) gegen die Palästinenser bilden. Völkerrecht und UNO bildeten dabei kein Hindernis. Und ideologisch wurden die Siedlungen von allen Regierungen Israels damit begründet, daß dem »Volk ohne Land das Land ohne Volk« von Gott in der Bibel versprochen worden sei, eine Ideologie, die das Verhalten der bewaffneten Siedler gegenüber der palästinensischen Bevölkerung bestimmt. Auch sie sehen in den Verhandlungen mit den Palästinensern »Verrat«.

Die Siedler kommen zum großen Teil aus den USA. Ihre Siedlungen wurden hauptsächlich mit amerikanischen Geldern finanziert und von der israelischen Regierung subventioniert. Sie entstanden auf requiriertem palästinensischem Boden. In New York wurde der Mord an Rabin von orthodoxen Juden auf den Straßen gefeiert und Geld für die Verteidigung des Attentäters gesammelt. Sympathie für die Mörder Rabins wurde öffentlich geäußert. Die »New York Times« vom 13.11.1995 bringt über die Zusammenarbeit rechtsextremer Gruppen in den USA mit den Siedlern in den besetzten Gebieten Einzelheiten. Schon im Januar 1994, so wird dort berichtet, wurden in New York Bomben gegen das Büro der »Peace-Now«-Bewegung gelegt mit der gleichzeitigen Warnung vor einem Bürgerkrieg in Israel. Jugendliche wurden in den USA in Lagern an Waffen trainiert unter Leitung der Organisation »Kahane lebt«, obgleich diese Organisation



sowohl in Israel als auch in den USA offiziell verboten ist. Schon seit längerer Zeit wurden Gelder für angeblich wohltätige Zwecke für die Siedlungen in Israel gesammelt, so zum Beispiel für Schulen, Krankenstationen etc. Wie diese Wohltätigkeit wirklich aussah und die Gelder verteilt wurden, blieb unbekannt. Auch Talmud-Schulen in Israel und in den besetzten Gebieten, in denen sich die Anhänger von »Kahane lebt« versammelten, waren Empfänger dieser Gelder. Ein Rabbiner aus Brooklyn, der Präsident der Rabbiner-Zusammenkunft ist, äußerte: »Der Mord war ein Akt Gottes«. Erstaunlich ist das Schweigen über eine solche Äußerung aus den USA, wenn man sich den Lärm in den Medien über eine vergleichbare Äußerung aus dem Iran vorstellt. »Die jüdische

Bevölkerung in den USA ist tief gespalten über die Pläne der israelischen Regierung, viel Land von der Westbank an arabische Statthalter zu übergeben«, schreibt die »New York Times.«

Auch das Blutbad in der Moschee von Hebron war eine Tat von Siedlern, die aus den USA stammten. Die im Kernland Israel lebende Mehrheit der Bevölkerung hat die extremistische Gefahr nicht ernst genommen, bis sie durch das Attentat aufgeschreckt wurde.

Wie ist es zu erklären, daß gerade junge Israelis amerikanischen Ursprungs Anhänger rechtsextremistischer bzw. orthodoxer Juden sind? (Es gibt übrigens orthodoxe Juden, die Gegner des zionistischen Staates Israel sind, weil dieser mit ihrer messianischen Auslegung der Bibel nicht übereinstimmt). Es ist kein Zufall, daß das orthodoxe Judentum in seinen verschiedenen Schattierungen besonders stark in den USA vertreten ist. Die jüdische Bevölkerung in den USA stammt zumeist aus osteuropäischen Ländern und wehrt sich gegen die Verschmelzung und Assimilation, die ihren familiären Zusammenhalt gefährdet (Mischehen). Zu diesen osteuropäischen Immigranten kamen seit dem Ende der Weimarer Republik bzw. als Überlebende aus den Konzentrationslagern deutsche Juden, die die Erfahrung hatten machen müssen, daß für sie die bürgerlich-demokratischen Rechte nur im formalen Sinne galten. Die Demokratie in Deutschland war den gesellschaftlichen Klassengegensätzen nur übergestülpt. Als sich diese zu-spitzten, stand die Gesellschaft vor der Frage, ob und wie die bürgerlich-demokratischen Verhältnisse verteidigt werden sollten. Die Verteidigung wäre nur möglich gewesen durch ein Eingreifen der Arbeiterklasse für eine sozialistische Lösung. Da die Arbeiterklasse an dieser historischen Aufgabe scheiterte, wurde die Krise nationalsozialistisch-reaktionär gelöst. Das jüdische Bürgertum in Deutschland wollte in seiner Mehrheit die bankrotte Ordnung bewahren und war auch zu Konzessionen an die neuen Machthaber bereit. Doch dieser Weg war nicht gangbar, er endete mit der Vernichtung der Juden als Element der bürgerlichen Demokratie oder in der Emigration.

Die Intifada hat in der bürgerlichen Gesellschaft Israels tiefe Rissen hinterlassen. Die Frage nach einer Perspektive stellt sich immer drängender. Die Mehrheit will den status quo erhalten und die palästinensische Bevölkerung nicht aus der Unterdrückung entlassen. Die Politik der israelischen Regierung besteht darin, den »Terroristen« Arafat und die PLO zu Verbündeten zu machen, die gegenüber der palästinensischen Bevölkerung eine neue Form von Besatzungspolitik durchsetzen soll. Die Kooperation mit den USA bleibt.

Nur eine kleine Minderheit in Israel ist zur Zeit bereit, für ein ökonomisch und politisch gleichberechtigtes Zusammenleben mit den Palästinensern einzutreten und auf Privilegien zu verzichten. Nur sie will mit einem zionistischen Israel brechen, das von den USA abhängig ist.

Diejenigen, die in diese politische Auseinandersetzung die Warnung vor dem Holocaust zur Rechtfertigung der israelischen Regierungspolitik hineintragen, schüren mit diesem abwegigen Vergleich den Haß zwischen der israelisch-jüdischen und palästinensischen Bevölkerung, anstatt für seine Beseitigung einzutreten. Frauen, die Auschwitz überlebt hat-



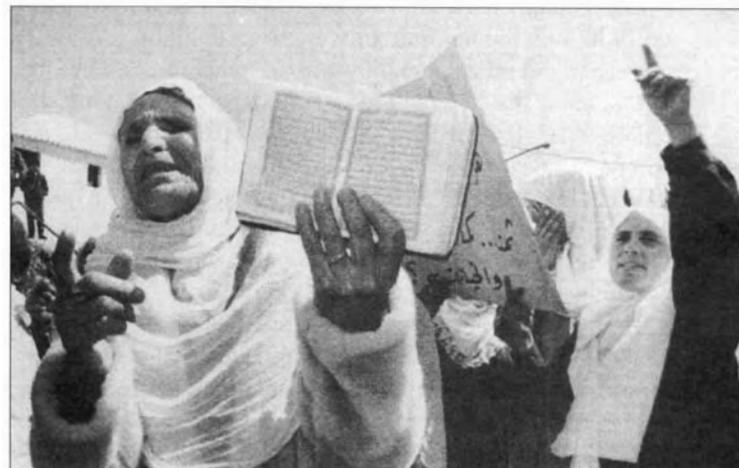
ten und während des Bus-Attentates 1994 in Tel Aviv weilten, berichteten: Während sie sich an einer Kundgebung der Friedensbewegung beteiligten, die vor Racheaktionen gegen Palästinenser warnen wollte, wurden sie von der Menge als »Nazis« beschimpft und tötlich angegriffen, obgleich sie darauf hinwiesen, daß sie Überlebende aus Auschwitz seien. Die Polizei sah dem Treiben tatenlos zu.

Die israelische Regierung spricht von »harten Maßnahmen« und »Einwanderungsverboten« gegen Rechtsextremisten. Wie können solche Maßnahmen aussehen, wenn der Staatsapparat in und außerhalb Israels mit Rechtsextremisten durchsetzt ist? Oder dient die Ankündigung möglicherweise nur zur Beruhigung der Bevölkerung, nachdem bekannt geworden ist, daß der Führer der rechtsextremistischen Gruppe Eyal nicht nur gute Verbindungen zum Inlandsgeheimdienst hatte, sondern Eyal vielleicht sogar eine Gründung des Geheimdienstes sein könnte.

Was ist aus dem Zionismus geworden, der für Juden aus aller Welt in Palästina eine Heimstätte schaffen wollte, wo in genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen eine fortschrittliche und friedliche Politik im Einvernehmen mit der einheimischen Bevölkerung betrieben werden sollte? Die Kibbuzim haben ihre Bedeutung verloren, an Stelle des Friedens ist die Unterdrückung der Palästinenser getreten.

P., Dezember '95 ■

PROTEST PALESTINENSISCHER FRAUEN GEGEN ISRAELISCH ÜBERFÄLLE AUF IHRE SIEDLUNGEN IN LIBANON



Zur aktuellen kubanischen Entwicklung

Seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers 1989 wurde bereits in der Arpo 1/92 eine erste Einschätzung der sich daraus ergebenden Notlage Kubas gegeben. Daran wollen wir im folgenden Artikel anknüpfen und einige ausgeblendete und noch nicht absehbare Entwicklungen darstellen.¹

Für die kubanische Entwicklung ist mittel- und langfristig entscheidend, in welcher Geschwindigkeit sich die sozioökonomischen Verhältnisse verändern. Hierbei wirken sowohl externe wie auch inländische Faktoren aufeinander. Dies aufzuschlüsseln hat sich der Artikel zur Aufgabe gemacht.

Um die gesellschaftliche Entwicklung einschätzen zu können, müssen wir die Klassenverhältnisse und Klasseninteressen auf Kuba genauer betrachten: Nach der kubanischen Revolution wurde das meist ausländische Kapital verstaatlicht bzw. vergesellschaftet, was, mit Unterstützung der Sowjetunion, zur Folge hatte, daß die neu entstandene »sozialistische Arbeiterklasse« (hier sind alle auf Kuba verbliebenen Menschen gemeint) zum erstenmal in der Geschichte der Karibik eine einigermaßen gesicherte Lebensexistenz hatten. Auch der Vergesellschaftung von ehemals privatem Wohn- und Lebensraum kommt besondere Bedeutung zu.

Kubas »Abhängigkeit« vom sozialistischen Lager

Wesentlich für die kubanische Existenz war die massive Unterstützung durch die SU und der Handel mit den RGW-Staaten. Zwischen 1985 und 1989 betrug der Warenaustausch mit den RGW-Staaten 85 Prozent, davon wiederum zwei Drittel mit der SU, das bedeutete einen Umfang von circa fünf bis acht Mrd. \$ pro Jahr. Dies ermöglichte wiederum Kuba, den größten Teil seiner benötigten Brennstoffe (circa 90 Prozent) und seiner Nahrungsmittel (circa 60 Prozent) zu importieren. Bekanntermaßen hat die SU den Zucker zu einem Preis über dem Weltmarktpreis gekauft und insbesondere Erdöl an Kuba zu einem Preis geliefert, der es Kuba ermöglichte, einen Teil des Erdöls mit Gewinn auf dem Weltmarkt zu verkaufen.

Spätestens 1990 mußten alle Kuba-»Fachleute« einsehen bzw. zugeben, daß das »kubanische Modell« ohne die immense materielle Unterstützung durch die SU nicht zu dem sich hätte entwickeln können, was es Ende der 80er Jahre vorweisen konnte:

- ◆ gesicherte Ernährungsgrundlage für alle Einwohner,
- ◆ international anerkannt gute Gesundheitsversorgung (kostenlos ein »medico de familia« auf 850 Einwohner, aktive Gesundheitsvorsorge und Familienplanung, Säuglings- und Kindersterblichkeit geringer als ein Prozent, Lebenserwartung 76 Jahre),

1 Zur kubanischen Entwicklung existiert eine Fülle von Datenmaterial, das sich widerspricht. Trotzdem wurden diese Quellen verwandt, weil daraus sehr wohl die wesentlichen Tendenzen absehbar sind.

2 In der offiziellen kubanischen Rechnungsführung wird ein Peso mit einem US-Dollar gleichgesetzt, gegenwärtig werden circa 20 Peso gegen einen US-Dollar getauscht.



MILCHABFÜLLANLAGE IN DER MOLKEREI COMPLEJO LÁCTEO. DURCH DIE ZUSÄTZLICHE VERARBEITUNG VON SOJA ZU EINEM JOGHURT-GETRÄNK FÜR KINDER ZWISCHEN 7 UND 14 JAHREN WIRD DER MANGEL AN MILCH TEILWEISE KOMPENSIERT. FÜR DIE ABFÜLLANLAGEN WERDEN DRINGEND ERSATZTEILE GEBRAUCHT.

◆ ein umfassendes schulisches und berufliches Ausbildungssystem (der Anteil der Analphabeten wurde auf unter fünf Prozent zurückgedrängt).

Selbst die verbohrtesten Vertreter der These, daß die SU Kuba ausbeuten würde, verstummten; oft nun wurde stattdessen die angeblich von der SU aufgepfropfte einseitige Wirtschaftsstruktur Kubas, Zucker- und Tabakanbau, bemängelt. Hierbei wird verkannt, daß diese Monostruktur schon vor der kubanischen Revolution bestand. So wünschenswert vom heutigen Standpunkt eine vielfältig entwickelte Landwirtschaft und Industrie auf Kuba wäre, so unerheblich ist dies für das gegenwärtige Problem: Eine isolierte, vom kapitalistischen Weltmarkt unabhängige Entwicklung ist mit Beginn der 90er Jahre unmöglich.

Der Umbruch erfordert Einschnitte

Im Zeitraum 1989 bis 1993 reduzierte sich das BIP von 19,6 Mrd. Peso² um 35 Prozent auf 12,75 Mrd. Peso. Der Export fiel im gleichen Zeitraum von 5,4 Mrd. Peso um 75 Prozent auf 1,35 Mrd. Peso und der Import von 8,1 Mrd. Peso um 79 Prozent auf 1,7 Mrd. Peso.

Beschleunigt gegen Ende der 80er Jahre hat sich eine hohe Summe von circa 30 Mrd. \$ an Auslandsschulden aufgehäuft. Bis circa acht Mrd. \$ IWF-Krediten waren dies jedoch Schulden in der Hauptsache gegenüber der SU (circa 20 Mrd. \$) und gegenüber der ehemaligen DDR (circa 2,4 Mrd. \$), was zum damaligen Zeitpunkt für Kuba nicht besorgniserregend sein mußte. Nach 1989 gewinnen diese Schulden schwerwiegende Bedeutung: Es ist nicht absehbar, daß

Kuba den Schuldendienst gegenüber den Nachfolgestaaten Rußland und Deutschland wird bedienen können.

Diese Tatsache und auch die politischen Verhältnisse auf Kuba verhindern es, daß Kuba neues kreditiertes Kapital durch internationale Institutionen erhält. Kuba benötigt dieses Kapital trotz aller damit verbundenen neuen Gefahren und Abhängigkeiten. Da dieser vermeintliche Rettungsanker nicht zur Verfügung steht, bleibt für Kuba neben den Resten der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nur im wesentlichen die Entwicklung der inneren Ressourcen.

Sturz ins Bodenlose gestoppt?

Der wirtschaftliche Niedergang Kubas seit 1989 ist mit der Jahreswende 1994/95 zum Stillstand gekommen. In 1994 konnte wieder eine positive Entwicklung von 0,7 Prozent des BIP verzeichnet werden. Dieser Trend setzte sich 1995 mit geschätzten 2,5 Prozent fort. Dazu haben verschiedene Maßnahmen und Faktoren beigetragen:

- ◆ Obwohl die Zuckerproduktion von 1989 bis 1994 von 7,1 Mio. t auf 3,3 Mio. t gesunken ist, konnte der leicht gestiegene Zuckerpreis auf dem Weltmarkt die Verluste mildern.
- ◆ Die Anzahl der Joint-Ventures-Unternehmen hat sich zwar nicht den Hoffnungen entsprechend entwickelt, jedoch wurden in den circa 200 unterschiedlich großen Betrieben beachtliche zwei Mrd. \$ investiert.
- ◆ Die Einnahmen aus dem Tourismus haben größte Bedeutung gewonnen [bereits 1994 wurden 850 Mio. \$ eingenommen (FR, 3.1.1'95)]. Da eine deutliche Verbesserung bei der Zuckerernte für 1995/96 nicht erwartet werden kann, ist auch für dieses Jahr anzunehmen, daß die Einnahmen aus dem Tourismus größer sein werden als aus den traditionellen Bereichen Zucker und Tabak.
- ◆ Die Förderung von Erdöl (von minderer Qualität im Weltmaßstab) konnte um circa 50 Prozent auf 1,5 Mio. t (ND, 20.10.'95) gesteigert werden.
- ◆ Rußland zahlt für die Nutzung militärischer Einrichtungen auf Kuba circa 200 Mio. \$ pro Jahr.
- ◆ Kleinbürgerliche Marktnischen sind 1994/95 verstärkt zugelassen worden.
- ◆ Der Peso wurde in seinem Kurs stabiler, indem eine starke Warenverknappung auf dem Markt stattgefunden hat (offizielle Preiserhöhungen von Genußmitteln, Wasser, Strom, u.a.). Bereits 1991 wurde ein Schwarzmarkt (circa zehn Mrd. Peso) hingenommen, der den offiziellen Markt übertraf. Die Schwarzmarkt-Akteure wurden nur halbherzig verfolgt, in dem Wissen, daß dies notwendige »Marktbereinigungen« waren.

Das zentrale Problem war die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Bis in das erste Halbjahr 1994 waren immer weniger Lebensmittel mit der Libretta zu bekommen (festgelegte Mengen von Produkten für bestimmte Personengruppen), auch für Peso konnte in entsprechenden Läden weniger bis gar nichts gekauft werden, so daß bereits Mangelerscheinungen (rätselhafte Augenkrankheit, die mehr als 45.000 KubanerInnen erfaßte; Rachitis) bei größeren Teilen der Bevölkerung festzustellen waren. Zudem brach die medizinische Versorgung mehr und mehr zusammen, weil viele Medikamente fehlten und zunehmend die »Familienärzte« die Stadtviertel verließen, um ihre eigene tägliche Lebensmittelversorgung zu organisieren.



PRIMERO DE MAYO. IN DER LUFT-ZERLEGUNGSANLAGE WERDEN TECHNISCHE UND MEDIZINISCHE GASE ERZEUGT. AUFGRUND DEFEKTER MESSGERÄTE IST EINE QUALITÄTSMESSUNG DER GASE WÄHREND DES PRODUKTIONSPROZESSES NICHT MÖGLICH. MIT SPENDENGELDERN KONNTE ZUMINDEST EIN SAUERSTOFFANALYSEGERÄT GEKAUFT WERDEN, MIT DEM DIE REINHEIT DES ENDPRODUKTES GEMESSEN WERDEN KANN.

Mit traditionellen sozialistischen Wirtschaftsmethoden in den kapitalistischen Weltmarkt?

Zur aktuellen Verminderung dieser großen Versorgungsprobleme ist im sozialistischem System bisher nichts anderes »erfunden« worden als

- ◆ zum einen die Zulassung von kleinbürgerlichen Wirtschaften (produzieren und dienen auf eigene Rechnung) und
- ◆ zum anderen das Anlocken von Kapital aus dem Ausland in Bereiche, die relativ schnell Gewinn versprechen, in der Hauptsache im Tourismusbereich, dies ist umso nötiger, da Kuba keine internationalen Kredite erhält.

Bei der Zulassung von kleinbürgerlichen Produzenten wurde zunächst versucht, eine vorsichtige Linie zu fahren, um nicht allzu schnell die Produktionsgrundlage zu zerstören. Ende 1993 war jedoch klar, daß die eingeleiteten Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen würden, um die Ernährungsgrundlage zu sichern. Die Nahrungsmittelproduktion ist von 1989 bis 1993 um mehr als die Hälfte gefallen. Der Kalorienverbrauch pro Person ging im gleichen Zeitraum um ein Drittel zurück. Auch wurde deutlich, daß in der Hauptsache sich deswegen politischer Unmut breitmachte, der drohte, gesellschaftliche Sprengkraft zu erhalten. Das deutlichste Alarmsignal für diese Entwicklung waren die August-Unruhen, die in der Plünderung von Touristenhotels gipfelten, und die auf August/September 1994 beschränkte Flucht von circa 7500 KubanerInnen.

Das egalitäre System zersetzt sich

Weitere Fesseln der Privatproduzenten und -dienstleister mußten gelöst werden. Im Oktober 1994 ermöglichte ein Dekret, Privatpersonen, den neu gegründeten Kooperativen und den Staatsbetrieben, nach Abführung eines Kontingentes an den Staat, selbständig zu produzieren und zu verkaufen. Schließlich konnte Ende 1994 bereits eine leichte Entschärfung der Situation im Lebensmittelsektor verspürt werden. Triebfeder des Ganzen ist das Trachten nach Dollarbesitz, um sich dadurch Güter des täglichen Lebens



AUSSER BEI SCHWEREN ARBEITEN, WIE DAS PFLÜGEN DER FELDER, WIRD IN DEN KOOPERATIVEN AUF OCHSENGESPANNE ZURÜCKGEGRiffEN. UM AUF SOJA-IMPORTE FÜR DIE JOGHURT-HERSTELLUNG VERZICHTEN ZU KÖNNEN, WIRD INZWISCHEN AUCH SOJA ANGEBAUT. FÜR DIE INSTANDSETZUNG VON SOJA- UND FUTTERMASCHINEN AUS DER DDR WERDEN DRINGEND ERSATZTEILE GEBRAUCHT.

organisieren zu können, die mit Peso nur schwer oder gar nicht zu bekommen sind. Der Dollarbesitz wurde zunächst für KubanerInnen, die im Ausland (USA) Verwandte hatten oder bereits auf dem Schwarzmarkt tätig waren, Mitte 1993 legalisiert und beinhaltete erweiterte Konsummöglichkeiten. Seit Ende 1995 ist der Dollarbesitz allen KubanerInnen durch Einrichtung staatlicher Wechselstuben ermöglicht. Die staatlichen Wechselstuben werden von der Staatsfirma CADECA betrieben und können jederzeit den Wechsel verweigern.

Die selbständige Tätigkeit in den »Ein-Personen-Unternehmen« wurde ausgeweitet, um den aus den Staatsbetrieben Entlassenen eigene Einkünfte zu ermöglichen. Mittlerweile dürfen auch Akademiker, Ärzte und Lehrer außerhalb ihrer Arbeitszeit in einem der circa 200 zur selbständigen Tätigkeit freigegebenen Berufe einen Nebenjob ausüben – jedoch nicht in ihrem Beruf. In diesen Nebenjobs verdienen sie das Vier- bis Fünffache ihres staatlichen Gehaltes. Den selbständig Tätigen ist es jedoch untersagt, Arbeitskräfte einzustellen. Die Bereitschaft, sich an die Vorschriften zu halten, ist nicht groß. Etwa 200 000 KubanerInnen sind als selbständig Tätige registriert.

Für die meisten KubanerInnen ist es nun möglich geworden, an das für das Leben Notwendigste heranzukommen, ohne aber die im Vergleich dazu gute Versorgungslage von Mitte der 80er Jahre an zu erreichen. Dies gilt jedoch nicht für alle KubanerInnen gleichmäßig.

Durch die offiziell zugelassenen Maßnahmen und die von Teilen der kubanischen Gesellschaft entwickelten Überlebensstrategien (insbesondere der Schwarzmarkt) hat ein Differenzierungsprozeß eingesetzt, der die Errungenschaften der kubanischen Revolution – das hohe Niveau der sozialen Gleichheit – zerstört.

3 Schätzungen gehen davon aus, daß es circa 8000 dieser privaten Restaurants gibt, davon allein in Havanna 1500.

4 Inoffizielle Quellen gehen von bis zu 1,5 Mio. notwendigen Entlassungen aus.

So hat sich mittlerweile in verschiedenen Bereichen wie der Landwirtschaft (Kleinproduzenten von Feldfrucht und Kleintieren), des Handwerks (Reparaturen, Nahrungsmittelproduzenten), des Transports (Taxifahrer) und der Gastronomie (Paladares,³ in denen zwölf Stühle aufgestellt und nur Familienangehörige beschäftigt werden dürfen) ein »Pfahlkleinbürgerdasein« entwickelt.

Hinzu kommen die KubanerInnen, die durch Überweisungen von Verwandten aus den USA Dollars erhalten. Die jährlichen Überweisungen bis zur Legalisierung des Dollarbesitzens wurden auf 300 Mio. \$ geschätzt. Sie sind in den letzten beiden Jahren auf jährlich 400 bis 500 Mio. \$ angestiegen.

Das illegale Geschäft hat sich stark ausgeweitet, so daß Schieberei, Korruption und Prostitution deutlich angestiegen sind. Eine weitere wichtige Gruppe, die zu den sogenannten Dollarbesitzern zählt, sind die circa 70 000 Beschäftigten im Tourismus. Die Zuweisung der Arbeitskräfte erfolgt durch staatliche Stellen. Ein freier Arbeitsmarkt besteht nicht. Die »Entlohnung« erfolgt in Landeswährung. Der Dollarbesitz speist sich aus Trinkgeldern.

Geschätzt wird, daß etwa 300 000 Erwerbspersonen ihr Einkommen ganz oder zum großen Teil in Dollars beziehen. Nach Schätzungen der Nationalbank Kubas kommt mittlerweile jede/r zweite KubanerIn an die gepriesenen grünen Scheine heran. Darüber hinaus ist eine Konzentration der Bankguthaben in Landeswährung zu verzeichnen; etwa drei Prozent der Kontoinhaber verfügen über 85 Prozent der eingezahlten Gelder. Der Anteil dieser »bessergestellten« Erwerbspersonen liegt bei circa sieben Prozent der Mitte 1995 registrierten 4,3 Mio. Erwerbstätigen.

Die weitaus meisten KubanerInnen (3,6 Mio.) sind noch in staatlichen Betrieben und gesellschaftlichen Institutionen beschäftigt und werden in Landeswährung bezahlt. Fast alle Bereiche der industriellen Produktion sind in ihrer Kapazität nur bis zu 30 bis 40 Prozent ausgelastet. Dies hat zur Folge, daß es nach kubanischen offiziellen Schätzungen zu 800 000 Entlassungen kommen wird.⁴ Der Anteil der jetzt schon Arbeitslosen ist unbekannt. Ein Arbeitsloser erhält 60 Prozent des ehemaligen Lohnes.

Eine Vielzahl der Unterbeschäftigten wird berufsfremd in der Landwirtschaft befristet beschäftigt. Oft werden dann hier auch die notwendigen Dollars verdient. Ein Zubrot in Form von Dollarprämien erhalten mittlerweile circa 400 000 Beschäftigte in der Zuckerindustrie und rund 40 000 in der Tabakwirtschaft.

Die Lebenssituation ist für diejenigen besonders schwierig, die weder Zugang zu staatlichen Sonderverkaufsstellen haben noch durch Umtausch oder Einkommen in den Besitz von Dollars kommen können.

Ist eine kubanische Kapitalistenklasse wieder in Sicht?

Der Dollarbesitz macht KubanerInnen jedoch nicht zu Kapitalisten. Hierzu müßte der kubanische Staat es ermöglichen, mit Geld Produktionsmittel zu kaufen und einzusetzen, Arbeitskräfte ohne Einschränkungen zu beschäftigen und die produzierten Waren selbständig zu veräußern.

Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Richtung werden gegenwärtig nicht in der Öffentlichkeit diskutiert.

Dem (ausländischen) Kapital sind zwar auf Kuba einige Investitionsmöglichkeiten auf Joint-Venture-Basis ermöglicht worden (Tourismus, Zuckerindustrie, Erdölindustrie,

Bergbau, Telekommunikation und Biochemie), die den beteiligten Firmen erkleckliche schnelle Gewinne beschieren. Jedoch wird nach wie vor der größte Beitrag zur Gesamtwirtschaftsleistung durch kubanische Betriebe bewerkstelligt.

Das Engagement von ausländischem Kapital bewegt sich bis heute deutlich unter dem von kubanischen Funktionären erhofften Niveau. Insgesamt sind bislang circa 210 Joint-Ventures abgeschlossen und circa 2,1 Mrd. \$ investiert worden (Granma International, Nr. 8/95).

Die Gründe für das zurückhaltende Engagement der Kapitalisten sind:

- ◆ Garantien auf Grund und Boden, auf Gebäude, auf Standorte kann nur die sozialistische Regierung geben, die Altbesitzer melden unter dem Schutz der USA ihre Regreß-Ansprüche an,
- ◆ aufgrund der Blockadepolitik der USA müssen die involvierten Firmen mit Sanktionen rechnen, die die Möglichkeiten des Weltmarktes einschränken,
- ◆ die kubanische Regierung hat trotz flotter Werbesprüche für Investoren nach wie vor eine Reihe Bedingungen vor das große Absahnen gesetzt, die die freie Bewegung des Kapitals einschränken (kein dauerhafter Grundbesitz, nur in Ausnahmen Mehrheitsbesitz durch ausländisches Kapital, eingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt, festgelegte Entlohnung der Beschäftigten, Kontrolle durch kubanische Institutionen),
- ◆ der gesamte übrige lateinamerikanische Raum bietet dem internationalen Kapital genügend Betätigungsmöglichkeiten
- ◆ bei längerfristigen Investitionen muß mit Totalverlust unter grundlegend veränderten politischen Verhältnissen gerechnet werden.

Gesellschaftliche Institutionen verlieren Autorität

Die Öffnung fürs internationale Kapital, die Legalisierung von Dollarbesitz, die Förderung von kleinbürgerlichen Existenzen, die Zermürbung der kubanischen Bevölkerung durch Blockade, Lebensmittelknappheit und Isolierung haben nicht zuletzt auch ihre Auswirkungen auf den gesamten gesellschaftlichen Überbau. Die Errungenschaften der Revolution verblassen nicht nur bei großen Teilen der Jugend, sondern auch die gesellschaftlichen Institutionen haben zum Teil Ansehen und Einfluß eingebüßt.

Hier sind vor allem die »Komitees zur Verteidigung der Revolution« (CDR) zu nennen, die nicht mehr in der Lage sind, Aufklärung und Kontrolle wie ehemals auszuüben.

Nach wie vor sind zahlreiche Waffen an Aktive der kommunistischen Partei verteilt. Zwar sollte die Bedeutung dieser Tatsache zur Abwehr konterrevolutionärer Aktionen nicht unterschätzt werden; die eigentliche Wirkung besteht jedoch eher darin, zu demonstrieren, daß oppositionelle Formierungen außerhalb der offiziellen Organisationen nicht zugelassen werden.

Die Sonderrolle des Militärs

Diejenige Institution, die am meisten intakt ist und in der Bevölkerung hohes Ansehen genießt, ist das Militär. Das Ansehen kann damit erklärt werden, daß das Militär die nationale Unabhängigkeit garantiert, nicht im gesellschaftlichen Leben repressiv eingesetzt worden ist, international gefeierte Solidarität geübt hat (unter anderem in Nicaragua und Angola). Obwohl der Militäretat beschnitten worden ist (1995 um 50 Prozent auf 800 Mio. Peso, NZZ, 16./17.9.'95),

sind im militärischen Bereich keine Einschränkungen der Funktionsfähigkeit zu befürchten: Das Militär ist ein Selbstversorger. Auf dem vom Militär benutzten Staatsgelände werden soviel Nahrungsmittel erzeugt, daß ein erheblicher Anteil auf den »freien Bauernmärkten« verkauft werden kann. So werden in der Provinz Havanna von Militärfarmen 48 Prozent der landwirtschaftlichen Erzeugnisse produziert, darunter 73 Prozent der Kartoffeln. Die Produktivität liegt dreimal höher als im zivilen Bereich (NZZ, 16./17.9.'95).

Nicht nur in der Landwirtschaft, sondern gerade auch in der gesamten Ökonomie des Landes spielt das Militär eine große Rolle. Es ist an einer Vielzahl von wirtschaftlichen Unternehmungen verschiedener Branchen beteiligt:

- ◆ am drittgrößten Tourismusveranstalter »Gariota« mit 1670 Hotelzimmern in ehemaligen Erholungsheimen für hochrangige Militärs,
- ◆ an einem der größten Taxi- und Helikopterflotten der Insel (im Einsatz für Touristen),
- ◆ an Werkstätten und Fabriken, die nicht nur für die Armee Reparaturen ausführen und Ausrüstungsgegenstände herstellen, sondern auch Konsumgüter für die Bevölkerung produzieren.

In den Militärhospitälern werden mehrheitlich Zivilisten (auch Ausländer gegen Devisen) behandelt. Das Militär wird auch über eine Reihe Vergünstigungen bei der Stange gehalten. So verdienen die Hauptberuflichen überdurchschnittlich, bekommen ein Viertel ihres Gehaltes in konvertierbaren Peso (Dollar gleichgesetzt), haben günstige Einkaufsmöglichkeiten usw. (NZZ, 16./17.9.'95).

Die Erneuerung von militärischem Material wird nach wie vor durch Rußland gewährleistet. Obwohl die Tatsache, daß Rußland verschiedene militärische Basen auf Kuba nutzt, in der internationalen Politik gegenwärtig keine Rolle zu spielen scheint, will das russische Militär diesen Posten vor der Haustür der USA sich offensichtlich auf Dauer was kosten lassen. Rußland zahlt jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag (NZZ vom 16./17.9.'95 will von circa 200 Mio.\$ wissen). Es kann angenommen werden, daß, aufgrund der Beschneidung der russischen Einflußsphäre durch den Westen, Rußland ein erhöhtes Interesse an diesem strategischen Posten hat und entsprechend konzessionsbereit gegenüber Kuba sein wird.

Eine feste Rechnungsgröße ist diese Form der russischen Hilfe trotzdem nicht, da das russische Verhalten von außenpolitischen Interessen abhängig ist, und das Überleben des kubanischen Sozialismus für Rußland, wenn überhaupt, dann eine untergeordnete Rolle spielt.

Widersprüchliche Wirkung der US-Politik

Zweifelsohne hat die Blockadepolitik der USA ihre starken negativen Auswirkungen auf die kubanische Wirtschaft. Der jährliche Schaden wird von kubanischen Stellen mit bis zu einer halben Mrd. \$ beziffert. Aber offensichtlich gelingt es den USA nicht, auf diese Art und Weise Kuba das letzte Wasser abzugraben; denn die Blockade wird von zahlreichen westlichen Firmen umgangen. Politisch ist die USA mit zunehmender Ausweitung der Blockademaßnahmen international in die Isolation geraten (nur der Vasall Israel trägt alle Maßnahmen bedingungslos mit). Die latenten Drohungen von politischer und militärischer Intervention halten bei den KubanerInnen doch wesentliche Bestandteile der Revolution wach.



DER STADTTTEIL VEDADO WURDE IM WIRTSCHAFTSBOOM DER ZWANZIGER JAHRE ALS NEUES STADTZENTRUM HAVANNAS AUFGEBAUT. INFOLGE DES ERSTEN WELTKRIEGES WAR DIE RÜBENZUCKER-ERNTEN IN EUROPA ZUSAMMENGEBOCHEN, WAS DEM CUBANISCHEN ROHRZUCKER-ABSATZ ZUGUTE KAM. IM HINTERGRUND DAS IM LETZTEN JAHR FERTIGGESTELLTE HOTEL MELIA-COhiba.

Der weit größere Teil der kubanischen Bevölkerung bewohnt Lebensraum, der ihm vor der Revolution nicht gehörte und der nach wie vor von den Vorbesitzern zurückgefordert wird; die USA verhält sich als Garant dieser Forderungen. Dies ist ein von der USA ungewolltes Bindemittel der gegenwärtigen kubanischen Gesellschaft. Die Bevölkerung weiß, daß sie bei Wiederkehr der alten Besitzerklassen Verhältnisse erwartet, die sich gravierend von den heutigen – in Richtung der restlichen Karibik – unterscheiden.

Aber selbst, wenn die USA die Blockadepolitik revidieren sollten (was bei den einflußreichen reaktionären politischen Kräften innerhalb und außerhalb der US-Regierung kaum denkbar ist), wird die US-Regierung auf keinen Fall dulden, daß vor ihrer Haustür sich trotz Auflösung der SU ein Wirtschaftssystem etabliert, das nicht dem folgt, was die USA weltweit durchzusetzen sich zur Aufgabe gemacht haben: keine Einschränkung der freien Bewegung von US-Kapital.

Wie weiter?

Wenn die begonnene ökonomische Entwicklung unter gleichbleibenden Fixpunkten weitergedacht wird, so kann angenommen werden, daß sich zunächst die bestehenden Klassenverhältnisse über längere Zeit ausdifferenzieren, bevor sie in bürgerliche Verhältnisse umschlagen. Dadurch, daß Dollarbesitz zugelassen ist, werden sich aus der sozialistischen Arbeiterklasse Teile herauslösen, die zwar noch keine Chance haben, Kapital zu akkumulieren, aber doch zum erstenmal Geld besitzen, das ihnen eine Existenz weit über dem durchschnittlichen Niveau ermöglicht.

Eine bedeutsame Opposition hat sich auf Kuba seit der Revolution nicht formieren können. Daß dies auch in den vergangenen fünf Jahren nicht geschehen ist, mag nicht zuletzt darauf zurückgeführt werden, daß die KubanerInnen die Revolution selbst durchgeführt haben und deren Errungenschaften ihnen jahrzehntelang unleugbaren Nutzen brachten.

Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung und die damit einhergehenden Klassendifferenzierungen führen zu gesellschaftlichen Widersprüchen, die sich zwangsläufig in den offiziellen gesellschaftlichen Organisationen niederschlagen. Die heftige Diskussion über den einzuschlagenden wirtschaftlichen Kurs innerhalb der KP Kubas und während Parlamentstagungen sind Beleg dafür, daß die Kommunisten auf Kuba um die Lösung der Probleme ringen, sind aber gleichzeitig auch ein Hinweis darauf, daß sich Opposition herausbilden kann, die, ähnlich wie in Osteuropa, nahezu bruchlos das Geschäft auf kapitalistischer Grundlage zu besorgen in der Lage sein wird.

Unter der Voraussetzung, daß sich der äußere Druck auf Kuba nicht entscheidend verstärkt, wird sich die »Kapitalisierung« der Insel deutlich langsamer vollziehen, werden sich die Klassenverhältnisse der gegenwärtigen sozialistischen Gesellschaft erst in einem längeren Zeitraum in Richtung bürgerlicher Gesellschaft verändern, als dies im europäischen Osten geschehen ist.

Der Beitrag der internationalen Solidarität

Sicherlich wird die Existenz des sozialistischen Kubas und die Geschwindigkeit des gesellschaftlichen Wandels auf Kuba nicht wesentlich von unserer Solidarität beeinflusst werden können.

Trotzdem hilft die »Zärtlichkeit« der Solidarität den klassenbewußten KubanerInnen und uns. Die internationale Solidarität mit Kuba setzt sich aus zwei wichtigen Bestandteilen zusammen: So gering der materielle Beitrag der Solidaritätsbewegung im Vergleich zu den immensen Mängeln und Lücken erscheinen mag, so wichtig ist sie gerade in der aktuellen Entwicklungsphase besonders für Bereiche, die an sozialistischen Errungenschaften festhalten wollen, und dort sollte die Hilfe auch effektiv umgesetzt werden. Zum zweiten wird Kuba auch weiterhin im gesamten latein-amerikanischen Raum für eine reale Alternative von Wirtschaft und Gesellschaft stehen, die den Vergleich dort nicht zu scheuen braucht – trotz der Bedrohung durch die USA im vierten Jahrzehnt existent; dies ist ein Stachel im Fleisch der USA, der immer aufs Neue die imperialistische Rolle der Weltführungsmacht offenlegt.

25. 2. '96 ■

Solidarität mit Cuba

Die Schwierigkeiten im sozialistischen Cuba sind bekannt: Durch die doppelte Blockade (einerseits durch die USA, weiterhin verschärft durch den »Torricelli Act«, und andererseits infolge der Ausrichtung der cubanischen Wirtschaft auf den RGW und dessen Auflösung) drohte der wirtschaftliche Zusammenbruch. Dies hat die Gruppe Arbeiterpolitik Bremen zum Anlaß für eine Spendenaktion genommen. Das Ergebnis: genau 4444 DM, die über die »Solidaritätswerkstatt« (Taller de la solidaridad), Darmstadt, inzwischen in Cuba angelangt sind.

Da die Versorgung der Kinder mit Milch nach der deutschen »Vereinigung« durch die Bundesregierung wirksam unterbunden wurde, indem völkerrechtswidrig Austauschverträge der DDR mit Cuba gekündigt wurden (soviel zum Thema Menschenrechte), wurde das Geld in den Umbau der



NATIONALES REHABILITATIONS- UND TAGUNGSZENTRUM VON »ACLIFIM«, DEM CUBANISCHEN BEHINDERTENVERBAND. ZWISCHEN DEN GEBÄUDEN MIT SCHLAF- UND SCHULUNGSRÄUMEN WIRD INZWISCHEN GEMÜSE FÜR DIE VERSORGUNG DER KURSTEILNEHMERINNEN UND ARBEITERINNEN ANGEBAUT. FÜR DIE EINRICHTUNG VON BEHINDERTENGERECHTEN SANITÄRANLAGEN FEHLEN DIE MITTEL. JEDER WEG ZUR DUSCHE ODER-TOILETTE IST ZUR ZEIT NOCH EINE QUÄLEREI FÜR DIE PATIENTEN UND GÄSTE.

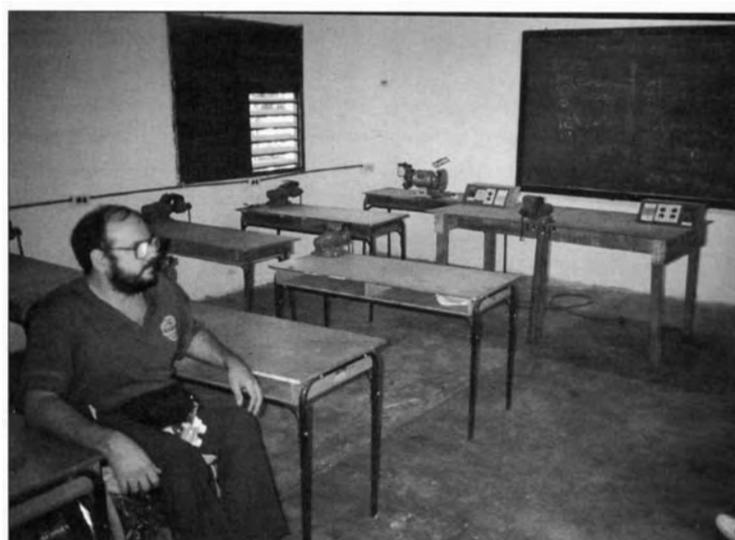
cubanischen Milchwirtschaft investiert. Seitdem Importfuttermittel in Cuba nicht mehr ökonomisch sinnvoll eingesetzt werden können, muß die Milchwirtschaft auf einheimische Futtergrundlage gestellt werden.

Diese auch ökologisch sinnvolle Aufgabe bedeutet: Auflösung der riesigen »vaquerias« von bisher einigen tausend Tieren in kleinere Einheiten. Dadurch reduzieren sich Transportkosten, Veterinärkosten, Maschinenkosten und nicht zuletzt Kosten für hochwertige Futtermittel. Andererseits steigt der Arbeitsaufwand für die erzeugte Milch. Gleichzeitig sind auch Anfangsinvestitionen notwendig: Umbau des Maschinenparks, Unterkünfte für zusätzlich benötigte Arbeitskräfte, Umzüchtung der Rinderrassen, Einzäunungen und Beginn des Ackerfutterbaus. Das vor allem von Bremer Kolleginnen und Kollegen gesammelte Geld wurde für die Grundausstattung der für die Teilbetriebe zuständigen Zentral-Werkstatt der »vaqueria no. 40« ausgegeben.

Es ist leicht zu erkennen, daß die gesammelte Summe angesichts des notwendigen Bedarfs eher symbolischen Charakter hat. Es ist eben nicht möglich, die Blockade durch Sammelaktionen aufzuheben. Trotzdem sind wir sicher, daß die Cubaner sowohl den »Tropfen auf den heißen Stein« als auch den Geist, der dahintersteckt, zu würdigen wissen.

HB, 15. 2. 1996 ■

Auch in Hamburg haben sich einige Menschen entschlossen, einen kleinen Beitrag dafür zu leisten, daß die Versorgung und Produktion in Cuba nicht dauernd wieder durch fehlende Ersatzteile – die wiederum wegen fehlender Devisen und des US-Embargos nur schwer zu beschaffen sind – gestört oder stellenweise gar stillgelegt wird. Schon im Februar haben Genossinnen und Genossen der Hamburger Gruppe Arbeiterpolitik mehrere Umzugskartons mit **Medikamenten und Kleingeräten** nach Cuba auf den Weg geschickt. Einige Leser der »Arbeiterpolitik« hatten beim Sammeln der Medikamente geholfen – dankeschön. Die Medikamente gingen



AUSSER KURSEN FÜR KUNSTHANDWERK UND REPARATUR ELEKTRISCHER HAUSHALTSGERÄTE SOLLEN KÜNFTIG AUCH BUCHHALTUNGSKURSE DURCHFÜHRT WERDEN. ANGEL, EINER DER LEITER DES ZENTRUMS, ZEIGT EINEN DER RÄUME, IN DENEN KÜNFTIG MIT COMPUTERN GEARBEITET WERDEN SOLL. DER BEHINDERTENVERBAND WILL EIN COMPUTERNETZ AUFBAUEN, UM SEINE MITGLIEDER ANDEREN STÄDTEN UND AUF DEM LANDE BETREFFEN UND BERUFLICHE QUALIFIZIERUNG ANBIETEN ZU KÖNNEN. AUCH DAFÜR IST HILFE NOTWENDIG, UM DEM US-EMBARGO ZU WIDERSTEHEN.

an das Institut für Völkerfreundschaft (ICAP), dort werden sie sortiert und an die entsprechenden Gesundheitseinrichtungen verteilt.

Kurze Zeit später konnten wir einige Kartons mit gespendeten **Computer-Teilen und Software** zusammenstellen. Sie sollen dem Behindertenverband helfen, moderne Büroarbeitsplätze einzurichten. Beim Transport halfen uns die Freunde von der Solidaritätswerkstatt in Bremen.

Inzwischen ist durch die Spende eines Hamburger Papierverarbeitungsbetriebes ein »Problem« aufgetaucht: In Kürze stehen **eine großformatige Falzmaschine**, eine kleinere und mehrere Ersatzteile für diese Geräte aus DDR-Produktion zur Verfügung. Mehrere Hamburger selbstverwaltete Druckereien haben sich inzwischen angeschlossen und stellen **Papier, Farbe, Kleingeräte, eine Druckmaschine A3, eine Reprokamera und Kontaktgeräte** für den Abtransport nach Cuba bereit. Doch – der dafür notwendige Container kostet Geld, sein Transport zum Schiff und das Verpackungsmaterial ebenso. Mehr als wir z.Zt. haben. Die gespendeten Dinge sind hier eher wertlos, **in Cuba jedoch werden sie dringend gebraucht**. Aber erst, wenn sie dort sind, geben sie wieder einen Nutzen. Für diese Soli-Spende muß noch der Transport finanziert werden!

Wer diese **Aktion unterstützen** will, wende sich an die Adresse der GFSA e.V. (S.2) oder an die Adresse von »Taller de la solidaridad«. Jeweils unter dem Stichwort **»HH-Container für Cuba«**.
28.4.'96 ■

Mitte Mai erscheint die Info-Broschüre Nr. 8 von »Taller«:

Solidaritätswerkstatt e.V.

Ludwigshöhstraße 42 · 64285 Darmstadt
Tel: (06151) 64066 · Fax: (06151) 64066
Spenden an: Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60 · Konto-Nr. 48 78 02-603

Taller
de la
Solidaridad

»Spielgeld im Casino des geistigen Fortschritts«



1990 bis 1994 hat sich die Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten und Monat um real 0,72 Prozent im Jahr verbessert, netto dagegen nur noch um 0,06 Prozent, was faktisch eine nunmehr fünfjährige Stagnation der Arbeitnehmerkaufkraft bedeutet. Wer weitere Zurückhaltung der Gewerkschaften fordert, will nicht mehr nur eine Mäßigung der Lohnbewegung, sondern den Eingriff in die Substanz der Kaufkraft.²

Welche soziale Klasse die herrschende Politik in diesem Land hofiert oder begünstigt, verdeutlicht die Entwicklung der Steuerbelastung. »Zwischen 1983 und 1994 erhöhten sich die Einnahmen aus der Lohnsteuer um 106,8 Prozent auf 226,5 Mrd. Mark.« Im Gegensatz dazu sanken »die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer (...) nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die konservativ-liberale Koalition von knapp 28,3 Mrd. Mark (1983) auf 25,5 Mrd.«³

Dies ist nur ein Ausschnitt aus den feingegliederten Verteilungsverhältnissen. Dazu bemerkt der sozialdemokratische Finanzexperte Poß, »daß die Bundesregierung in den letzten zwölf Jahren planmäßig die Steuerbelastung von den Unternehmern auf die Arbeitnehmer und Verbraucher verlagert hat.«^{3a}

Vor diesem Hintergrund ist zum Winterhalbjahr 1995/96 eine Reservarmee von vier Millionen gemeldeter Arbeitsloser in Deutschland herangewachsen, in der zwar ein reger Austausch zwischen »Frei«setzung⁴ und Neueinstellungen vor sich geht, ein gutes Drittel wiederum jedoch zur Kategorie der Langzeitarbeitslosen gehört.

Versuche der Deutungen und Konzepte

Lassen Erklärungen der aufgebotenen Wissenschaftler auf Wiedereingliederung dieser Menschen in die Erwerbstätigkeit hoffen, oder können sie auch nur Ratlosigkeit kaschieren? »In Deutschland beispielsweise hat ein Sozialhilfeempfänger heute den gleichen Lebensstandard wie ein qualifizierter Facharbeiter vor 60 Jahren. Dieser ist jedoch inzwischen (...) weiter gekommen und genießt ein im historischen und internationalen Vergleich einzigartiges sozio-kulturelles Niveau. An diesem Niveau orientiert sich die ganze Bevölkerung. (...) Entsprechend erstrebt sie Tätigkeiten, die dieses Niveau materiell ermöglichen und darüber hinaus möglichst angenehm, interessant und nicht zuletzt sinnstiftend sind. (...) Je nach Region stehen für ein Zehntel bis ein Fünftel der Erwerbwilligen derart hochattraktive Tätigkeiten nicht zur Verfügung. Damit sind sie – da sie weniger attraktive Tätigkeiten ablehnen – nach heutiger Terminologie ‚arbeitslos‘. Sie verfolgen ihre Minimierungs-Maximierungsstrategie erfolgreicher, wenn sie sich in das gesellschaftliche Transfersystem einbinden lassen, als wenn sie nachrangige Tätigkeiten ausüben.« (Seite 46f)

Ob die Höhe der real geleisteten Transferzahlungen oder fortlaufende Sanierungskonzepte auch sogenannter High-Tech-Branchen⁵ den Erklärungsansatz des Professors R. Miegel vom Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn ana-

Zum zweiten Mal sind in Frankfurt/Main (Juni 1994) »Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur« zusammengekommen (Alfred-Herrhausen-Gesellschaft) »mit dem Ziel, voneinander zu lernen und soweit möglich, Ideen zu entwickeln, die helfen sollen, Problemlösungen entstehen zu lassen.« Darum bemüht sich die »Deutsche Bank« als fördernde Institution und richtete vor anderthalb Jahren im Einführungsreferat ihres Vorstandsprächers Hilmar Kopper den Blick aufs Wesentliche: »Die Arbeitslosigkeit ist hoch, und es steckt soziale Sprengkraft darin.«¹

Um diese brisante Frage zu entschärfen, präsentierte er zugleich einige »Wegmarken«: »Zu fürchten haben wir nicht die Deregulierung, wohl aber staatliche Anmaßung und sinkende Standards in Ausbildung wie technologischer Innovation.« (Seite 4)^{1a} An sich ist diese Rezeptur nicht neu und als neoliberalen Wundermittel bereits seit über zehn Jahren zunehmend in Gebrauch. Der Produktivität des eingesetzten Kapitals nützte sie sehr wohl und zeitigte wirtschaftliches Wachstum in bescheidenen Raten. Die Realeinkommen der lohnabhängig Beschäftigten fielen eindeutig zurück. »Von

1 Alfred-Herrhausen-Gesellschaft für internationalen Dialog (Hrsg.), *Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit*, Stuttgart 1994, Seite 2. Zitate sind im folgenden an Seitenzahlen in Klammern erkenntlich.

1a »Und schauen Sie sich die Steuerbelastung an, gegen die Sie hier anverdienen müssen, oder die Lohnnebenkosten. (...) Wir müssen das Rad hier zurückdrehen, wenn wir vorankommen wollen. Das würde sich dann auch auf die Beschäftigung auswirken.« Ders., in: FR, 11.9.1995

2 Handelsblatt, 25.8.1995

3 FR, 10.8.1995

3a ebenda.

4 »Der wieder rauhere Wind in den Betrieben wird auch dadurch spürbar, daß sich im September in ganz Deutschland 522600 Männer und Frauen neu beim Arbeitsamt meldeten, das sind 15 Prozent mehr als vor einem Jahr. Dabei haben zum ersten Mal seit langer Zeit (...) im Westen auch die »Meldungen aus Erwerbstätigkeit« – das sind überwiegend entlassene Arbeitnehmer – wieder deutlich zugenommen (plus acht Prozent).« FR, 6.10.1995

log der »Theorie« der »sozialen Hängematte« belegen, möge der unbefangene Zeitgenosse anhand der Fakten bewerten. Besonders um Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren, empfiehlt W. Franz von der Universität Konstanz verringerte Sozialabgaben der Beschäftigten und mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (vgl. Seite 75f). Denn: »Es steht fest, daß die Arbeitslosen in Europa immer geringere Chancen haben, aus der Arbeitslosigkeit wieder herauszukommen, je länger sie arbeitslos sind« (Seite 138). Inspiriert durch britische Erfahrungen schlägt R. Lavars von der London School of Economics nach zwölfmonatiger Arbeitslosigkeit staatliche Arbeitsplatzsubventionen halbjährlich für private oder öffentliche Unternehmen vor. »Natürlich dürfte es keinem Arbeitgeber gestattet sein, Mitarbeiter für subventionierte Arbeitsplätze einzustellen und gleichzeitig feste Angestellte zu entlassen« (Seite 143). Zumindest statistisch ließe sich so Langzeitarbeitslosigkeit vermeiden. R. Layard verhehlte nicht, daß gesamtwirtschaftlich gesehen die erhöhte Konkurrenz um freie Arbeitsplätze auf Reallohnsenkung, Lohndruck, hinausläuft. Ein nicht unerwünschter Effekt, erzielt aus dem Steueraufkommen bzw. der Wertschöpfung lohnabhängig Beschäftigter!

Die Detailfülle der angesprochenen Palliativmittel gegen Arbeitsplatzverlust ließe sich reichlich verlängern. Zuguterletzt verengen sich alle Argumentationslinien auf Preissenkung der zuvorderst anvisierten »einfachen« Arbeitskraft, um dem internationalen Konkurrenzdruck zu begegnen. Wenn das gegebene Lohnniveau zu hoch ist, hilft nach Meinung der »Wissenschaft« nur noch Senken des Lebensstandards, der sich aus den Reallöhnen der einzelnen Lohnabhängigen ergibt. »Mit Ladenhütern und mit Produkten für jedermann lassen sich die Einkommen, die für einfache Arbeit in den fortgeschritteneren Ländern verlangt werden, nicht mehr verdienen. (...) Im Extremfall kann einfache Arbeit in Deutschland nicht höher entlohnt werden als in Tschechien, auf Dauer auch nicht höher als auf dem indischen Subkontinent« (Seite 158).

Ob Lohnmäßigung seine Zukunftsvision letztlich verhindern kann, ist demnach für H. Giersch vom Institut der Weltwirtschaft Kiel äußerst zweifelhaft. »Anfänglich mag man sich damit trösten, daß nur Teilprozesse abgegeben werden, die vorgelagert sind, und daß Vorerzeugnisse, die als Importe billiger sind, die Kosten für das Enderzeugnis senken« (Seite 160). Diejenigen jedoch, aus deren Arbeitsleistung im Produktionsprozeß das neugewonnene Kapital resultiert, welches daraufhin an anderen »Standorten« zur Neuanlage kommt, bleiben wie nutzlose, ausgequetschte Früchte zurück. Kein moralischer oder nationaler Appell wird Unternehmer daran hindern, von ihnen individuell angeeignetes, aber kollektiv oder gesellschaftlich erarbeitetes Mehrprodukt aufgrund ihres privaten Verfügungsrechts dort zu investieren, wo es am günstigsten neuen Profit abwirft, neue Verwertung erheischen kann.

Folgerichtig verheißt H. Giersch den »einfachen« Arbeitern diese Perspektiven: »Als Leidtragende des Strukturwandels haben sie das größte Interesse daran, daß der Prozeß verlangsamt wird. Sie kaufen dann – durch Lohnmäßigung – gleichsam Zeit, Zeit zum Anpassen« (Seite 162). Anpassen woran: an schleichende Verelendung, eingewöhnt über schrumpfende Unterstützungssätze der Bundesanstalt für Arbeit oder der Sozialkassen bankrotter Kommunen? Bei schwindenden Beitragszahlern und kaufkräftigen Konsu-

menten nehmen beide kontrafaktisch immer weniger Beiträge oder Steuern ein, während ein Großteil der gesellschaftlich erarbeiteten Wertschöpfung als Privatkapital bereits an anderer Stelle »arbeitet« und »goldene Eier« legt.

Schafft der Kapitalismus seine Totengräber, oder ist er Totengräber des Industrieproletariats?

Seitdem die westdeutsche Gesellschaft spätestens ab Mitte der siebziger Jahre aus dem »kurzen Traum der immerwährenden Prosperität« erwachte und sich an eine dauerhafte Mindestzahl von wenigstens einer Million Arbeitsloser gewöhnte, übersprang diese Zahl nach jährlichen Intervallen just nach dem Kanzlerwechsel von Schmidt (SPD) zu Kohl (CDU) 1983 die Zweimillionengrenze. Bewirkte der Nachfrageboom DM-seliger Ostdeutscher 1990 ein nochmaliges leichtes Sacken unter diese Marke, so liegt die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Westen heute bei rund drei Millionen, verstärkt durch eine Million Stellungsuchende im Osten. Abgesehen von den anschlussbedingten Gründen des Einsturzes der realsozialistischen Beschäftigungsstruktur in Ostdeutschland kommen unübersehbare produktionstechnische und arbeitsorganisatorische Faktoren zum Tragen, die Madsen Pirie vom »Adam Smith Institute« in London wie folgt beschreibt: »Beobachter des Arbeitsmarktes in Westeuropa (...) heben den stetigen Rückgang der Arbeitsstellen im Produktionsbereich sowie die Tatsache hervor, daß das in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs vorherrschende Beschäftigungsniveau den Verlust der in der jeweils vorangegangenen Rezession verlorenen Arbeitsstellen nie ganz ausgleicht. Sie stellen fest, daß die Arbeitslosenzahlen in den meisten europäischen Ländern so hoch wie nie zuvor sind« (Seite 113). Und das trotz steigender Produktivität, die beispielsweise indirekt von Mal zu Mal zum Preisverfall hochwertiger Konsumgüter wie Unterhaltungs- oder Datenverarbeitungselektronik führt.^{5a} »Investitionen (meint Produktionsanlagen, d.R.) haben Arbeitnehmer von ihrem Platz verdrängt« (Seite 119).

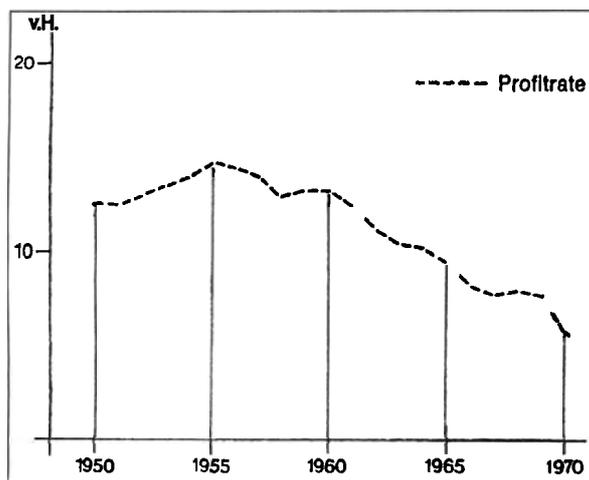
Dieser Vorgang, inzwischen auch gemeinhin als »Ende des Fordismus« wenigstens dem Begriff nach geläufig, schlägt aktuell um in eine zukünftige Massenproduktion ohne Massenarbeiter, egal ob hier oder anderswo, und zeitigt widersprüchliche ökonomische Effekte im Verwertungsprozeß des Kapitals, je nach Branchenart und seinem Zwang zur Profitmaximierung. Wenn wir feststellen können, daß mit immer weniger Beschäftigten dennoch mehr Produkte erzeugt werden können, drückt sich hierin »die wirkliche Tendenz der kapitalistischen Produktion aus. Diese erzeugt mit

5 Den für die nächsten Jahre geplanten Stellenabbau bei der Daimler-Benz Aerospace Airbus von über 8000 Arbeitsplätzen rechtfertigt Dasa-Chief Bischoff wie folgt: »In einem Bereich, der fast zur Hälfte aus Personalkosten in D-Mark besteht, ist eine Kostensenkung ohne personelle Konsequenzen schlicht und einfach nicht möglich. Und wir müssen unsere Abhängigkeit vom Dollarkurs verringern. (...) Wie wollen Sie einem privaten Aktionär klarmachen, daß er (...) nun auch noch für die Zukunft (...) auf eine angemessene Verzinsung seines Kapitals verzichten soll?« Die Zeit, 29.9.1995

5a Für das neue VW-Werk Mosel gilt, »daß dort im Schnitt ein Golf in weniger als 20 Stunden gebaut wird. In Wolfsburg mit seinen noch 48 000 Beschäftigten würden dazu mehr als 30 Stunden benötigt. (...) VW investierte in seine drei sächsischen Standorte Mosel, Chemnitz und Eisenach rund 2,5 Milliarden Mark. Gut ein Drittel davon stammt aus öffentlichen Fördertöpfen.« FR, 8.12.1995. Nach der zweiten Ausbaustufe dürfte der Beitrag des Steuerzahlers eine gute Milliarde betragen.

6 Karl Marx, Das Kapital, Band III, Seite 222f, MEW 25, Berlin 1973

Entwicklung der Profitrate 1950 – 1970



Berechnungen der Autoren, in: Altwater/Hoffmann/Schoeller/Semmler, Die Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland, in: Brandes, V., Handb. 1, Perspektiven des Kapitalismus, Frankfurt/M. 1974, S. 246

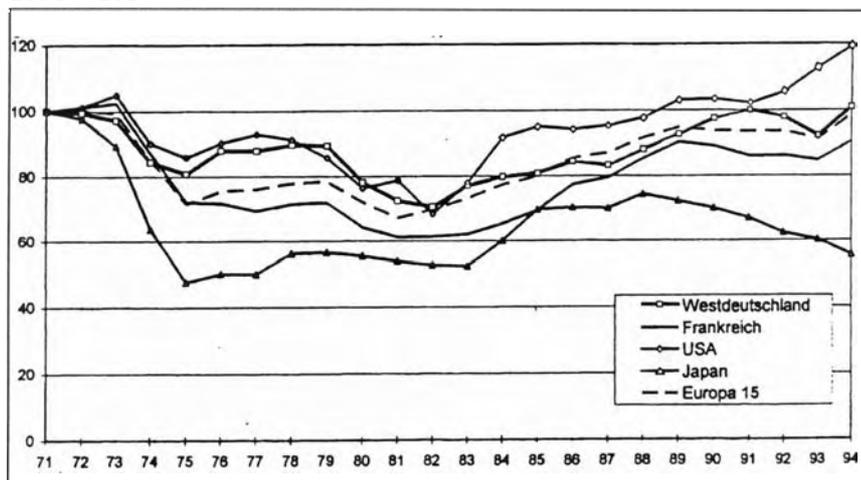
Der Vergleich der Entwicklung der Kapitalrendite (Tabellen rechts) mit der Profitratenentwicklung (Tabelle oben) verdeutlicht die inzwischen gelungene Stabilisierung und Erhöhung der Durchschnittsprofitrate seit Mitte der achtziger Jahre. Damals begannen die Unternehmer die Debatte um die sogenannte »Deregulierung«, nach 1990 betitelten sie die alte Zielsetzung mit »Standortproblemen« . (siehe nächste Seite: Netto-Gewinne)

der fortschreitenden relativen Abnahme des variablen Kapitals gegen das konstante eine steigend höhere organische Zusammensetzung des Gesamtkapitals, deren unmittelbare Folge ist, daß die Rate des Mehrwerts bei gleichbleibendem und selbst bei steigendem Exploitationsgrad der Arbeit sich in einer beständig sinkenden allgemeinen Profit-rate ausdrückt. (...) Die progressive Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist also nur ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit. (...) Da die Masse der angewandten lebendigen Arbeit stets abnimmt im Verhältnis zu der Masse der von ihr in Bewegung gesetzten vergegenständlichten Arbeit, der produktiv konsumierten Produktionsmittel, so muß auch der Teil dieser lebendigen Arbeit, der unbezahlt ist und sich in Mehrwert vergegenständlicht, in einem stets abnehmenden Verhältnis stehen zum Wertumfang des angewandten Gesamtkapitals. Dies Verhältnis der Mehrwertmasse zum Wert des angewandten Gesamtkapitals bildet aber die Profitrate, die daher beständig fallen muß.«⁶

Gelingt es dem Kapital, durch Druck auf die Löhne die Kosten für die lebendige Arbeit, das variable Kapital, zu verringern, erhöht sich die Mehrwertrate. Der Anteil der unbezahlten Arbeit pro Produktionseinheit dehnt sich aus. In Bezug auf das eingesetzte Gesamtkapital wächst auch die Profitrate. Eine gesteigerte Profitmasse ist jedoch nur über gesteigerten Warenausstoß zu erzielen. Dies gelingt mit immer wieder schubweise reduzierten Belegschaften. Die Bundesanstalt für Arbeit verortet für das Jahr 2010 nur noch

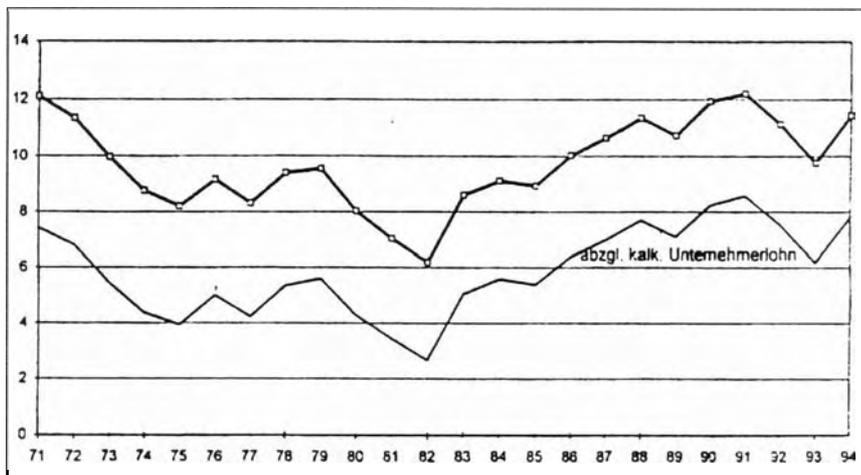
Internationale Brutto-Kapitalrendite 1970 – 1994

1970 = 100



Netto-Kapitalrendite* 1970 – 1994

in vH



*) Ohne Staat, Landwirtschaft, Wohnungsvermietung, Bundesbahn und Bundespost, ohne Vermögenseinkommen der privaten Haushalte. Quelle: Berechnungen der Autoren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Beide Tabellen aus: Görgens, H., Kapitalrentabilität bei derzeitiger Massenarbeitslosigkeit so hoch wie bei früherer Vollbeschäftigung, in: WSI-Mitteilungen 10/1995, S. 633ff

zwölf Prozent aller Arbeitsplätze im Bereich der industriellen Fertigung.

Das nicht enden wollende Klagelied des Kapitals über zu hohe Lohnkosten inklusive der Sozialabgaben, nebst abgeschöpfter Steuern zur Finanzierung sonstiger Staatsausgaben, entspringt aus nichts anderem als der alten Sorge, um die sich mal mehr, mal weniger tendenziell dem Nullpunkt zuneigenden Profitrate (siehe Tabelle und Schaubild). Daher ist die Debatte um die Verwertungsbedingungen des Kapitals in Deutschland ein alter Hut, neu eingefärbt seit dem Zerfall der antagonistischen Systemkonkurrenz nach 1990 mit erweiterten Möglichkeiten, aber auch Zwängen profitabler Kapitalanlage in der internationalen Arena des vergrößerten Weltmarkts auf kapitalistischer Grundlage. Mehr Bescheidenheit auf Seiten der arbeitleistenden Lohnempfänger entspricht im gesellschaftlichen Ausmaß mehr Gewinn auf Seiten der Kapitaleigner.

Daß die »Deutsche Bank« als führende Institution des Finanzkapitals es nicht versäumte, die Beiträge des »Zukunftskolloquiums« als ideologische Breitseite⁷ in ganzseitigen Anzeigenserien in die deutsche Presselandschaft zu wuchten, darüber hinaus als aufwendig gemachtes Buch in

hoher Auflage zu verteilen, braucht deshalb nicht zu erstaunen. Bedenklicher stimmt das fast gänzliche Ausbleiben eines kritischen Widerhalls.

Zukunftsgestaltung durch Anpassung auf Raten?

Definiert man Gewerkschaften als Interessenverbände von Lohnabhängigen auf freiwilliger Basis zur Überwindung der Konkurrenz zwischen Lohnabhängigen und zur Wahrnehmung der aus ihrer Klassensituation resultierenden ökonomischen und sozialen Forderungen gegenüber Unternehmern und dem Staat, könnte es mit der Aufgabenstellung verträglich sein, wenn führende Leute aus der Spitze des Gewerkschaftsapparates auf Tagungen des Unternehmerlagers gewerkschaftliche Standpunkte zur gesellschaftlichen Entwicklung darlegen. Entscheidend bleibt dabei die erkennbare Bereitschaft, mit der Verwertungslogik des Kapitals zu brechen, wenn auch in der Alltagspraxis zeitweilig vertraglich fixierte Regelungen als Klassenkompromiß unumgänglich sind (Tarife).

Aus dem internationalen Konkurrenzkampf ergibt sich für Walter Riestler, zweiter Vorsitzender der IG Metall, ein »wachsener Widerspruch zwischen dem Zwang zur Kostensenkung und dem Ziel der Beschäftigungssicherung« (Seite 183). Allgemeiner gesprochen verkörpert sich darin ein »Gegensatz zwischen betriebswirtschaftlicher Rationalität und gesellschaftlicher Notwendigkeit« (Seite 184/185). Riestlers Vorschläge zielen aber nicht auf eine wenigstens langfristige Lösung, das »Was und Wie« der Produktion an gesellschaftlichen Erfordernissen auszurichten, sondern er schlägt kombiniert mit einem neuen Technikleitbild neue Produkte vor, mit denen neue Märkte zu erschließen und zu besetzen sind, bevor andere darauf kommen. Diesen Weg möchte er mit mehr Mitsprache der Beschäftigten bei der Gestaltung der betrieblichen Umbrüche beschreiten, auch die betriebliche Weiterbildung systematisieren, denn ohne neue Fertigkeiten keine neuen Produkte. Er hat sich dabei »fast völlig der Argumentation des Verbandes der Metallindustrie angeschlossen« (Seite 193), doch es läuft so, »daß die Qualifiziertesten Angebote bekommen, aber im unteren und mittleren Bereich kaum Weiterbildungsangebote gegeben werden« (Seite 201). Wozu auch in Arbeitskräfte investieren, die spätestens im nächsten Modernisierungsschub auf der Abschlußliste stehen. Betriebliche Rationalität heißt, Vergeudung vermeiden. Die beschleunigten Umstrukturierungsprozesse der letzten Jahre lassen Riestler keine andere Wahl, »sich in diesen Prozeß einzulassen, ihn im Interesse der Mitgliedschaft zu gestalten« (Seite 201), wobei sich in den Belegschaften eine Selektion in »Gewinner« und »Verlierer« herausbildet, immer jedoch das »Betriebsinteresse« gewinnt. Denn Riestler möchte vermeiden, »in die unmittelbaren Interessenlinien einzubrechen« (Seite 190).

Für die Rückkehr von Arbeitslosen ins Erwerbsleben plädierte Riestler für einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt, zitierte jedoch hinsichtlich der Einstellungsvoraussetzungen den gewerkschaftlichen Grundsatz »alles, was unter den tariflichen Mindestbedingungen ist, ist unakzeptabel« (Seite 187), mit unüberhörbarer Distanz. Doch die Gründe für diesen Grundsatz sind nur zu berechtigt: Soll nach vergeblicher längerer Arbeitsplatzsuche das vormalige Kündigungsoffer zur Strafe Einkommensverlust hinnehmen, einen zweitklassigen Beschäftigtenstatus einnehmen? Bedürfen die Einkommensausfälle während des Bezugs der Arbeitslosenunter-

Entwicklung der Nettogewinne* 1971 – 1994 Westdeutschland einschließlich Westberlin

	Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit in Mrd. DM			abzügl. kalkulatorischer Unternehmerlohn in Mrd. DM		
	nominal	real in Preisen von 1991	real 1971= 100	nominal	real in Preisen von 1991	real 1971= 100
1971	96,6	201,7	100,0	59,3	123,8	100,0
1972	100,5	198,9	98,6	60,3	119,4	96,4
1973	96,8	179,2	88,9	52,9	98,0	79,1
1974	95,0	164,4	81,5	47,5	82,2	66,4
1975	96,1	156,9	77,8	46,2	75,4	60,9
1976	114,4	178,7	88,6	62,5	97,6	78,9
1977	109,4	165,0	81,8	55,8	84,1	68,0
1978	131,3	192,8	95,6	74,9	110,0	88,8
1979	146,0	205,7	102,0	85,9	121,0	97,8
1980	136,1	182,0	90,2	72,8	97,3	78,6
1981	130,0	163,5	81,1	63,6	80,0	64,6
1982	121,7	145,5	72,1	52,5	62,8	50,7
1983	174,8	202,3	100,3	103,0	119,2	96,3
1984	194,0	219,3	108,7	119,0	134,5	108,6
1985	196,8	218,1	108,1	118,9	131,8	106,4
1986	227,4	252,2	125,1	145,1	160,9	130,0
1987	248,4	275,0	136,3	163,7	181,2	146,4
1988	276,3	301,9	149,7	187,6	205,0	166,4
1989	275,2	292,5	145,0	182,4	193,9	156,4
1990	327,7	339,2	168,2	226,1	234,0	189,0
1991	365,2	365,2	181,1	256,6	256,6	207,3
1992	359,3	345,5	171,3	243,5	234,1	189,1
1993	331,2	305,6	151,5	209,9	193,7	156,5
1994	397,4	356,0	176,5	271,3	220,4	178,0

*) Ohne Staat, Landwirtschaft, Wohnungsvermietung, Bundesbahn und Bundespost, ohne Vermögenseinkommen der privaten Haushalte.
Quelle: Berechnungen der Autoren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

aus: Görgens, H., Kapitalrentabilität bei derzeitiger Massenarbeitslosigkeit so hoch wie bei früherer Vollbeschäftigung, in: WSI-Mitteilungen 10/1995, S. 633ff.

stützung nicht eher einer Kompensation, um aufgeschobene Anschaffungen nachzuholen oder Schulden abzutragen? Entstehen bei Antritt eines neuen Arbeitsverhältnisses infolge erwünschter »Mobilität« nicht zusätzliche Kosten für den Anfahrtsweg, Arbeitsbekleidung, Verpflegung usw.?

»Unterdessen hat der zweite Vorsitzende der Gewerkschaft, Walter Riestler, (...) neue Vorschläge unterbreitet, wie das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit auch auf tarifpolitischem Wege bekämpft werden kann. (...) Nach den Vorstellungen Riestlers könnten bei eingestellten Langzeitarbeitslosen für eine befristete Zeit die Zahlung der tariflichen Leistungszulagen ausgesetzt werden.«

In der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie liegen die Leistungszulagen für Zeitlohnarbeiter je nach Tarifgebiet zwischen mindestens 13 Prozent und maximal 28 Prozent (Bayern). Damit würde der Einspareffekt für die Metallunternehmen noch höher ausfallen als in der Vorreiterbranche Chemie, in der Einstiegstarife von 90 Prozent für Langzeitarbeitslose vereinbart wurden. »Wer ein, zwei Jahre seine Fähigkeiten und Kompetenzen nicht beweisen durfte, tue

7 »Während, auf Basis der kapitalistischen Produktion, der Masse der unmittelbaren Produzenten der gesellschaftliche Charakter ihrer Produktion in der Form streng regelnder Autorität und eines als vollständige Hierarchie gegliederten, gesellschaftlichen Mechanismus des Arbeitsprozesses gegenübertritt, (...) herrscht unter den Trägern dieser Autorität, den Kapitalisten selbst, die sich nur als Warenbesitzer gegenüber treten, die vollständigste Anarchie, innerhalb derer der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion sich nur als übermächtiges Naturgesetz der individuellen Willkür gegenüber geltend macht.« Karl Marx, Das Kapital Band III, Seite 888, a.a.O

sich am Anfang oft schwer, so Riester« (Tagesspiegel vom 22.11.1995).

Wer dieser Logik folgt, stellt damit auch die sechswöchige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch den Betrieb infrage, wofür die IG Metall in Schleswig-Holstein 1956/57 ein Vierteljahr streikte. Denn ein Kranker tut gar nichts, gehört aber abrechnungstechnisch zum Lohnfonds, aus dem die Belegschaft bezahlt wird. Diese wiederum trägt Arbeitsausfälle durch ihre gesamte Arbeitsleistung mit. Ob Tarifnachlässe, ob Karenztage – der Lohnfonds nähme ab und die Mehrwertrate zu. Sind das die heilsamen Mitbringsel für leere Hoffnungen einer Neuauflage der Konzertierten Aktion, seit dem Berliner IGM-Kongreß »Bündnis für Arbeit« geheißen? Klang nicht etwas Realismus an in Riesters Aussage während des »Zukunftskolloquiums« im Sommer 1994: »Wir verhalten uns wie das berühmte Kaninchen vor der berühmteren Schlange. Die Schlange heißt Weltmarkt und Konkurrenz« (Seite 185). Daß Vegetarier Fleischfresser verspeisen, wäre allerdings neu.

Der dahinschmelzende Bestand an Vollzeitbeitsplätzen vor allem im industriellen Bereich läßt einer gegen diesen Trend gerichteten Betriebspolitik wenig Chancen,⁹ solange die Grundprinzipien kapitalistischen Wirtschaftens, das heißt effektivster Einsatz von Produktionsmitteln und Arbeitskräften zur Tauschwertoptimierung, bei den Gewerkschaftsvorständen und der breiten Mitgliedschaft trotz aller sozialen oder ökologischen Vorbehalte dennoch letztlich Akzeptanz finden. Eine gebrauchswertorientierte Produktion, die dem gesellschaftlichen Bedarf an nützlichen Produkten mit hohem Gebrauchswert entspricht und nachkommt, ist mit erheblich reduzierter gesellschaftlicher Arbeitszeitverausgabung und geringerem Rohstoffverbrauch längst machbar und überfällig. »Die Sache reduziert sich einfach darauf, daß die Gesellschaft im voraus berechnen muß, wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann, die wie Bau von Eisenbahnen z. B., für längere Zeit, ein Jahr oder mehr, weder Produktionsmittel noch Lebensmittel, noch irgendeinen Nutzeffekt liefern, aber wohl Arbeit, Pro-

⁹ Zum Verhältnis von Anlageinvestition und benötigten Arbeitskräften berichtet die Frankfurter Rundschau am 10.10.1995 über den Chemie-Standort Bitterfeld: Dort entstand, »befreit von Altlasten, in kürzester Zeit eine der weltweit modernsten Anlagen zur Herstellung von Wasserstoffperoxid. (...) Die Rohstoffe erreichen das gelb-blaue Rohrsystem, das künftige Umweltvorschriften bereits vorwegnimmt, über eine Pipeline aus Leuna. (...) In dem Komplex, in den 140 Millionen Mark gesteckt wurden, arbeiten gerade einmal 55 Leute.«

Die Beschäftigtenzahl des Elektroartikel und Kfz-Zubehör fertigenden Bosch-Konzerns in Deutschland verringerte sich im Zeitraum 1990 bis Mitte 1995 von 117.549 auf 92.500. Siehe Stuttgarter Nachrichten vom 30.6.1995.

Im Bankenbereich »befürchtet (die HBV) einen kurzfristigen Abbau von 100.000 der insgesamt noch rund 560.000 Arbeitsplätze. (...) Mit ihrem Forderungspaket hofft die HBV, 70.000 bis 80.000 Stellen sichern zu können. Schon nach dem geltenden Tarifvertrag, erläutert Vorstandsmitglied Klaus Carlin, seien Überstunden im Kreditgewerbe eigentlich nur in Ausnahmesituationen erlaubt. Dennoch würden jährlich rund 20 Millionen Stunden Mehrarbeit geleistet. Schon durch Abbau dieses Berges könnten 10.000 bis 12.000 Leute auf zusätzlichen Vollzeitstellen beschäftigt werden.« FR, 7.12.1995

⁹ Karl Marx, Das Kapital, Band II, Seite 316f, MEW 24, Berlin 1973/10 ders., Seite 465, a.a.O. Zum Heranreifen der materiellen Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft siehe insbesondere Abschnitt 2. Die Marxsche allgemeine Formel, ihre Entwicklung und ihre Voraussetzungen, in: A. Thalheimer, Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (1946), herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen.

duktionsmittel und Lebensmittel der jährlichen Gesamtproduktion entziehn. In der kapitalistischen Gesellschaft dagegen, wo der gesellschaftliche Verstand sich immer erst post festum (im nachhinein, d.R.) geltend macht, können und müssen so beständig große Störungen eintreten.«¹⁰ Muß das nicht wieder zu einem unflexiblen, undurchschaubaren System von Plankennziffern wie im untergegangenen (Früh-)Realsozialismus führen? »Diesem kann nur abgeholfen werden durch fortwährende relative Überproduktion; einerseits ein gewisses Quantum fixes Kapital, das mehr produziert wird, als direkt nötig ist; andererseits und namentlich Vorrat von Rohstoff etc., der über die unmittelbaren jährlichen Bedürfnisse hinausgeht (dies gilt ganz besonders von Lebensmitteln). Solche Art Überproduktion ist gleich mit Kontrolle der Gesellschaft über die gegenständlichen Mittel ihrer eigenen Reproduktion. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft aber ist sie ein anarchisches Element.«¹⁰

Sich den blind wirkenden Mechanismen des Produktionsausstoßes unabhängig voneinander produzierender Einzelkapitale unterzuordnen, heißt aber, sich ausliefern an zerstörerische Folgewirkungen eines nervösen Produktionssystems, das jede Absatzchance zur Umsatzförderung nutzen muß, oder bei Absatzflaute den Produktionsfluß verlangsamt.

Betriebspolitisch verliert dabei gewerkschaftlich verkörperte Gegenmacht außerhalb der Produktionsstätten rapide an Einfluß, wenn Belegschaften, sprich Arbeitskräfte und ihre Betriebssprecher, bei leergefegtem Arbeitsstellenmarkt ihr Wohl und Wehe von der Behauptung ihres Betriebes an unberechenbaren Märkten abhängig machen, das heißt den Produktionsfluß mehr oder weniger dem aktuell wirksamen Zufall überlassen müssen, von mittelfristigen konjunkturellen Einflüssen ganz abgesehen. Das Produkt bestimmt über den Produzenten!

Entsprechend nüchtern beschreibt Dr. W. Reitzle (Vorstand BMW) die Folgen für das unmittelbare Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit: »Mehr und mehr wird die Kompetenz zur Entscheidung über die konkreten Arbeitsbedingungen vom zentralen Tarifvertrag auf die betriebliche Ebene, auf eine Abstimmung zwischen Management und Betriebsrat verlagert. In gewisser Weise ist dies nur die Konsequenz der Tatsache, daß sich in jüngerer Zeit auf betrieblicher Ebene Betriebsräte und Unternehmensleitungen immer öfter souverän über tarifvertragliche Regelungen hinweggesetzt haben« (Seite 217).

Wenn an die Stelle unterlaufener Tarifstandards von Betrieb zu Betrieb, syndikalistische' Lösungen zwischen Unternehmer und Betriebsrat treten, erübrigen sich zentral geführte und ausgehandelte Regionalabschlüsse zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften für die betriebliche Praxis. Auf Erpressungen der Geschäftsleitungen kann der soziale Puffer Betriebsrat, auch wenn er seine Aufgabe ernst nimmt, nur mildernd reagieren. Es gibt zwar einen Tarifvertrag, aber die Betriebsvereinbarung sieht immer anders aus!

Der Streit im Unternehmerlager nach der Schlappe im Metallstreik in Bayern Frühjahr 1995 ist kein Streit nur um Personen, sondern ein Ringen um Konzepte, die in Zukunft ein einheitliches Vorgehen der Metall-Unternehmer weiterhin erlauben. Die Zurückhaltung der IGM-Führung in dieser Phase einer uneinigen, handlungsbeeinträchtigten Unternehmerfront, ja ihre Nullrundenangebote für die Zeit ab

1997, signalisieren deshalb die Bereitschaft zur Beibehaltung der alten »Geschäftsordnung« mit weiteren, **defensiven** Akzenten,¹¹ zum Beispiel Rücknahme des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Ob dieses Angebot zur »Frontbegrädigung« die gewerkschaftliche Abwehrkraft stärkt, ist zu

11 »VMN-Geschäftsführer Dietrich Kröncke sagte (...) in Hannover, es sei zwar zu begrüßen, daß Zwickel seiner Mitgliedschaft den Lohnstopp nahebringe und nicht mehr verhehle, daß zwischen hohen Tarifen und Arbeitslosigkeit ein ursächlicher Zusammenhang bestehe. Diese Einsicht komme jedoch zu spät. Jetzt gehe es nicht mehr um zusätzliche Arbeitsplätze, sondern um die Erhaltung der restlichen.« FR, 4.11.1995

12 »Wir bringen Opfer. Jetzt müßt ihr was tun. Was soll eine Gewerkschaft sonst noch machen?« IGM-Bezirksleiter Niedersachsen Jürgen Peters im Morgenprogramm des NDR IV gegen 8.35 Uhr am 24.11.1995. Die in derselben Sendung erfolgten Streikberichte aus Frankreich scheinen einen IGM-Funktionär nicht zu berühren.

■ DÄNEMARK

Zu wenig, um die Unzufriedenheit zu befriedigen

Zum Konflikt der dänischen Krankenschwestern im öffentlichen Dienst

Zu wenig, um die Unzufriedenheit zu befriedigen, aber genug, um den Kampfgeist aufrechtzuerhalten. So reagierten die dänischen Krankenschwestern, als sie im November 1995 erfuhren, daß die vom Parlament (Folketing) ernannte Schlichterin Mette Christensen, Richterin am Obersten Gericht, den Krankenschwestern eine Lohnsteigerung von 4,5 Prozent zuerteilt hatte.

Durch den einen Monat langen Streik von 7000 Krankenschwestern im Frühjahr (Arpo 2/1995), durch politische Massendemonstrationen, Straßenaktionen und eine Reihe spontaner Proteststreiks in verschiedenen Krankenhäusern im ganzen Land hatten die Krankenschwestern etwas herausgeholt. Sie hatten sich ein Prozent mehr erkämpft als die übrigen öffentlichen Angestellten bei der Erneuerung der Tarifabkommen in Frühjahr 1995.

Aber die Verbesserungen waren bei weitem nicht genug für die Mehrheit der Krankenschwestern. Während der Tarifverhandlungen und während des Streiks im Frühjahr verlangten die Krankenschwestern auf den Arbeitsplätzen Lohnerhöhungen von 15 Prozent. Die Gewerkschaft, Dansk Sygeplejeraad (DSR), hatte nicht direkt Zahlen genannt, bevor sie in die Verhandlungen eintrat, aber auch nicht sich offen gegen die Forderung von 15 Prozent ausgesprochen.

Während des ganzen Konfliktes war die Hauptverhandlerin der Krankenschwestern, Kirsten Stallknecht, unter starkem Druck von Seiten der Mitglieder. Die normalen Mitglieder – und die überwiegende Mehrheit der insgesamt circa 22.000 Krankenschwestern ist organisiert – hatten schon bei den Tarifverhandlungen des Jahres 1993 gezeigt, das sie die Lohnforderungen ernst meinten. 1993 lehnten die Mitglieder das Verhandlungsergebnis, daß die DSR-Kommission erreicht hatte, deutlich ab. Auf den Generalversammlungen der lokalen Gewerkschaften im Herbst 1994 wurden von den Mitgliedern überall Resolutionen mit Forderungen

bezweifeln. Jedoch der Opfer lassen sich offenbar noch viele darbringen.¹²

Der Verlust zentral ausgehandelter Flächentarife würde allerdings die Position der Beschäftigten als Klasse insgesamt weiter schwächen. Ein Flächentarifvertrag dämpft die Konkurrenz unter den Arbeitskräften. Von dieser Ebene abzurücken, hieße die materielle Basis für eine einheitliche Willensbildung preisgeben. Die Methode der vorausseilenden tariflichen Kapitulation ohne terminlich unausweichbare Rücksichtnahme auf »Tarifkommissare« der Mitgliedschaft, um die Autorität einer gegnerischen Verbandsspitze vor der eigenen Klientel zu stärken, lähmt und zersetzt noch vorhandenes gewerkschaftliches Potential. Die Erfahrung zeigt, daß die Masse der Mitglieder bis heute die Kraftprobe mit den Unternehmern aufzunehmen bereit war und nicht davor scheute.

20. Januar '96 ■

nach markanten Lohnsteigerungen bei den Tarifverhandlungen angenommen.

Dies war der Hintergrund dafür, daß der DSR-Hauptvorstand und die Vorsitzende im Frühjahr 1995 eine klarere und härtere Verhandlungstaktik wählten. Eine ganze Reihe anderer von Frauen dominierter Berufsgruppen auf dem Gesundheitsgebiet schlossen sich den Krankenschwestern an: Hospitalslaboranten, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Hebammen und Ökonomas (in Deutschland mit Haushälterin und Wirtschaftlerin in den Hospitälern vergleichbar).

Zusammen mit dem DSR lehnten die Gewerkschaften dieser Berufsgruppen den Vergleich ab, den die gemeinsame Verhandlungskommission der öffentlich angestellten Lohnempfänger (KTO und CFU) abgeschlossen hatte. Daher brachen die Tarifverhandlungen für alle diese Berufsgruppen im März 1995 zusammen. Die öffentlichen Arbeitgeber waren nicht ohne weiteres bereit, den Lohnrückstand der Frauengruppen auszugleichen. Sie wollten nicht einigen Berufsgruppen mehr geben als anderen; das würde zeigen, daß sich gewerkschaftlicher Kampfwille lohnen würde.

Die zusammengebrochenen Verhandlungen wurden danach in der Schlichtungsstelle weitergeführt. Die angekündigten Streiks wurden erstmal ausgesetzt, wie es den Traditionen des dänischen Arbeitsmarktes entspricht. In den Verhandlungen in der Schlichtungsstelle erreichten alle Gruppen, bis auf die Hospitalslaboranten und die Krankenschwestern, genügend große Zugeständnisse, um ein neues Tarifabkommen einzugehen.

Hier – und zum Teil schon bevor die Tarifrunde 1995 eingeleitet wurde – zeigten sich einige Unterschiede zwischen den alten, sozialdemokratisch geführten, Gewerkschaften und denen der Gesundheitsarbeiter. Während die alten Gewerkschaften verantwortlich handelten und sich von der (sozialdemokratisch geführten) Regierung in die Pflicht nehmen ließen, wollten die Gesundheitsarbeiter ihre lohnpolitischen Interessen durch gewerkschaftlichen Interessenkampf durchsetzen, das heißt, sie kündigten die Verantwortlichkeit auf. Die Krankenschwestern und die Gewerkschaft der Hospitalslaboranten (LAH) lehnten jedoch die Vorschläge als zu geringfügig ab, um einen Vergleich abzuschließen. Sie gingen in den Streik mit der Forderung



nach – für heutige Verhältnisse – bedeutenden Lohnerhöhungen.

Beide Berufsgruppen hatten sich gründlich auf einen Streik vorbereitet, der einerseits die Arbeitgeber so hart wie möglich treffen und andererseits nicht das Parlament zu einem politischen Eingriff provozieren sollte.

Diese Streiktaktik gelang. Der Streik wirkte, das Folketing unternahm erstmal nichts. Sowohl die Krankenschwestern wie die Hospitalslaboranten trafen Absprachen, so daß lebenswichtige Arbeit nicht vom Streik betroffen wurde; die Patienten sollten nicht ihr Leben riskieren, weil die öffentlichen Arbeitgeber zu niedrigen Lohn gaben.

Die Streikenden hatten viele Kräfte darauf verwendet, die Öffentlichkeit vor dem Streik auf einen Konflikt vorzubereiten. Durch umfangreiche Anzeigenkampagnen, Straßenaktionen, Flugzettel usw. hatten die beiden Gruppen der Bevölkerung klargemacht, daß ihr Lohn überhaupt nicht ihrer Ausbildung und der Verantwortung entsprach, den Krankenschwestern und Hospitalslaboranten in einem modernen Krankenhaus haben.

Chronik des Konflikts im öffentlichen Dienst Dänemarks

März

◆ Scheitern der Verhandlungen im öffentlichen Dienst

April

◆ Tarifabkommen, durchschnittlich 3,5 Prozent Lohnerhöhungen für alle Gewerkschaften; Krankenschwestern und Hospitalslaboranten lehnen ab

Mai

◆ Streik der Krankenschwestern und Hospitalslaboranten

Ende Mai

◆ Das Folketing setzt den Streik aus; Untersuchungsausschüsse werden eingesetzt

Oktober

◆ Die Untersuchungsergebnisse werden veröffentlicht; Verhandlungen bringen kein Ergebnis

November

◆ Schlichtungsanspruch: Krankenschwestern 4,5 Prozent Lohnerhöhung, aber Arbeitszeitverschlechterung; Laboranten 3,5 Prozent, aber keine Arbeitsverschlechterungen. 25.1.1996 ■

Meinungsumfragen zeigten denn auch, daß die Krankenschwestern breite Unterstützung für eine extraordinary Lohnsteigerung hatten. Die Unterstützung für die Lohnforderungen der Krankenschwestern war deutlich höher als die Unterstützung für andere öffentliche Angestellte wie etwa Volksschullehrer, Ärzte und Pädagogen.

Eine Umfrage zeigte, daß die Mehrheit der dänischen Bevölkerung der Meinung war, daß die Krankenschwestern eine größere Lohnerhöhung als andere Berufsgruppen haben sollten. Eine Mehrheit war sogar bereit, höhere Steuern für diesen Zweck zu bezahlen. Die breite Unterstützung trug sicher dazu bei, daß die sozialdemokratisch geführte Mitte-Links-Regierung einen Monat wartete, bis sie in den Streik eingriff. Als die Regierung Ende Mai ihren Vorschlag zur Beendigung des Konfliktes vorlegte, hatte der Streik so gewirkt, wie die Streikenden es wünschten. Die Krankenhäuser hatten eine lange Reihe geplanter Operationen nicht durchführen können. Die Wartelisten für Patienten mit nicht-akuten Krankheiten würde voraussehbar weiter anwachsen.

Da die Wartelisten wuchsen, wurde der Druck auf die Regierung größer. Die Regierung – und hier vor allem die Sozialdemokratie – hatte schon längere Zeit versucht, die Kreise, in deren Verantwortungsbereich in Dänemark die Krankenhäuser liegen, zu einer Verkürzung der Wartelisten zu verpflichten. Der Streik verhinderte jetzt diese Politik.

Mit dem Gesetzesbeschuß vom 24. Mai machte das Folketing dem Streik ein Ende. Nur die beiden linken Parteien, die Sozialistische Volkspartei und die Einheitsliste, protestierten und schlossen sich den mehr als 10 000 Krankenschwestern und Hospitalslaboranten an, die vor dem Folketing demonstrierten, als die Vorlage angenommen wurde.

Das Gesetz widerspiegelte die politischen Stärkeverhältnisse. Trotz der breiten Unterstützung waren die Krankenschwestern und Hospitalslaboranten in der Gewerkschaftsbewegung vergleichsweise isoliert. Sie fanden nicht genügend Unterstützung für den weiteren Kampf für die extraordinary Lohnanhebung, weder bei den Gewerkschaftsvorständen noch bei den gewerkschaftlich Aktiven in den Industriebetrieben.

Aber das Gesetz enthielt auch ein Zugeständnis an die Streikenden. Es ist normal in Dänemark, daß ein Gesetz, das die Tarife betrifft, entweder einen Schlichtungsvorschlag

zum Gesetz erhebt oder einen genauen Lohnrahmen festlegt. Das Gesetz gegen die Krankenschwestern und Hospitalslaboranten enthielt nichts von beiden.

Die Verhandlungsführer der zwei Organisationen hatten alle Versuche zu einem Schlichtungsvorschlag abgelehnt, diese Möglichkeit war also von vornherein ausgeschlossen. Das Gesetz war auch kein reines Lohndiktat. Das Gesetz bedeutete vielmehr, das zwei Ausschüsse eingesetzt wurden, die die Arbeit der Krankenschwestern bzw. Hospitalslaboranten analysieren sollten. Die Ausschüsse sollten die Entwicklung der Ausbildung, Verantwortung und Kompetenz analysieren und die Lohnentwicklung mit der anderer Berufsgruppen vergleichen. Die Ausschüsse sollten weiterhin Vorschläge ausarbeiten, wie die beiden Berufsgruppen zur Effektivisierung der Krankenhäuser beitragen könnten. Wenn beide Parteien sich auf einen Effektivisierungsvorschlag einigen könnten, dann würde das die Möglichkeit ergeben, den Lohnrahmen von 3,5 Prozent zu sprengen. Das Gesetz sah nämlich vor, das die Krankenschwestern das Recht hätten einen Anteil an einem eventuellen Effektivisierungsgewinn einzufordern.

Die Ausschubarbeit sollte bis zum 1. Oktober 1995 abgeschlossen sein, und danach sollten beide Parteien während des Monats Oktober verhandeln. Die Parteien hatten von vornherein 3,5 Prozent zur Verteilung. Dieser Grundbetrag konnte dann durch Effektivisierungsvorschläge erhöht werden.

Die Arbeit in den beiden Ausschüssen zeigte, daß die Lohnempfänger Recht hatten. Sowohl die Krankenschwestern wie die Hospitalslaboranten hatten einen niedrigeren Lohn als andere Gruppen öffentlicher Angestellter mit entsprechender Ausbildung und Verantwortung. Zwar hatten die beiden Gewerkschaften DSR und LAH langfristig in den vergangenen 25 Jahren Lohnverbesserungen erkämpft, die höher waren als die anderer Gruppen öffentlicher Angestellter. Aber diese Steigerungen waren bei weitem nicht ausreichend um ernstlich das Grundproblem zu lösen, das nämlich diese beiden Frauengruppen historisch gesehen niedrig eingestuft sind.

Die Krankenschwestern überließen es den Arbeitgebern, Effektivisierungsvorschläge zu formulieren. Die Taktik war, den höchst möglichen Preis für die am ehesten akzeptablen Arbeitgebervorschläge zu nehmen. Die Hospitalslaboranten lehnten von vornherein die Effektivisierungsvorschläge der Arbeitgeber ab – diese bezogen sich vor allem auf verschlechterte Arbeitszeitregelungen. Die Hospitalslaboranten benutzten daher die Ausschußberatungen, um ihre eigenen offensiven Vorschläge vorzulegen. Diese arbeiteten vor allem aus, wie die Berufsgruppe durch Mitbestimmung, gewerkschaftliches Engagement und Initiative den Laboratoriumsservice der Krankenhäuser verbessern und effektiver gestalten könnte.

Als die Verhandlungen am 1. Oktober anfangen, waren die Arbeitgeber jedoch nicht bereit, das Problem der dokumentierten Lohnunterschiede aufzugreifen, und das offensive Angebot der Hospitalslaboranten zur Effektivisierung wurde total abgelehnt. Statt dessen konzentrierten sich die Arbeitgeber darauf, die Verhandler der Krankenschwestern unter Druck zu setzen und Verschlechterungen in bezug auf die Bestimmungen zur Arbeitsorganisation zu akzeptieren.

Die Arbeitgeber wünschten, den Krankenschwestern einen Arbeitstag bis zu 13 Stunden vorschreiben zu können.

Sie wünschten weiterhin Absprachen über wöchentliche Arbeitszeiten, die über die tariflich gesicherten 37 Stunden hinausgingen. Ein wesentlicher Punkt in ihren Vorstellungen war, daß sie die Ausbezahlung von Überstunden diktieren konnten (statt wie bisher Freischichten). Viele Krankenschwestern haben viele Überstunden, weil ausgebildete Krankenschwestern eine Mangelware sind.

Mit dieser Einstellung der Arbeitgeber konnten weder die Krankenschwestern noch die Hospitalslaboranten ein Verhandlungsergebnis erreichen. Daher wurden die neuen Tarifabkommen von der Schlichterin diktiert. Die Schlichterin nahm jedoch an den abschließenden Verhandlungen teil, bevor sie ihren Spruch veröffentlichte.

Der Spruch spiegelte die Verhandlungsfronten wider. Die Krankenschwestern mußten u. a. gewisse, begrenzte Verschlechterungen in der Arbeitszeitregelung akzeptieren. Sie bekamen dafür eine extra Lohnerhöhung von cirka einem Prozent. Die Laboranten, die noch kategorischer als die Krankenschwestern Verschlechterungen der Arbeitszeitregelung abgelehnt hatten, kamen um diese Verschlechterungen herum. Sie mußten sich allerdings dann mit einigen kleineren Verbesserungen begnügen, die innerhalb des Lohnrahmens von 3,5 Prozent lagen.

Die Krankenschwestern und Hospitalslaboranten reagierten negativ auf den Spruch der Schlichterin. Am deutlichsten war die Reaktion bei den Hospitalslaboranten: Ihre »wilden« Streiks gingen mehrere Tage länger über den Schiedsspruch hinaus.

Aber die Wut und Unzufriedenheit sind nicht in Mißmut und Resignation umgeschlagen. Im Gegenteil bereiten beide Berufsgruppen sich schon jetzt auf die Tarifverhandlungen 1997 vor. So hieß es in einer Resolution der Krankenschwestern eines Kopenhagener Hospitals unmittelbar nach dem Schiedsspruch: »Der Kampfgeist von 1995 wird noch stärker werden, und die Fackeln für einen besseren Lohn werden nicht gelöscht, bevor unser Ziel erreicht ist: ein ordentlicher Grundlohn für alle«.

Oder wie die Krankenschwestern eines Aarhuser Hospitals sich ausdrückten: »Wir kommen 1997 mit erneuerter Kraft und reicheren Erfahrungen zurück, um die Lohnstrategie weiterzuführen, die wir als Berufsgruppe ausgearbeitet und in die Tarifverhandlungen 1995 eingebracht haben«.

Es ist noch eine Frage, wie sich dies wirklich entwickelt. Eines der Probleme ist hier, daß der DSR in den vergangenen Jahren das ungelernete Pflegepersonal (Krankenhelfer) von den Arbeitsplätzen verdrängt hat. Die Krankenhelfer können jetzt aber – und haben zum Teil schon – eine weiterführende Ausbildung bekommen, die es ermöglicht, daß sie Krankenschwestern teilweise ersetzen können. Der DSR hat in den letzten 10 bis 15 Jahren eine ausgeprochen berufsegoistische Ausgrenzungspolitik geführt, die nur zum Teil auf die veränderten Bedingungen in den Krankenhäusern zurückzuführen sind (die Patienten liegen heute kürzer in den Krankenhäusern als noch vor einigen Jahren). Der DSR hat Umnormierungen von Krankenhelfern auf Schwesternstellungen durchgesetzt, Stellungen, die dann nicht besetzt werden konnten, weil es nicht genügend Krankenschwestern gibt.

Die Konflikte zwischen Krankenschwestern und Krankenhelfern können von den Krankenhausleitungen ausgenutzt werden, werden vermutlich 1997 eine Rolle spielen, wenn sich DSR und FOA (Gewerkschaft der öffentlichen

Angestellten) nicht vorher absprechen werden, das heißt, daß der DSR seine beinharte Ausgrenzungspolitik aufweicht und Umnormierungen zugunsten der Krankenhelfer zustimmt. Dies würde es dann FOA erleichtern, den größeren Lohnerhöhungen für die DSR-Mitglieder zuzustimmen.

Im Mai 1996 werden sowohl die Krankenschwestern und Hospitalslaboranten neue Gewerkschaftsvorsitzende wählen. Die Tarifverhandlungen 1997 werden der Zeitpunkt sein, wo die neuen Vorsitzenden zeigen sollen, daß sie den ausgesprochenen Kampfwillen und die Kampferfahrungen der letzten Jahre in Handlung umsetzen können. Aber es scheint, als ob sich hier im Ansatz doch recht bedeutungsvolle Unterschiede zwischen DSR und LAH ergeben.

DSR hat sich gewerkschaftspolitisch radikalisiert, das heißt, die Krankenschwestern haben überhaupt erst ein gewerkschaftliches Bewußtsein entwickelt; es sind nicht mehr die Krankenschwestern von früher, sondern es ist eine neue Gruppe, die bereit ist, für ihre Rechte zu kämpfen, aber noch nicht verstanden hat, das Rechte auch politisch erkämpft werden müssen. Zwar haben Kommunisten seit längerem starken Einfluß in den Lokalabteilungen in Kopenhagen und Aarhus, aber die bisherige Verbandsvorsitzende war jahrelang Mitglied der Konservativen Partei. Die KP-Fraktion versuchte vor sieben Jahren, ein Mitglied in den Hauptvorstand zu wählen, wurde aber abgeschmettert. Die linke Gruppierung hat aber inzwischen den zweiten Vorsitzenden im Verband, und diese Kollegin stellt sich im Frühjahr für den Vorstand auf. Es wird kaum eine parteipolitische Wahl werden, aber allgemein ist es so einzuschätzen, daß sich der Verband tatsächlich politisiert.

Es handelt sich dabei erstmal um einen gewerkschaftlichen Links«block«, der sich auf die alten KP-Gruppen stützen kann, aber anscheinend eine breite Unterstützung für seine gewerkschaftlichen Forderungen hat. Wohl gibt es auch eine sozialdemokratische Fraktion im Verband, aber diese ist bisher nicht sehr stark, hat nur eine Landesorganisation und keine Lokalabteilungen.

Beim LAH sieht die Entwicklung anders aus. Hier wurde schon vor etwa zehn Jahren ein linker Vorstand gewählt, der seither eine politische Arbeit im Verband entwickelt hat, der LAH gehört insgesamt zu den linken Gewerkschaften. Das zeigte sich auch in den Verhandlungen, hatte aber auch seine Ursache in den etwas anderen Arbeitsbedingungen, die die Solidarität stärken, und weiterhin darin, daß der LAH ein kleiner Verband ist. Das bedeutete u.a., daß der LAH seit einigen Jahren – und verstärkt nach den Streiks 1995 – größeres Gewicht auf die Zusammenarbeit mit den anderen Gewerkschaften legt (auf Vorstandsebene war es zu einer gewissen Zusammenarbeit gekommen) und sich auch der Bedeutung des Kampfes gegen die Privatisierungen bewußt war. Zwar wurde dies aus dem Konflikt herausgehalten, aber die Laboranten sind sich der Gefahren der Privatisierung, wie sie sich u.a. schon in Schweden und Deutschland gezeigt haben, durchaus bewußt. Aber dieses Moment in die Auseinandersetzungen 1995 mit hineinzunehmen, hätte nur die Koordination mit den anderen Gewerkschaften gestört.

11. Februar '96 ■

■ SCHWEDEN

Streik im Gesundheitswesen

Der längste Streik in der Geschichte des Gesundheitswesens in Schweden endete für die Beschäftigten mit einer Enttäuschung: *»Jetzt sind wir nur noch wütend. Man fragt sich, wozu wir 7 Wochen gestreikt haben. Die Gewerkschaft wurde zu diesem Abschluß gezwungen.«* *»Das Schlimmste ist, daß die Vereinbarung über 5 Jahre läuft.«* Und: *»Unsere Gewerkschaft hat zu früh klein beigegeben.«* So zitierte die bürgerliche Tageszeitung Dagens Nyheter am Tag nach dem Abschluß der Tarifverhandlungen in der Pflege Kolleginnen und Kollegen aus den Krankenhäusern.

Ihre Forderungen waren: 22 Prozent Lohnerhöhung innerhalb von drei Jahren, also eine Annäherung der Löhne im Pflegebereich an das Lohnniveau im öffentlichen Dienst. Das Ziel war, die Lohndiskriminierung aufzuheben. In den letzten Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege weiter verschärft, ohne daß die relativ niedrigen Löhne in diesem Bereich, in dem überwiegend Frauen beschäftigt sind, angehoben worden wären.

7 Wochen lang wurde für diese Forderung gestreikt. Die Unterstützung der Öffentlichkeit war nach Einschätzung der Kolleginnen und Kollegen groß, es fand sogar ein Solidaritätsstreik der Elektrikergewerkschaft statt. Durchschnittlich beteiligten sich ca. 7000 Menschen am Streik im Gesundheitswesen, in über 200 Betrieben und Einrichtungen und im ganzen Land.



»Der dritte Mann war gegen uns. Die Presse hat das Gerücht verbreitet, daß wir die Versorgung von Kranken nicht aufrechterhalten könnten«, sagt eine Krankenschwester. In der Tat: In der Presse war viel vom *»Chaos in den Krankenhäusern«* die Rede, wenig war über das Anliegen der Beschäftigten zu erfahren.

Das Ergebnis des Streiks ist vorläufig: Im Rahmen einer Lohnspanne sollen lokale Vereinbarungen ausgehandelt werden. In den nächsten drei Jahren sollen die Löhne im Schnitt um etwas weniger als 13 Prozent angehoben werden. Ebenfalls nach Streiks wurde in den anderen Kommunalen Ein-

richtungen Lohnerhöhungen von 10 – 12 Prozent in drei Jahren erreicht. Diejenigen Beschäftigten, die bereits mehrere Jahre in den Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen beschäftigt sind, erhalten höhere Lohnsteigerungen, so daß neu ausgebildete Beschäftigte nahezu keine Reallohnerhöhung erhalten werden.

Die Vorsitzende der Gewerkschaft der GesundheitsarbeiterInnen sagte dazu: »Ich sehe das Ergebnis nicht als Mißerfolg. Es gibt gute Seiten an dieser Vereinbarung...« Dennoch erwartet Dagens Nyheter, daß die Vorsitzende von ihren Mitgliedern »Prügel beziehen« wird. Von den 80 Delegierten des Sonderkongresses der Gewerkschaft haben 22 dem Schlichtungsspruch nicht zugestimmt. Vier Distrikte waren gegen die Einigung und für eine Fortsetzung des Streiks. Die KollegInnen, die in Dagens Nyheter interviewt worden sind, erwarten zum Teil »eine Spaltung der Gewerkschaft«. Allerdings wird momentan auch erwartet, daß eine Kündigungswelle auf die Krankenhäuser zukommt.

Hintergrund der Auseinandersetzungen allgemeiner Art ist die Auseinandersetzung um verschiedene Bestandteile des Lohnes.

Einerseits: Wie in anderen europäischen Ländern gibt es auch in Schweden einen begleitenden Angriff auf die Soziallöhne. Die Sozialdemokratische Regierung macht sich zur Zeit dadurch unbeliebt, daß sie die Politik der Kürzungen, die die konservative Regierung Anfang der 90er Jahre massiv begonnen hatte, unvermindert fortsetzt. Zum 1.1.96 wurde die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und das Arbeitslosengeld auf 75% des (letzten) Lohnes gesenkt (bis vor einigen Jahren lagen die Lohnersatzleistungen bei 90%). Entgegen der Wahlversprechen wurden die fünf Karenztage bei Erwerbslosigkeit und ein Karenztag bei Krankheit nicht abgeschafft. Außerdem gab es Kürzungen beim Kindergeld und eine Verschärfung der Möglichkeit des Entzugs des Arbeitslosengeldes bis zu 90 Tagen bei der Weigerung, eine angebotene Arbeit anzunehmen. Entgegen hoffnungsvoller Prognosen in der Mitte des Jahres 1995 wird die Erwerbslosigkeit 1996 wohl nicht sinken. Sie liegt z.Zt. bei offiziell 8-10 Prozent, zählt man Arbeitsbeschaffung und statistische Tricks dazu, liegt sie bei mehr als 15 Prozent.

Andererseits: Es fällt auf, daß vor allem Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst im Moment in tariflichen Streikbewegungen in Schweden aktiv sind.

Die Zunahme von legalen Streiks hat den Vorsitzenden der Angestelltengewerkschaft (SACO) veranlaßt, während des Konflikts im Gesundheitswesen zu fordern, »ein neues System einzuführen, um Streiks zu verhindern.« Damit meint er, eine Expertenkommission solle Löhne diskutieren und festlegen. Wilde Streiks sollten stärker bestraft werden.

Im Grundsatz geht es in den Auseinandersetzungen wie anderswo in Europa auch darum, einen grundlegenden Angriff des Staates und der Arbeitgeberverbände auf Löhne und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Mehr Flexibilität und niedrigere Tarifabschlüsse werden gefordert. Die zentralen Verhandlungen sollen zugunsten individueller und regionaler Lösungen nach deutschem Modell (!) abgelöst werden.

Dies hat auch der Gewerkschaftsdachverband (LO) akzeptiert. Wie anderswo auch, sieht die LO darin die Möglichkeit von Demokratisierung und Innovation. Von der solidarischen Lohnpolitik wird damit Abstand genommen. Der Streikenden im Gesundheitsbereich sind dagegen gerade mit der Forderung nach Gleichheit der Löhne und Belastungen

angetreten. Die hohe Mobilisierung der Beschäftigten und die Konflikte innerhalb der Gewerkschaft nach dem Abschluß lassen (von außen gesehen) vermuten, daß die Konflikte um das zukünftige »Schwedische Modell« noch nicht zu Ende sind.

Januar '96 ■

■ GROSSBRITANNIEN

Zehn Jahre nach dem Druckerstreik eine neue sozialistische Partei?

Vor dem Eingang des feinen Sport-Hotels in London verteilen einige Trotz-kisten Flugblätter für eine neue sozialistische Arbeiterpartei. Eine Unterstützung für den britischen Bergarbeiterführer Arthur Scargill von einer Seite, mit der er eigentlich nichts zu tun haben möchte.

Die da am Abend des 27. Januar das Hotel betreten, sind im wesentlichen gesetzte ältere Herren und – in der Minderzahl – auch Damen und bis auf ein, zwei Ausnahmen von weißer Hautfarbe. Sie sind weder so bürgerlich, wie es das von ihnen frequentierte Hotel nahelegen würde, noch so radikal links, wie es die Flugblattverteiler erhoffen mögen. Es sind überwiegend ehemalige Drucker, Setzer und sonstige Angehörige des Graphischen Gewerbes, die vor zehn Jahren von 1985 bis 1986 den fast einjährigen Streik der »Fleet Street« gegen den Verleger Rupert Murdoch und die damalige Thatcher-Regierung führten (siehe hierzu Arpo Nr. 2/1986 und ausführlich Nr. 2/1987).

Für dieses denkwürdige Jubiläum wurden 800 Eintrittskarten verkauft; hätte man größere Säle finden können, hätte man leicht auch die doppelte Anzahl loswerden können. So groß ist das Bedürfnis der nun in die Jahre gekommenen GewerkschafterInnen, sich mit ihren FreundInnen und KollegInnen von damals zu treffen und auszutauschen. Die Fleet Street, das klassische Londoner Zeitungsviertel von einst, war nie eine Domäne der jungen Leute gewesen: hier galten



stets die günstigsten Tarifverträge, und über ihr Besetzungsrecht sorgten die Gewerkschaften dafür, daß nur verdiente, ältere Mitglieder diese Jobs bekamen. Und so sind viele der Jubilare jetzt Rentner, und diejenigen, die noch zu jung für den Ruhestand sind, haben sich am Ende ihres Kampfes eine Stelle irgendwo anders suchen müssen - manches Mal härtere und schlechter bezahlte Arbeit, zum Beispiel bei einem Taxiunternehmen oder einer Spedition.

Im größten Saal des Hotels ist ein Buffet vorbereitet; dieser Teil und die Band, die bis zum frühen Morgen spielen wird, sind im Eintrittspreis von zehn Pfund enthalten; Getränke gehen extra. Für die meisten wird es kein billiger Abend. An einer großen Leinwand wird ein Videofilm mit Bildern vom Wapping-Streik gezeigt, aber nur wenige sehen hin. Nach dem Essen, das die meisten schnell verschlingen, spendiert man einander Drinks und redet vor allem miteinander. Die meisten der hier Versammelten, so scheint es, hatten sich in den letzten Jahren vollständig aus den Augen verloren und sind nun augenscheinlich beglückt, die Freunde und Mitkämpfer von einst wiederzusehen und vor allem zu hören und einander zu erzählen, was ihnen in der Zwischenzeit alles widerfahren ist.

Das bekommt auch die politische Prominenz zu spüren, die allerdings so zahlreich nicht vertreten ist. Immerhin ist Tony Benn gekommen, unbestrittenes Symbol der Labour-Linken. Ihm stehen Mikrophon und Lautsprecher zur Verfügung, aber das Hintergrundgeräusch der sich unterhaltenden Veteranen kann er selbst dann nicht übertönen, als diejenigen, die ihm zuhören, mit Rufen und Zischen für Ruhe zu sorgen versuchen. Er ist ein weiser Mann und gibt nach fünf Minuten mit freundlicher Miene auf, nachdem er kluge Worte über den damaligen Kampf und dessen Lehren gesagt hat. Aber den Anwesenden ist nicht nach Kämpfen und politischen Perspektiven zumute. Sie wissen sich auch ohne langes Reden mit Tony Benn und den meisten anderen Linken in der Arbeiterbewegung darin einig, daß es bei den nächsten Unterhauswahlen darum geht, die Konservative Partei loszuwerden, und daß dahinter alles andere zurückstehen muß.

Deshalb erntet der im übrigen von allen hochgeschätzte Arthur Scargill keinen Beifall - von wenigen Ausnahmen abgesehen - für seinen Austritt aus der Labour Party und seine Ankündigung, eine neue, sozialistische Labour Party gründen zu wollen. Solange die Tories nicht geschlagen sind, so der Eindruck, ist die Auseinandersetzung mit der Politik von Labour unter Tony Blair kein entscheidendes Thema für diese Arbeiter.

Indem sie ohne jede Rücksicht auf die Kosten 1984/85 die britischen Bergarbeiter und gleich anschließend die Beschäftigten der »Fleet Street« niederzuschlagen suchte, hoffte die Thatcher-Regierung und mit ihr die britische herrschende Klasse, der britischen Arbeiterbewegung die entscheidenden Zähne gezogen zu haben. Aber die Kette der Auseinandersetzungen riß in Wirklichkeit niemals ab: Es folgten die Poll-Tax-Kampagne, der Streik der Beschäftigten bei British Rail in London, ein landesweiter Guerilla-Kampf der Ingenieure und andere Auseinandersetzungen - wie der seit Monaten andauernde Kampf der Hafentarbeiter in Liverpool. Und auch die Veteranen, die da am 27. Januar zusammenkamen, erweckten zu keiner Zeit den Eindruck eines geschlagenen Haufens, auch wenn der eine oder andere alte Wunden leckte.

9. April '96 ■

■ SACHSEN-ANHALT

Der industrielle Abbau geht hemmungslos weiter

Entgegen allen Beteuerungen der offiziellen Politik in Bonn schreitet die Deindustrialisierung in Ostdeutschland weiter voran. Selbst die von Kohl immer wieder beteuerte Erhaltung wichtiger industrieller Kerne erweist sich immer mehr als hohle Worthülse. Bestes Beispiel dafür ist die wirtschaftliche Situation in Sachsen-Anhalt. Mit mittlerweile 18,8 Prozent hat Sachsen-Anhalt die höchste offizielle Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Mit AB-Maßnahmen und Umschulungen werden knapp 25 Prozent erreicht, wobei Vorruhestand und Altersübergangsgeld nochmals ca. 5 Prozent der Erwerbspersonen umfaßt; die tatsächliche Arbeitslosigkeit also bei ca. 30 Prozent liegt.

Seit Beginn dieses Jahres sind die lokalen Wirtschaftsseiten der Regionalpresse wieder voll von Hiobsbotschaften. Nachdem im Herbst das Privatisierungskonzept des Schwermaschinenbau SKET Magdeburg für gescheitert erklärt wurde, beschloß der Aufsichtsrat im Einvernehmen mit der Treuhandnachfolgeeinrichtung BVS und dem Wirtschaftsministerium des Landes ein neuerliches Sanierungskonzept und den Abbau der Arbeitskräfte von 2.000 auf 1.500, obwohl ursprünglich die Arbeitskräftezahl von 2.000 als absolute Untergrenze ausgehandelt wurde. Die mehrfachen Protestaktionen der Belegschaft brachten lediglich eine Verminderung des ursprünglichen Abbauzieles der Arbeitsplätze - für wie lange, wird sich zeigen. Mit der Schließung der Sparte Kranbau und sämtlicher Konstruktionsbüros wird dieser Betrieb weiter amputiert. Eine selbständige Entwicklung von Produkten ist kaum noch möglich. Ein möglicher Käufer des noch in der Hand des Bundes sich befindenden Unternehmens soll sich so angeblich leichter finden.

Noch schlimmer trifft es die Magdeburger Armaturenwerke (MAW), welche an die Deutsche Babcock AG Oberhausen privatisiert wurden. Sie sollen nun Ende 1996 endgültig geschlossen werden. Die letzten 400 von einstmalen 2.000 Arbeitsplätzen stehen vor dem Aus.

Seit Herbst vergangenen Jahres steht nun auch die Vorzeigeprivatisierung Rundfunk- und Fernsehtechnik Staßfurt (einstmals der führende Fernsehhersteller der sozialistischen Länder - 550.000 TV-Geräte Jahresproduktion 1989) auf der Kippe. Dieser Betrieb war auf Grund seines hohen Exportanteils in den siebziger und achtziger Jahren mit den immer knapper werdenden Investitionen relativ gut bedacht. So zählte der Betrieb zur »Wende« 1989 nicht zu den in westlichen Medien so viel beschworenen Industriemuseen der DDR. Trotz der führenden Stellung als TV-Produzent im RGW-Bereich - und in der DDR sowieso - brachte die Währungsunion auch hier erhebliche Einbrüche. Jedoch nicht der Binnenmarkt brachte den Betrieb in die Verlustzone (im 2. Halbjahr 1990 konnte man noch eine positive DM-Bilanz vorweisen), sondern der mit dem Wegfall des Verrechnungsrubels 1991 fast vollständig zusammengebrochene Ostmarkt, insbesondere in der Sowjetunion.

Um diesen Ostkonkurrenten unter Kontrolle zu bekommen, versuchten mehrere Elektronik-Konzerne bei RFT einzusteigen. Doch sowohl der finnische Konzern Nokia wie die Südkoreaner von Samsung zogen sich wieder zurück, nach-

dem man in Lohnfertigung die Marke »Grätz« und sog. No-Name Geräte produzierte. Hinzu kam die allgemeine Krise auf dem Sektor der Unterhaltungselektronik 1992. Eines hatte man mit den »Kooperationen« jedoch erreicht, der potentielle Konkurrent aus dem Osten wurde zu erheblichem Personalabbau gezwungen und somit in Bereiche der Forschung und Entwicklung sowie bei qualifizierten Facharbeitern erheblich geschwächt. Vorher hatte man schon das gesamte Vertriebsnetz mit rund 650 Filialen abgetrennt und privatisiert. Mitte 1992 plante die Treuhand die Schließung. Von den einstmalig 3.000 Beschäftigten waren noch knapp 1.000 im Betrieb beschäftigt.

Der Vorstand unter Leitung des westdeutschen Managers Hengstmann unterbreitete der Treuhand ein neues Konzept zur Privatisierung. In Verhandlungen mit dem Zentralverband der Elektrohandwerke sollte eine Beteiligungs-GmbH von Handels- u. Handwerksbetrieben gebildet werden. Das Konzept sah vor, die Händler und Servicebetriebe über die Beteiligungen am erfolgreichen Vertrieb zu interessieren. Gleichzeitig wurden Teile der Entwicklung wiederbelebt und eine eigenständige Produktpalette von TV-Geräten und Satellitenempfangsanlagen der mittleren und höheren Preiskategorie entwickelt, welche auf den Funkausstellungen 1993 und 1995 eine rege Nachfrage erfuhren. Nur mit diesem Konzept, der Verbindung von hochwertigen Produkten mit Vertrieb und Service, versprach man sich, gegenüber der Konkurrenz aus Fernost standzuhalten.

Nach fast zweijährigen Verhandlungen kam schließlich der Privatisierungsvertrag im Frühjahr 1994 zustande. 3750 Handels- und Handwerksbetriebe wurden für die Beteiligungs-GmbH gewonnen. Sie übernahmen 49 Prozent der Anteile an der RFT AG, weitere 49 Prozent übernahm die landeseigene Nord/LB, welche auch die gesamte Finanzierung über ein Bankenconsortium (Deutsche Bank, Dresdner Bank und Comerzbank) erbringen soll, 2 Prozent gingen an Handelsverbände. Die ca. 70 Mio DM Fremdkapital, welches die Banken einbringen, werden über eine Bundes- u. Landesbürgschaft abgesichert. Von den noch 780 Mitarbeitern im Frühjahr 1994 sollen 650 übernommen werden, wobei 500 von der Treuhandanstalt über Vertragsstrafen in Höhe von 24.000 DM je Arbeitsplatz abgesichert wurden.

Umfangreiche Investitionen wurden 1994 und 1995 durchgeführt. Fast völlig neue Fernsehfließstrecken und Automaten sind installiert worden. Die Bestückung der Fernsehgeräte wird so zu 80 Prozent maschinell und zu 20 Prozent manuell erfolgen. Zu DDR-Zeiten betrug das Verhältnis 30 Prozent maschinell, 70 Prozent manuell. Parallel zu diesen Investitionen entwickelte die von 300 auf 35 KollegInnen geschrumpfte Entwicklungsabteilung eine neue Gerätegeneration. Der Marktanteil in Ostdeutschland wuchs wieder auf ca. 10 Prozent (zu DDR-Zeiten 75 Prozent). Der Umsatz liegt seit 1993 bei 70 Mio DM mit steigender Tendenz.

Nach einer erfolgreichen Teilnahme an der Internationalen Funkausstellung im August 1995 in Berlin schien das Überleben von RFT erstmalig gesichert. Der Umsatz ist inzwischen auf 90 Mio DM gestiegen. Aufgrund der Verluste von 1995 50 Mio. DM beauftragte die Nord/LB eine Beratungsfirma mit der Erstellung einer weiteren betriebswirtschaftlichen Analyse. Nach mehreren Monaten der »Untersuchung« mit einem Kostenaufwand von 1 Million DM kam die Wirtschaftsberatungsfirma GEBRA zu dem, für nahezu alle Beteiligten, überraschenden Ergebnis, das nur noch ein Konkurs-

verfahren, d.h. die ostdeutsche Variante »Gesamtvollstreckung«, eine Chance für die Erhaltung, eines nun wiederum geschrumpften Kerns des Betriebes, bieten könnte. Offensichtlich geschah dieses Vorgehen auf Druck der kreditführenden drei westdeutschen Großbanken unter Führung der Deutschen Bank, die umgehend alle noch ausstehenden Kreditierungen und Investitionszuschüsse in Höhe von 17 Mio. DM, von 1994 vereinbarten 200 Mio. DM, sperrten. Das Verfahren der Gesamtvollstreckung wurde umgehend eingeleitet, 350 der nun noch verbliebenen 450 Mitarbeiter zum Arbeitsamt geschickt.

Sie warten nun schon fast 100 Tage auf die Zahlung von Konkursausfallgeld, dessen Auszahlung der eingesetzte Sequester Eichel bisher nicht zustande brachte. Eichel setzte zunächst den führenden Mitarbeiter der Unternehmensberatung GEBRA, Wittecker, als Geschäftsführer für die Phase der Gesamtvollstreckung ein. Zur Zeit läuft ein sogenanntes Überbrückungskonzept, bei dem ca. 100 Beschäftigte in Lohnfertigung Fernsehgeräte für einen Billiganbieter fertigen. In diese Richtung scheint auch das »Lösungskonzept« der Monopolspieler aus den Banketagen zu laufen. Ihr Ziel ist es – in wessen Auftrag, bleibt ihr Geheimnis – RFT Staßfurt auf das Niveau einer verlängerten Werkbank herunterzufahren, d. h. weitere eigene Produktentwicklungen und Serviceleistungen zu verhindern und das ursprüngliche Konzept der Beteiligung von Händlern und Handwerkern zu zerschlagen. Nach Aussagen des Betriebsratsvorsitzenden, Waldemar Fenske, werden diese Mittelständler immer unruhiger, weil der Verkauf und Service der hochwertigen RFT-Markengeräte nur noch aus Lagerbeständen erfolgen kann. Lange können sie sich, auch aus eigenen betriebswirtschaftlichen Zwängen, nicht mehr beteiligen. Auch wenn halbjährlich keine Neuentwicklungen auf den Markt kommen, hat sich nach Einschätzung der Fachhändler der Versuch mit RFT erledigt.

Die Belegschaft hat die Entwicklung der letzten Wochen nicht kampflos hingenommen. Der Betriebsrat ist sehr bemüht um den Zusammenhalt der Kolleginnen und Kollegen, die noch im Werk arbeiten und derer, die die bereits auf der Straße stehen, die aber, so lange das Verfahren der Gesamtvollstreckung läuft, nicht endgültig in die Arbeitslosigkeit entlassen werden können.

Vor dem Werkstor steht kontinuierlich eine Mahnwache von bis zu 10 KollegInnen. Mit mehreren Transparenten am Werkszaun wird auf die Lage aufmerksam gemacht. In einem alten Armeezelt der NVA und einem Camping-Zelt werden interessierte Besucher von den Kollegen aus dem Betriebsrat und der IG Metall umfassend informiert. Mit mehreren Protestveranstaltungen wurde versucht, die Öffentlichkeit auf diesen Fall aufmerksam zu machen. Am 20. März führten die KollegInnen eine Protestaktion im sachsen-anhaltinischen Wirtschaftsministerium durch und zwangen den zuständigen Minister Schucht (SPD), in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen. Schucht, als langjähriger führender Treuhandmanager mitverantwortlich für die Kahlschlagsanierung der ostdeutschen Industrie, hat in seiner einjährigen Amtszeit einen legendären Ruf für seine überheblichen Gebaren und Äußerungen erworben. U. a. bezeichnete er auf einer Protestveranstaltung der Chemiearbeiter aus Buna und Leuna die ostdeutsche Chemie als »Furz der Weltgeschichte...«. Nach mehreren Auseinandersetzungen mit der, die SPD/Grüne-Minderheitsregierung tolerierenden PDS, wurde Schucht

von Ministerpräsident Höppner intern zur Mäßigung gezwungen. So muß er sich nun formell den Problemen der Staßfurter KollegInnen zuwenden.

Mit einer Demonstration am 27. März 1996 besetzten 600 Staßfurter die zentrale Verkehrskreuzung der Stadt zwischen Magdeburg und Harz. Die Solidarisierung in der Stadt ist allerdings, nach Einschätzung der Betriebsräte, noch nicht optimal. Diesen Umstand führen sie auf den bereits erlebten Niedergang der einstigen Industriestadt mit der höchsten Pro-Kopf-Industrieproduktion der DDR und die meist mit Niederlagen durchgeführten Arbeitskämpfe zurück. In den einstmalig 5 großen Industriebetrieben der Stadt mit 25.000 Einwohnern waren 1989 ca. 8.000 Menschen beschäftigt. Heute arbeiten in den verbliebenen drei »Großbetrieben« der Stadt noch knapp 1.000 (RFT mit 450 KolleInnen noch voll mitgerechnet). Von Arbeitslosigkeit sind 5.000 Staßfurter betroffen. Wenn RFT den Bach runtergeht, so ist die Stadtverwaltung mit 400 Beschäftigten der größte »Arbeitgeber« der Stadt.

Die Forderungen der Belegschaft sind wahrlich bescheiden. Wie Kollege Wilke (Betriebsratsmitglied), seit 33 Jahren im Betrieb, sagt, verlangt man lediglich die Fortführung des 1993 entwickelten Betriebskonzeptes auf der Basis der Beteiligungsgesellschaft des Fachhandels- und Handwerks und somit die Bestandsgarantie für mindestens 450 Arbeitsplätze, welche die absolute Untergrenze für einen eigenständigen Elektronikhersteller dieser Größenordnung darstellen. Doch dieses Konzept heißt eben auch für die krisengeschüttelten Platzhirsche der Branche ein unliebsamer Konkurrent im Marktsegment der hochwertigen TV-Geräte und SAT-Anlagen.

Die aktuelle Lage ist nun davon gekennzeichnet, daß sich der Betrieb in der 2. Phase des Gesamtvollstreckungsverfahrens, der sogenannten Verwaltungsphase, befindet. Diese Phase läuft bis zum 1.7.'96. Findet sich bis dahin keine Lösung, ist der Betrieb erledigt. Indes begann die Treuhandlungsbetriebsverwaltung mit dem Abriß eines Teils der Produktions- und Entwicklungsgebäude, welche aus den siebziger Jahren dieses Jahrhunderts stammen und durchaus einen guten Eindruck machen. U. a. wurde auch die Betriebskantine abgerissen, so daß keine Mittagsversorgung mehr gewährleistet ist. Die frei werdenden Flächen sollen »vermarktet« werden. Die Kolleginnen und Kollegen vom Betriebsrat setzen sich zum einen für die 350 Leute ein, die nach wie vor auf die ausstehenden Zahlungen von Konkursausfallgeld warten, zum anderen geht es um weiteren Druck auf die Landespolitik und Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in den lokalen und regionalen Medien, um die Solidarisierungseffekte zu verbessern. Davon hängt auch die weitere Mobilisierungsfähigkeit der Restbelegschaft ab, um einer weiteren Resignation entgegenzuwirken.

Nach dem letzten Stand (12. 4. '96) bietet sich der französische Elektronikkonzern Thomson als Interessent an. Er würde, lt. Landeswirtschaftsministerium, »sich in das Vertriebsnetz integrieren und Produktionsaufträge im namhaften Umfang erteilen«. Danach sollen dann 170 Arbeitsplätze garantiert werden. Alles scheint also doch auf eine »Lösung der verlängerten Werkbank« hinauslaufen. Lohnfertigung

nach Fremdaufträgen und der Verlust über die Kontrolle des Vertriebes bedeuten aber auch, daß sich Thomson bei entsprechenden Marktveränderungen relativ schnell zurückziehen könnte.

Den Interessen der KollegInnen von RFT entspricht dieses Konzept nicht. Sie brauchen eine umfassende Solidarisierungskampagne, um ihnen den Rücken zu stärken. Insbesondere für die Unterstützung von Härtefällen, bei den von fehlenden Zahlungen betroffenen KollegInnen, wie zur Organisation von Veranstaltungen, insbesondere für die



Kinder dieser Familien, hat der Betriebsrat ein Solidaritätskonto bei der Kreissparkasse Aschersleben-Staßfurt (BLZ 810 500 00) eingerichtet. Die Konto-Nummer lautet: 30 220 010 44.

Ein weiteres eklatantes Beispiel für die weitere Deindustrialisierung in Ostdeutschland findet sich nur 15 Kilometer weiter, in der Vorharzstadt Aschersleben. Mit der Krise der Vulkan AG ist dort die Werkzeugmaschinenfabrik (WEMA) in den Strudel zwischen Vergleich und Konkurs geraten. Auch für die WEMA-Belegschaft ist es bei weitem nicht die erste Schüttelfroststeinlage seit dem Anschluß der DDR an das westdeutsche Wirtschaftssystem mit der Währungsunion am 1. Juli 1990.

WEMA Aschersleben gehörte bis 1990 zum Werkzeugmaschinenbaukombinat »Fritz Heckert«, Karl-Marx-Stadt, und stellte im Kombinatverband mit 2.300 Beschäftigten eine tragende Säule dar. In einem Betriebsteil in der Ascherslebener Altstadt (Gebäudesubstanz aus der Zeit der Jahrhundertwende) und in Werkshallen aus den fünfziger und sechziger Jahren wurden überwiegend Schleif- und Fräsmaschinen hergestellt. Ein Hauptabnehmer war die Sowjetunion und dort insbesondere die Rüstungsindustrie. Im Zuge der Währungsunion wurde der Betrieb aus dem Kombinat herausgelöst und in eine GmbH umgewandelt. Mit Wirkung vom 1.1.1991 verkaufte die Treuhand den Betrieb an die damals zur Metallgesellschaft gehörende Schiess AG Düsseldorf. Auch hier hatten die Auflösung der Sowjetunion und die damit verbundenen ökonomischen Beziehungen verheerende Folgen für den Betrieb. Der Wegfall der SU-Exporte führte zur völligen Einstellung der Produktion von Schleifmaschinen. Die Taktik der Schiess AG sah vor, in den Markt für

Maschinen zur Dieselmotorenherstellung zu kommen. Die Krise der Metallgesellschaft nach fehlgeschlagenen Termingeschäften 1994, führte zur Übernahme der Schiess AG durch Dörries Scharmann GmbH, Mönchengladbach, als Tochter der Bremer Vulkan AG.

Dörries Scharmann nutzte die WEMA in mehrfacher Hinsicht zur Sanierung der seit mehreren Jahren in den roten Zahlen liegenden Betriebsbilanz. Für die Übernahme der Schiess AG kassierte man zunächst einen Zuschuß von 240 Millionen DM. Weiterhin wurde die WEMA mit einem Wert von 60 Mio DM völlig überbewertet. In Wirklichkeit wird der Wert des Maschinenparks auf ca. 2,5 Mio DM veranschlagt. Obwohl mit den Maschinen aus sowjetischer und DDR-Produktion immer noch von der Konkurrenz anerkannte Produkte hergestellt werden, ist der Maschinenpark weitgehend abgeschrieben. Mit angeblichen Investitionen von 20 Mio DM kassierte Dörries Scharmann noch ca. 6 Mio DM an staatlichen Fördermitteln ab. Nach Auskunft des Betriebsratsvorsitzenden, Jörg-Uwe Wolf, wurde real jedoch kaum eine Mark in Ascherleben investiert. Offensichtlich sind diese Gelder auch den Weg der anderen Ostinvestitionen in der Vulkan AG gegangen. Die Belegschaft wurde in der ganzen Zeit auf 330 Arbeitsplätze reduziert.

Mit Niedrigpreisen versuchte Dörries Scharmann mit Hilfe der WEMA in den Markt der Fräsmaschinen hereinzukommen. Dies gelang über weite Strecken u. a. mit Aufträgen von British Aerospace mit Maschinen für den Flugzeugbau. So stieg der Jahresumsatz der WEMA auf 46 Mio DM 1995, wobei die Jahreskapazität bei ca. 65 Mio DM zur Zeit liegt. Durch die Niedrigpreise, mit denen man sich Folgeaufträge sicherte, fuhr man allerdings 25 Mio DM Verlust ein.

Mit der Krise der Vulkan AG versucht nun auch Dörries Scharmann sich mittels der WEMA aus dem Strudel zu befreien. Dabei ist der WEMA, ähnlich wie bei RFT, nur noch die Rolle eines Zulieferers von Teilen und Baugruppen für den Stammbetrieb in Mönchengladbach zgedacht. Außerdem diktiert der Stammbetrieb so die Preise für die WEMA. Die Rohlingsfertigung (überwiegend Gießereiprodukte) erfolgt bei Skoda in Plzen, die Feinbearbeitung dann in Ascherleben. Für diese »Sanierung« benötigt man allerdings nur noch 150 Arbeitskräfte plus 10 Auszubildende. Laufende Aufträge für Kompletmmaschinen (u.a. für die Dieselmotorenbearbeitung bei MAN) sollen noch abgeschlossen werden, obwohl Folgeaufträge in Aussicht wären. Die Bereiche Konstruktion und Vertrieb sollen auch hier zerschlagen werden, so daß dem Betrieb jede Chance auf eine eigenständige Entwicklung genommen wird. Für dieses Konzept veranschlagt Dörries Scharmann nochmals 160 Mio DM und will so offensichtlich nochmals einen Batzen an Fördermitteln abkassieren. Wie sich die Szenarien gleichen!

108 KollegInnen wurde nun Anfang März die fristgemäße Kündigung ausgesprochen. Dieses löste nun auf Initiative des Betriebsrates und der IG Metall heftige Proteste bei der Belegschaft aus. Durch die relativ langen Kündigungsfristen sind die KollegInnen alle noch im Betrieb und es galt schnell zu handeln. Mit Hilfe einer ostdeutschen Unternehmensberatung erstellte der Betriebsrat ein »Zukunftspapier«, welches die umgehende Herauslösung der WEMA aus Dörries Scharmann vorsieht. Mit einem Startkapital von 15 Mio DM könnte die WEMA als selbständiger Betrieb bis 1998 aus der Verlustzone herausgebracht und alle 300 Mitarbeiter weiter beschäftigt werden.

Der Verzögerungstaktik von Dörries Scharmann setzte die Belegschaft seit Anfang März eine symbolische Betriebsbesetzung entgegen, um u. a. den möglichen Abtransport von Maschinen und Materialien zu verhindern. Zwei Solidaritätsveranstaltungen mit 2.000 Teilnehmern auf dem Marktplatz von Ascherleben lösten in der Stadt eine Solidarisierungswelle aus. 6.000 Unterstützungsunterschriften aus der Stadt konnte der BR-Vorsitzende Wolf am 3.4.'96 an Wirtschaftsminister Schucht übergeben. Über die IG Metall des Kreises Ascherleben-Staßfurt wurde die Koordinierung der Soliaktionen mit RFT hergestellt.

Auch in Ascherleben, mit seinen 35.000 Einwohnern, sind von einstmalen 10.000 Industriearbeitsplätzen 5.500 vernichtet. Industrielle Neuansiedlungen gibt es kaum. Hinzu kommt mit der Zusammenschmelzung der WEMA ein weiterer Verlust von ca. 300 Arbeitsplätzen bei kleinen und mittelständischen Zulieferern, bei denen z. T. ehemalige WEMA Kollegen untergekommen waren, von den Auswirkungen auf den örtlichen Handel ganz zu schweigen.

Der alte Spruch »Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.« bestätigte sich im wiederum nur 20 Kilometer entfernten Hettstedt. Dort gelang es der Belegschaft der ALUHETT, nach langen Auseinandersetzungen und einer bereits zum 31. März '96 beschlossenen Schließung, durch Kampfmaßnahmen die Landesregierung unter Druck zu setzen und mit einem russischen Investor erstmal 220 der 400 Arbeitsplätze zu sichern.

Die Welle der weiteren Deindustrialisierung Ostdeutschlands ist nicht auf Sachsen-Anhalt beschränkt. Fast täglich gibt es kleine Meldungen auch aus den anderen ostdeutschen Bundesländern: in Sachsen »Fonon« und »Germania« Chemnitz, in Thüringen die Druckerei »Freies Wort« und die Reste der Chemieindustrie an der oberen Saale um Schwarza, in Brandenburg die Faserwerke Premnitz und das Stahlwerk Oranienburg, in Mecklenburg-Vorpommern die Werften, der Maschinenhersteller Neubrandenburg oder die Gießereibetriebe in Ueckermünde und Torgelow in der Nähe der polnischen Grenze. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Vom »Aufschwung Ost« ist bis auf einige Vorzeigeobjekte um die Speckgürtel der Städte Leipzig, Dresden und Berlin nichts zu sehen. Bei der kürzlichen Eröffnung des neuen Leipziger Messegeländes brachte der Bundespräsident Herzog die Entwicklung auf den Punkt: »... in den neuen Bundesländern sei es eine sehr schmerzliche Lebenserfahrung geworden, daß Unternehmen nur überleben könnten, wenn sie dem weltweiten Wettbewerb aus eigener Kraft standhalten könnten. Diese Einsicht müsse in ganz Deutschland akzeptiert werden. Der Erfahrungsvorsprung der Menschen im Osten könne dabei Vorbild werden.« »Es ist eine große Leistung der ostdeutschen Bürger, daß sie den Systembruch mit seinen schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen so konstruktiv und geduldig verarbeitet haben.« (»Die Welt«, 14.4.'96). Der Osten als Vorbild für den Westen. Zynischer kann man die Entwicklung kaum auf den Punkt bringen.

Den klassenbewußten Kolleginnen und Kollegen bleibt die Aufgabe, der weiteren Resignation, Entsolidarisierung und Individualisierung mit allen Kräften entgegenzuwirken. Ein »Bündnis für Arbeit« mit dem Kapital nutzt den Werktätigen und Arbeitslosen in Ost und West nicht.

17. April '96 ■



■ DIE NEUE GROSSE FREIHEIT DER EUROPÄISCHEN UNION HAT FOLGEN

Hafen Hamburg: Streit um die Arbeit der Schlepperbesatzungen

Die Schlepperauseinandersetzung, die in der Presse reißerisch als »Schlepperkrieg« zwischen »den Holländern und den Deutschen« bezeichnet wurde, ist ein Beispiel für die Auswirkungen des EU-Marktes auf die abhängig Beschäftigten. Betroffen sind diesmal die Hafentarbeiter der deutschen Seehäfen und als erste die Hamburger Hafentarbeiter.

Am 1.1.1996 kam das niederländische Schleppunternehmen Kotug auf Grundlage des freien Niederlassungsrechts in der EU, mit einer Besetzung von ehemaligen arbeitslosen Rostocker Hafentarbeitern, nach Hamburg. Es legte Arbeitszeiten und Löhne, jenseits des bis dahin geltenden Seehafentarifvertrages fest, und stellte damit das seit Jahrzehnten gültige Tarifgefüge in Frage. Obwohl, gemessen an der gesamten Anzahl von Hafentarbeitern, nur eine kleine Zahl von Beschäftigten durch diese Billigkonkurrenz bedroht wurden, wurde dadurch der bis dahin geltende Seehafentarifvertrag in Hamburg in Frage gestellt, der für die überwiegende Anzahl der Hafentarbeiter gültig ist. (Der Gültigkeitsbereich des Seehafentarifvertrages ist nicht in allen deutschen Seehäfen gleich geregelt. In Bremerhaven, beispielsweise, gilt der Tarifvertrag für die Beschäftigten der Umschlagsbetriebe, nicht aber für die Schleppunternehmen.)

Dem Angriff auf das Hafentarifgefüge versuchte die ÖTV durch »hafenweite Aktionen« aller Hamburger Hafentarbeiter entgegenzutreten. Obwohl die Niederlassung von Kotug lange bekannt war, reagierten sowohl die ÖTV-Führung als auch die Kollegen aus den Schleppbetrieben sehr spät. Denn erst als Kotug jegliche Verhandlungen über Tarifvereinbarungen ablehnte, sah man sich zum Handeln gezwungen, wollte man einen tariflosen Zustand verhindern. Der Abteilungsvorstand Seehäfen der ÖTV beschloß nun, hafenweite Aktionen gegen alle von Kotug geschleppten Schiffe durchzuführen – zu einem Zeitpunkt, zu dem Kotug bereits Verträge mit vielen großen Reedereien abgeschlossen hatte, d. h. den bestehenden Schleppbetrieben wichtige Aufträge bereits verloren gegangen waren. Den Aktionen (der erste »go slow« wurde schon am darauffolgenden Tag durchgeführt), die sich dann in den Hamburger Hafenbetrieben entwickelten, mangelte es jedoch an sorgfältiger Vorbereitung, Information und

Diskussion mit den Kollegen, deren Solidarität man einforderte. Dies wurde zu einem entscheidenden Schwachpunkt in der Auseinandersetzung.

Die Aktionen begannen unter großem Mediengetöse mit der »Jagd auf die Billigschlepper« durch die Hamburger Schlepperkollegen. Es folgte als erste Solidaritätsaktion in den Umschlagsbetrieben die verzögerte Abfertigung des Containerschiffes »Ming Asia« der Maersk-Reederei durch die HHLA-Kollegen und als letzter Höhepunkt der »go slow« bei der Abfertigung des »größten Containerschiffes der Welt«, ebenfalls bei der HHLA.

Diese in der Presse breit dargestellte Aktion erhielten den Stempel standort- und arbeitsplatzgefährdend. Sie leitete das abrupte Ende der Kampfmaßnahmen ein und fand ihr vorläufiges Ende in dem Angebot der ÖTV, über betriebliche Öffnungsklauseln zu verhandeln. Der ungeplante Abbruch der Aktionen war die Folge des zutage getretenen Spalts zwischen den Befürwortern und den Gegnern in den beteiligten Belegschaften und untereinander.

Chronik der Ereignisse

24. 7. '95 Die drei großen Hafenunternehmen HHLA, EUROKAI und BUSS laden den Abteilungsvorstand der ÖTV-Hafen zu einem Gespräch ein. Sie stellen eine von ihnen in Auftrag gegebene Studie vor, laut der die Anlaufkosten, zu denen die Lotsenkosten, die Festmacherei und die Schleppkosten gehören, im Hamburger Hafen zu hoch seien. Sie fordern die Senkung der Schleppkosten und verweisen darauf, daß auch andere Firmen auf diesem Feld tätig werden könnten.

Seit über 40 Jahre hatte sich die »Arbeitsgemeinschaft der Seeschiffsassistenzreedereien in Hamburg«, fünf Schleppunternehmen mit einstmals etwa 30, derzeit noch insgesamt 16 Schiffen die Aufträge im Hafen geteilt und die Preise diktieren können. Jahrelange Forderungen der Reeder nach niedrigeren Preisen wehrten sie ab und sicherten sich dadurch gute Einnahmen. Für die Belegschaften der Schleppunternehmen zahlte sich die Monopolsituation nicht in Form höherer Löhne aus, da sie (im Unterschied zu den

Schleppkollegen in anderen deutschen Seehäfen) dem allgemeinen deutschen Seehafentarif unterlagen. Das sicherte den Kollegen ihre Tariflöhne und Arbeitsplätze.

22. 12. '95 Im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums erteilt die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord der Firma Kotug die Betriebsgenehmigung nach dem Binnenschiffahrtsgesetz.

Da Kotug-Schlepper in den Niederlanden als Binnenschiffe registriert sind, greift die Schiffskabotageverordnung nicht, die für die Hamburger Schlepper Anwendung findet und höhere Sicherheitsauflagen beinhaltet. Die Hamburger Wirtschaftsbehörde erwirkte lediglich, daß die Sicherheitsvorschriften der Seeberufsgenossenschaft als Auflage in die Genehmigung hineingeschrieben wurden und daß im Rahmen der SOG – des Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung – Standards wie z.B. Kenntnisse der deutschen Sprache, des Hafenrechts, des Hafenreviers und Kenntnisse über die Annahme von Schleppaufträgen eingefordert wurden. Mit deutschen Hafentarifarbeitern aus Rostock konnten diese Auflagen erfüllt werden. Auch das Oberhafenamtsamt hatte nichts mitzureden bzw. nichts zu genehmigen, da die Schleppflotte private Liegeplätze im Vulkanhafen benutzt.

1. 1. '96 Vier Schlepper der Firma Kotug gehen in Dienst. Binnen kürzester Zeit verlieren die Hamburger Schleppunternehmen fast 50% ihrer Aufträge.

Die Besatzungsmitglieder, ehemalige arbeitslose Seeleute und Hafentarifarbeiter aus dem Rostocker Raum, sind froh, wieder Arbeit zu haben und nehmen im Vergleich zu ihren Hamburger Kollegen schlechtere Bedingungen in Kauf: 360 Arbeitsstunden pro Monat pro Schiff statt 210, dadurch sind für die 24-Stunden-Besetzung der Schiffe 6 statt 13 Leute im Einsatz, und die Löhne liegen für alle Gehaltsgruppen niedriger (Kapitän 5600,- DM statt 7340 [6.777,- DM lt. Spiegel] DM, Maschinist 5300 statt 7340 [6777 lt. Spiegel] DM, Matrose 4200 statt 6378 [5280 lt. Spiegel] DM). Dadurch unterbietet Kotug die Preise der Konkurrenz um 25 – 40 Prozent.

Die Hamburger Schleppunternehmen hatten sich auf die Konkurrenz mit Austritt aus dem Unternehmerverband vorbereitet. Sie nahmen desweiteren Entlassungen vor und kündigten den Tarifvertrag für Ende 1996. Seit 3 Jahren waren sie über die Pläne von Kotug informiert.

15. 1. '96 Auf der Abteilungsvorstandssitzung ÖTV-Hafen wird die Unterstützung der Kollegen aus den Schleppbetrieben durch die Hamburger Hafentarifarbeiter ohne Widerspruch beschlossen, ebenso die Teilnahme an der Mitgliederversammlung der Schlepp- und Festmacherbetriebe. Die hafenweit durchzuführenden Aktionen sollen Kotug zu Tarifverhandlungen zwingen. (In der Realität bedeutete der Beschluß über hafenweite Aktionen, daß die Beschäftigten der Hafenumschlagsbetriebe HHLA, EUROKAI und BUSS Solidaritätsmaßnahmen durchführen würden.)

Prompt informiert – das heißt am nächsten Tag – protestiert der HHLA-Vorstandsvorsitzende und Präsident des Unternehmensverbandes Hamburger Hafen, Dietrich, bei dem Bezirksleiter der ÖTV, Rolf Fritsch, und beim stellvertretenden Sprecher der HHLA-Vertrauensleute. Damit war gewerkschaftsöffentlich klar, daß Mitglieder der ÖTV-Hafen den Beschluß nicht mittragen und versuchten, die Aktion zu unterlaufen.

18. 1. '96 Die ÖTV-Hafen ruft zur »Solidarität mit Hafenschlepperbesatzungen« auf. Die Mitgliederversammlung der

Schlepp- und Festmacherbetriebe beschließt unter dem Beisein von Medienvertretern die Kotug-Schlepperkollegen »zu besuchen«, sprich eine Schlepperdemo durchzuführen. Mitglieder des Abteilungsvorstandes ÖTV-Hafen, einfache ÖTV-Mitglieder und die Medienvertreter begleiten die Fahrt, die sich zu einer kurzen Jagd auf die Billigschlepper entwickelt – die Bemühungen um Gespräche mit den Rostocker Kollegen blieben erfolglos.

19. 1. '96 »... Solidarität und Unterstützung aller Hafentarifarbeiter ist gefordert. Setzt ein deutliches Zeichen! ... Heute (Freitag, 19.1.96) keine Mehrarbeit/keine Überstunden an von Kotug-Schleppern geschleppten Schiffen! Arbeitet nach Tarif unter strengster Einhaltung der Arbeitssicherheitsbestimmungen. Hafentarifarbeit den Hafentarifarbeitern zu den tariflichen Bedingungen der Gewerkschaft ÖTV« (aus ÖTV-Information, Bezirksversammlung Hamburg Abteilung Seehäfen, 19. 1. '96).

Die Kollegen des Burchardkais bei der HHLA verzögern durch Dienst nach Vorschrift die Abfertigung des Maersk-Schiffes »Ming Asia«. Zusätzlich finden dort Pausenversammlungen in allen Schichten statt. In der 1. Schicht nehmen zwei Kollegen aus Hamburger Schleppbetrieben teil.

22. 1. '96 Außerordentliche Abteilungsvorstandssitzung der ÖTV-Seehäfen, um die bisherigen Aktionen auszuwerten. Es wird beschlossen, eine mitgliederoffene Funktionärsversammlung am 30.1.'96 einzuberufen und dort das weitere Vorgehen zu 29.1.'96

Brief von Senator a. D. Helmuth Kern, (SPD-Mitglied und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der HHLA), an »Herrn Rolf Fritsch«, Gewerkschaft ÖTV, z.K. Betriebsrat der HHLA.

»Lieber Rolf, zur Zeit habe ich leider das Vertrauen in die Urteilsfähigkeit der Hamburger ÖTV verloren. Seit vielen Jahren leidet der Hamburger Hafen unter einem rücksichtslosen Preiskartell der Hamburger Schlepperfirmen, die es schließlich soweit brachten, daß die Schleppkosten für Seeschiffe in Hamburg bis zu 100% höher waren als in den Konkurrenzhäfen der Hamburg-Antwerp-Range. ... Nun kommt jemand, der diesem rücksichtslosen Kartell ein Ende macht. ... und dient damit der Sicherung der Arbeitsplätze unserer Hafentarifarbeiter. Und was fällt euch dazu ein: Ihr verbündet euch mit dem Unternehmerkartell zwecks Hochhaltung der Preise und versucht sogar, die Solidarität unserer Kollegen in den Umschlagsbetrieben durch Aufforderung zu »Go slow«-Aktionen zu mißbrauchen. Wenn auch nur eine der Großreederein oder Großkonsortien als Reaktion darauf den Hamburger Hafen verläßt (zum Jubel der Bremer oder Rotterdamer Kollegen) werden die Kaibetriebe und angeschlossenen Dienstleister gezwungen sein, weit mehr Arbeitsplätze einzusparen, als jetzt bei den Schleppern zur Debatte stehen. Da werden sich aber die von Euch zu falscher Solidarität verführten und dann zum Dank arbeitslos gewordenen Kollegen an der Kai bedanken und Euch ihre Bücher genauso auf den Tisch knallen, wie ich es jetzt Lust hätte zu tun. Das bisherige skrupellose Ausnutzen der Kartellmacht dieser Unternehmer hat dem Hafen in seiner Gesamtheit schon genug geschadet. Und so ein Kartell findet nun die Unterstützung meiner Gewerkschaft!

Mensch Rolf, besinnt Euch doch Mal, ...

In solidarischem Zorn bin ich« (gezeichnet Kern)

30. 1. '96 Es ist die erste mitgliederöffentliche Funktionärsversammlung der ÖTV Seehäfen. Die ca. 150 Anwesenden beschließen einstimmig ohne Enthaltungen weitere

Kampfmaßnahmen. Der Abteilungsvorstand erhält den Auftrag einen Maßnahmenplan zu entwickeln. Dies tut er noch am selben Abend und fällt folgende Beschlüsse:

»1. Alle Hafentarbeiter werden aufgefordert, bis auf weiteres alle von Kotug geschleppte Schiffe besonders umsichtig abzufertigen. Das heißt, alle Punkte der Unfallverhütung sind genau einzuhalten.

2. Am 7. Februar '96 wird in allen Hafenbetrieben zur Pause in der I. Schicht über den Stand der Schlepperauseinandersetzung informiert werden. Wegen des Umfangs der Informationen ist anzunehmen, daß die tarifliche Pause nicht ausreichen wird, alles zu erörtern.

Auf der Funktionärsversammlung wurde deutlich, daß die Kollegen davon ausgehen, mindestens eine weitere Stunde zur Information zu benötigen.

3. In den nächsten Tagen soll das größte Containerschiff der Welt (Maersk Line) auf seiner Jungfernfahrt am Burchardkai festmachen. Sobald wir Näheres wissen, werden wir eine gebührende Begrüßung organisieren.« (aus ÖTV-Information Nr. 3, Bezirksversammlung Hamburg Abteilung Seehäfen, 31. 1. '96).

31. 1. '96 In einem Gespräch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer legen die Arbeitgeber der Schleppbetriebe ein Angebot vor, das sich an den Arbeitsbedingungen der Kotugschlepper orientiert.

Am selben Abend erläutert Bürgermeister Voscherau in einer Fernsehdiskussion auf N3 die Auswirkungen der EU am Beispiel der Bauarbeiter und der Schlepper und erklärt, warum er gegen die Billiganbieter aus anderen europäischen Ländern ist.

1. 2. '96 Brief von Maersk Deutschland an Bürgermeister Voscherau: »... Maersk Deutschland GmbH hat einen Vertrag mit Kotug Hamburg abgeschlossen, nachdem jahrelang Bemühungen um bessere Konditionen bei der Schleppergemeinschaft an deren Monopolstellung scheiterten. Erst, als wir uns Kotug Hamburg GmbH gegenüber verpflichtet hatten, bot die Schleppergemeinschaft uns eine bestimmte Reduzierung an. ... Wir fordern Sie daher auf, schlichtend auf diesen Konflikt einzugehen, damit schwere Nachteile und Konsequenzen vom Wirtschaftsstandort Hamburg umgehend abgewendet werden.«

Antwort von Bürgermeister Voscherau an die Maersk Deutschland GmbH: »... Arbeitnehmerproteste gegen einige der Wettbewerbsmethoden eines neuen niederländischen Wettbewerbers halte ich für sehr verständlich, diese gelten jedoch nicht Ihnen.«

3. 2. '96 Das größte Container-Schiff der Welt, die »Regina Maersk« wird von 9 Schleppern eingekreist. Am Burchardkai stehen die Containerbrücken still, Van Carrier warten an der Kaimauer und Hafentarbeiter bringen ihre Solidarität durch ein Pfeifkonzert zum Ausdruck. Durch »Arbeit nach Vorschrift« werden 100 Container nicht verladen, und das Schiff verläßt den Hafen mit siebenstündiger Verspätung. Maersk Deutschland GmbH reagiert sofort mit der Drohung: »Wenn weitere solcher Aktionen zu Nachteilen für MARSK LINE und Maersk-Kunden führen sollten, könnte dies zu einer Änderung unserer Fahrpläne führen« (Pressenotiz).

Ein weiteres von Kotug geschlepptes Schiff der Reederei Yang Ming, das gleich hinter der »Regina Maersk« den Hafen mit dem Ziel TCT - Toller Ort Container Terminal - anläuft, wird von den BUSS-Kollegen nicht vergleichbar »begrüßt« und abgefertigt. Der BUSS-Geschäftsführung gelingt es, die

Belegschaft davon zu überzeugen, daß ein 'go slow' bei diesem Schiff nur zum eigenen Schaden sei. Das Unternehmen hatte diese Reederei neu aquiriert, und es war die zweite Abfertigung für diesen Kunden. Mit dieser Argumentation erreicht sie, die Solidarität der BUSS-Kollegen zu schwächen. Die Information darüber, wie die Abfertigung des Schiffes verlief, ist widersprüchlich: »total gut abgefertigt«, so die Mundpropaganda unter den HHLA-Kollegen, im Gegensatz dazu, »zumindest ein Gang hat Dienst nach Vorschrift gemacht«, laut anderer informeller Quellen.

Ein Schiff der Contship Containerlines, das von Eurokai abgefertigt wurde, war ebenfalls erfolgreich von Solidaritätsaktionen betroffen.

Von den Aktionen bei den beiden anderen Umschlagsbetrieben BUSS und Eurokai erfuhren die HHLA-Kollegen aber nichts bzw. Falsches. Denn weder die ÖTV noch die ortsübliche Presse berichtete über die verschiedenen Aktionen. Im Mittelpunkt stand immer nur das »größte Containerschiff der Welt«. So entstand der Eindruck, daß die hafenweit beschlossenen Aktionen nur bei den Schleppern und bei der HHLA stattgefunden hatten. Interviews des Eurokai-Chefs Eckelmann und des Eurokai-Betriebsrates Dorn in der Bild-Zeitung am Mittwoch, 7. 2. '96, verstärkten dieses Bild. Eckelmann: »... Zum Glück gab es aber bei uns noch keine Probleme. ...«. Dorn: »Wir lassen uns nicht einschüchtern. Die Warnung, Hamburg zu verlassen, ist alt. Immer wenn Hafentarbeiter unbequem werden, droht man uns mit Job-Verlust.« Lediglich die »Deutsche Verkehrs-Zeitung« berichtete später, am 8. 2. '96, über Verzögerungen bei der Abfertigung des Schiffes der Contship Containerlines. Damit entstand der Eindruck, daß nur die direkt betroffenen Schlepper- und die HHLA-Kollegen mitzogen.

5. 2. '96 Der Vorstand der HHLA wendet sich an die Mitarbeiter im Containerumschlagsbetrieb, um auf die Solidaritätsaktionen Einfluß zu nehmen.

»Wir nehmen das Flugblatt der ÖTV vom 31. 1. '96, in dem unter anderem die oben genannte Pausenversammlung angekündigt und zum Dienst nach Vorschrift bei der Abfertigung bestimmter Containerschiffe aufgefordert wird, zum Anlaß folgendes zu erklären:

Durch die Verzögerung bei den Schiffsabfertigungen am Burchardkai am 3. 2. '96 insbesondere bei der »Regina Maersk«, aber auch durch die Aktionen vor und während des Anlegemanövers, ist der HHLA schwerer Schaden zugefügt worden. ... Diese Entwicklung gefährdet eine große Zahl von Arbeitsplätzen ... können wir uns mit einer Verlängerung der Pausenversammlung ... nicht einverstanden erklären und verlangen pünktlichen Arbeitsbeginn nach der Pause. ...«.

In der Presse wird breit über den 'go slow' bei der HHLA berichtet und gemutmaßt, daß Reedereien aufgrund der Auseinandersetzungen den Hafen Hamburg zukünftig nicht mehr anlaufen. Der Umfang und die Unverhältnismäßigkeit dieser Spekulationen führt dazu, daß der Vorstandsvorsitzende der HHLA diesen Befürchtungen zu einem späteren Zeitpunkt durch einen Leserbrief, der in allen lokalen Zeitungen abgedruckt wird, entgegentritt.

6. 2. '96 Mit Datum vom 5. und 6. 2. '96 wenden sich zwei Unterschriftenaktionen aus dem Angestelltenbereich der HHLA gegen die »'go slow'-Aktion gegen die 'Regina Maersk'« und gegen weitere Aktionen an den von Kotug geschleppten Schiffen. In den Unterschriftensammlungen werfen sie der ÖTV die Gefährdung von Arbeitsplätzen

ze von HHLA-Mitarbeitern vor. Die »Deutsche Verkehrs-Zeitung« zitiert am 8.2. '96 den HHLA BR-Vorsitzenden: »Die Aktion sei 'nicht mit der Basis abgestimmt gewesen' ... Die große Mehrheit der HHLA-Beschäftigten habe angesichts des andauernden Arbeitsplatzabbaus in den Umschlagsunternehmen für die Maßnahme 'keinerlei Verständnis'«.

7. 2. '96 »**ÖTV setzt weitere Aktionen im Hamburger Hafen aus:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Gewerkschaft ÖTV und der Unternehmensverband Hafen haben kurzfristig ein Gespräch über die tarifpolitische Situation im Hamburger Hafen vereinbart.

Wir werden dem Unternehmensverband Hafen regionalisierte Tarifverhandlungen mit betrieblichen Öffnungsklauseln anbieten (Hervorhebung d. R.) und streben die Allgemeinverbindlichkeitserklärung dieser Tarifverträge an. ...

Wir werden vorerst nicht zu weiteren Aktionen im Hamburger Hafen aufrufen.« (aus: ÖTV-Information, Bezirksversammlung Hamburg Abteilung Seehäfen, 7. 2. '96)

»Dr. Wilhelm Voss, Geschäftsführer des UV (Unternehmensverbandes d.R.) Hamburg begrüßte in einer ersten Stellungnahme diese aus der Aufhebung der Aktion erkennbare Einsicht in die Standortgefährdung und die Gesprächsbereitschaft der Gewerkschaft. ... Flächentarifverträge für die deutschen Seehäfen mit ihren weitreichenden Regelungsinhalten würden den regionalen, branchenmäßigen und aus der Unternehmensstruktur resultierenden Besonderheiten immer weniger gerecht, so daß Flexibilität, Betriebsnähe und Differenzierungsmöglichkeiten gefragt seien. Genau diese drei Stichworte will die ÖTV nach eigenen Angaben jetzt aufgreifen und damit einen Beitrag zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Hafens leisten. ...« (aus Täglicher Hafenbericht 8. Februar '96)

Trotzdem die ÖTV das Aussetzen der Aktionen erklärt, finden bei den Umschlagsbetrieben UNIKAI und Eurokai verlängerte Pausenversammlungen statt. Die Pausenversammlung am Burchardkai bei der HHLA bleibt im vorgeschriebenen Zeitrahmen. Die dort für 13.00 Uhr anberaumte Vertrauensleute-Vollversammlung findet unter angespannter Atmosphäre statt. In der Diskussion dominieren die Sorge um die Sicherheit der Arbeitsplätze und die Auffassung, die Solidaritätsaktionen hätten nur bei der HHLA stattgefunden. Da es auch Darstellungen darüber gibt, daß auch die anderen Hafenbetriebe sich entsprechend an den Aktionen beteiligt hätten und die Aktionen auch Erfolge auf der politischen Ebene gebracht hätten, wird die nächste Versammlung mit Vertretern aus anderen Hafenbetrieben für März geplant.

Mit überwiegender Mehrheit wird beschlossen, bei der HHLA keine weiteren Aktionen, im Zusammenhang mit dem Schlepperkonflikt, durchzuführen.

Die planmäßige Abfertigung eines Maersk-Containerfrachters bei der HHLA wird in der Presse bereits am nächsten Tag gemeldet.

Rückblick:

Die Hamburger Hafentarbeiter haben sich in den gemeinsamen Aktionen gegen die drohende Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und gegen den Angriff auf ihre Einkommen gewehrt. Sie brachten trotz unterschiedlicher Einsatzbereitschaft und Differenzen damit ihr Zusammenstehen

zum Ausdruck, unabhängig von Branchen- und Betriebszugehörigkeit.

Die ÖTV wie die Aktiven in den Betrieben hatten in dieser Auseinandersetzung auf die Solidarität der kampffähigen Kollegen »wie in früheren Zeiten« gesetzt. Doch die gesellschaftlichen Bedingungen hatten sich in der Zwischenzeit verändert. Die höchste Arbeitslosigkeit seit Bestehen der BRD, der jahrelange Abbau von Arbeitsplätzen über Betriebsschließungen, Auslagerung und Vorruhestand und das Bewußtsein des Konkurrenzkampfes, der heute bei jedem Kollegen präsent ist, hatten ihre Spuren hinterlassen. Diese Veränderungen wurden übersehen oder blieben unberücksichtigt. Mit dem einstimmigen Beschluß der Funktionäre zu Kampfmaßnahmen, glaubte man auch an die Zustimmung der Kollegen.

Wie brüchig diese Annahme war und wie sehr die Sorge um die Zukunft des eigenen Arbeitsplatzes die Kollegen beeinflusste, kam schnell zu Tage. Unter dem falschen Eindruck, daß die hafenweit geplanten Aktionen nur von den HHLA-Kollegen durchgeführt wurden, beschlossen die Vertrauensleute dieses größten und kampferprobtesten Umschlagsbetriebes fast einstimmig das Ende der Solidaritätsaktionen. Zu diesem Zeitpunkt aber hatte die ÖTV »nur das Aussetzen der Aktionen erklärt.

Die Zweifel der Kollegen wurden von Betriebsräten und betrieblichen Funktionären, die sich auf die Seite »ihres« Unternehmers stellten, aufgegriffen, geschürt und zur Spaltung der Belegschaft benutzt. Die Basis für dieses spaltende Handeln war aber bereits vorhanden: die Angst, mit der Aktion die eigenen Arbeitsplätze zu gefährden und die Bedenken, auf einen Unternehmer, der nicht der eigene Arbeitgeber und nicht der direkte Gegner in der Auseinandersetzung war, erfolgreich Druck ausüben zu können.

Daran, daß die Spaltung wirksam werden konnte, hatte die ÖTV-Führung ihren eigenen, schwerwiegenden Anteil. Sie hatte vor Beginn der Aktionen unterlassen, die Kollegen über die Entwicklung zu informieren, und versäumte dann, während der laufenden Aktionen, umfassend und wahrheitsgetreu über die Beteiligung und Nichtbeteiligung der Hafenbetriebe an den Aktionen zu berichten. Sie hatte genügend Möglichkeiten in der Hand, entgegenzusteuern und den zersetzenden Widerstand zu neutralisieren, den einige betriebliche Funktionäre gegen die hafenweiten Aktionen organisierten. Dies aber – sei es aufgrund von Unfähigkeit oder fehlendem Willen – unterblieb. Damit aber wurde der Mangel, der fehlenden Verbindung der Kollegen untereinander, zur entscheidenden Schwäche, die das abrupte Ende der Aktionen zur Folge hatte. Ohne den Kontakt der Kollegen aus den verschiedenen Betrieben untereinander, gab es keine Möglichkeit, um die betrieblichen Probleme offen zu diskutieren, um den Verlauf der Aktion zu kontrollieren, um Desinformationen entgegenzuwirken und um sich gegenseitig in den Aktionen und den Schwachpunkten zu unterstützen. Es fehlte der Kontakt der Kollegen untereinander, eingeschlossen der bei Kotug beschäftigten Rostocker Kollegen.

Den entstandenen Spalt nicht nur zu kitten, sondern wieder zu einer gemeinsamen solidarischen Basis zu gelangen, das ist die schwierige Notwendigkeit der Kollegen im Hamburger Hafen, wollen sie in zukünftigen Auseinandersetzungen nicht nur Spielball der Reeder, der Hamburger Hafengewirtschaft, des Senats oder auch der ÖTV sein.